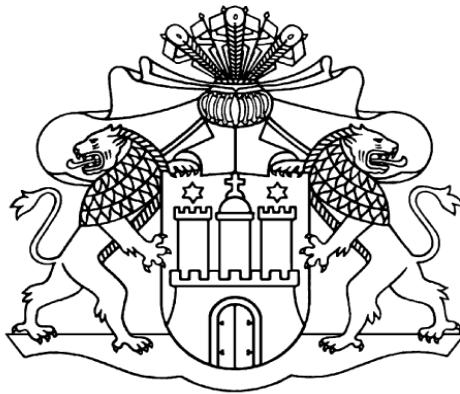


Freie und Hansestadt Hamburg

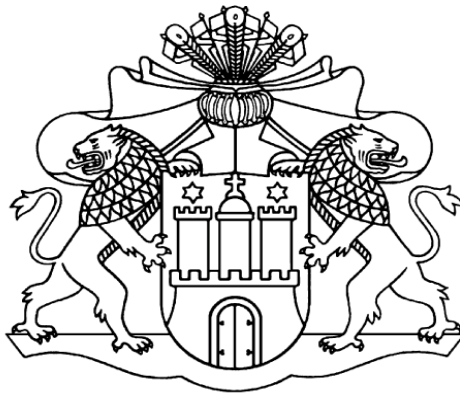


Haushaltsplan

2007/2008

Haushaltsbeschluss
Übersichten

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2007/2008**

Haushaltsbeschluss Übersichten

(von der Bürgerschaft am 13.12.2006 beschlossener Haushaltsplan 2007/2008)

Inhaltsübersicht

	Seite
Haushaltsbeschluss 2007/2008	1 - 40
Haushaltsübersicht	41 - 49
Finanzierungsübersicht/Kreditfinanzierungsplan	50
Gruppierungsübersicht	51
Gliederung der Einnahmen nach Gruppen	52 - 59
Gliederung der Ausgaben (Verpflichtungsermächtigung) nach Gruppen	60 - 70
Funktionenübersicht	71
Gliederung der Einnahmen nach Funktionen/ Aufgabenbereichen	72 - 90
Gliederung der Ausgaben (Verpflichtungsermächtigung) nach Funktionen/Aufgabenbereichen	91 - 110
Zahlenmäßige Übersichten	111
Gesamteinnahmen und -ausgaben nach Arten	112
Bereinigte Gesamtausgaben nach Einzelplänen	113
Bereinigte Betriebsausgaben nach Einzelplänen	114
Personalausgaben nach Einzelplänen	115
Sach- und Fachausgaben nach Einzelplänen	116
Investitionen nach Einzelplänen	117

Beschluss
über die Feststellung des Haushaltsplans der Freien und Hansestadt Hamburg
für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsbeschluss 2007/2008)*)
Vom 13. Dezember 2006

Übersicht

I. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1	Feststellung des Haushaltsplans	Artikel 13 a	<u>Ausbringung von Leerstellen für in die Landesvertretung beim Bund oder in das Hanse-Office abgeordnete Beamtinnen oder Beamte</u>
Artikel 2	Kreditermächtigungen		
Artikel 2 a	Kreditaufnahme durch das Sondervermögen „Stadt und Hafen“	Artikel 13 b	Ausbringung von Leerstellen für beurlaubte Lehrerinnen und Lehrer
Artikel 2 b	Kredit- und Bürgschaftsermächtigung für die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt	Artikel 13 c	Ausbringung von Leerstellen für in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen oder Enquete-Kommissionen tätige Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter
Artikel 2 c	Übernahme von Sicherheitsleistungen		
Artikel 3	Deckungsfähigkeit	Artikel 13 d	Ausbringung von Leerstellen für beurlaubte Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Richterinnen und Richter auf Probe vor der Anstellung
Artikel 4	Übertragung von Mitteln auf andere Titel		
Artikel 5	Übertragung von Mitteln auf das nächste Haushaltsjahr	Artikel 14	Weiterverwendung nur noch eingeschränkt dienstfähiger Beamtinnen und Beamte
Artikel 6	Vorgriffsermächtigung	Artikel 15	Umwandlung von Planstellen in Hochschulen
Artikel 6 a	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	Artikel 16	<u>Umwandlung von Planstellen für hauptamtliche Präsidiums- und Dekanatsmitglieder der Hochschulen</u>
Artikel 7	Ausgaben aus zuwachsenden Einnahmen		

II. Stellenplan und Stellenwirtschaft

Artikel 8	Stellenstreichungen, -umwandlungen und -neuschaffungen
Artikel 8 a	Stellenhebungen
Artikel 9	Amtszulagen
Artikel 10	Versetzungen und Abordnungen
Artikel 11	Ausnutzung der im mittleren Dienst der Schutz- und Wasserschutzpolizei sowie im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst gebündelt ausgewiesenen Planstellen
Artikel 11a	Fachübergreifende Besetzung von Planstellen im gehobenen und höheren Vollzugsdienst der Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei
Artikel 12	Stellenneuschaffungen und -umwandlungen für freigestellte Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter
Artikel 13	Einrichtung von Leerstellen für Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments

III. Besondere Bestimmungen

Artikel 17	Folgekosten bei Investitionsvorhaben
Artikel 18	Selbstbewirtschaftungsfonds
Artikel 19	Billigkeitsleistungen
Artikel 20	Übernahme von Verbindlichkeiten gegenüber der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt
Artikel 21	Besserstellungsverbot für Beschäftigte von Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern
Artikel 22	Unentgeltliche Überlassung von Programmen für IT-Verfahren
Artikel 23	Unentgeltliche Überlassung
Artikel 24	Überlassung und Veräußerung unter Wert
Artikel 25	Unentgeltliche Übereignung von Vermögensgegenständen
Artikel 26	Übereignung von Grundstücken ohne Zahlung eines Wertausgleichs

*) Materielle Änderungen gegenüber dem Haushaltsbeschluss 2005/2006 sind durch Unterstreichungen kenntlich gemacht

Beschluss
über die Feststellung des Haushaltsplans
der Freien und Hansestadt Hamburg
für die Haushaltsjahre 2007 und 2008

Begründung

I.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Feststellung des Haushaltsplans

Die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplans der Freien und Hansestadt Hamburg werden für das Haushaltsjahr 2007 auf 10.406.459.000 Euro und für das Haushaltsjahr 2008 auf 10.666.386.000 Euro festgesetzt.

Zu Artikel 1

(Feststellung des Haushaltsplans)

Artikel 1 enthält die Abschlusszahlen des Gesamtplans. Die Feststellung eines in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushaltsplans entspricht § 11 Absatz 3 LHO (Ausgleichsgebot).

Artikel 2

Kreditermächtigungen

Der Senat wird ermächtigt, folgende Darlehen und Kassenverstärkungskredite aufzunehmen:

1. Zweckgebundene Darlehen des Bundes, seiner Anstalten und sonstigen Einrichtungen sowie des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht“ bis zum Gesamtbetrag von 17.643.000 Euro im Haushaltsjahr 2007 und 17.443.000 Euro im Haushaltsjahr 2008.

Dieser Kreditrahmen erhöht sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushaltsplan veranschlagten Ansätze überschreiten

2. Darlehen am Kreditmarkt zur Finanzierung der Investitionen des Haushaltsplans bis zum Gesamtbetrag von 550 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2007 und 500 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2008.

- 2.1 Dieser Kreditrahmen erhöht sich ferner um

- a) die Beträge zur Tilgung von in den Haushaltsjahren 2007 bzw. 2008 fällig werdenden Krediten, deren Höhe sich aus dem Kreditfinanzierungsplan ergibt ,
- b) die Beträge, die notwendig werden für Kredite
 - zur Kurspflege Hamburger Staatsanleihen,
 - zur vorzeitigen Tilgung von Schulden,
 - zur Tilgung von kurzfristigen Krediten,
 - zur Tilgung von bereits fällig gewesenen, aber nicht eingelösten Anleihestücken,
 soweit diese unvorhergesehen und deshalb im Kreditfinanzierungsplan nicht enthalten sind.

Zu Artikel 2

(Kreditermächtigungen)

Nach Artikel 72 Absatz 1 der Verfassung bedarf die Kreditaufnahme einer Ermächtigung durch die Bürgerschaft. Nach § 18 Absatz 2 LHO bestimmt der Haushaltsbeschluss, bis zu welcher Höhe Kredite aufgenommen werden dürfen.

Nummer 1

Als Gesamtbetrag ist die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten zweckgebundenen Darlehen des Bundes u. a. eingesetzt. Die Regelung in Satz 2 wird benötigt, weil die tatsächliche Höhe der zweckgebundenen Darlehen nicht genau vorhersehbar ist.

Nummer 2

Bei diesen Darlehen handelt es sich um allgemeine Kreditmarktmittel (Titel 9990.325.02) zur Finanzierung der veranschlagten Investitionsausgaben, soweit diese nicht durch andere Einnahmen gedeckt werden können.

Nummer 2.1

Entsprechend dem Prinzip der Netto-Orientierung bei der Kreditveranschlagung erhöht sich der Kreditrahmen um Beträge zur Tilgung von in den Haushaltsjahren 2007 bzw. 2008 fällig werdenden Krediten.

- 2.2 Tilgungen von Darlehen aus dem öffentlichen Bereich dürfen vorzeitig durch Vorgriff auf künftige planmäßig zu veranschlagende Tilgungsansätze geleistet werden. Soweit erforderlich, dürfen diese vorzeitigen Tilgungen zwischenzeitlich durch Kreditaufnahme am Kreditmarkt finanziert werden.
- Nummer 2.2
Die Regelung dient ausschließlich der Ausnutzung günstiger Kreditkonditionen.
- 2.3 Im Rahmen der Finanzierung am Kreditmarkt dürfen Vereinbarungen zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Optimierung der Kreditkonditionen für bereits bestehende Schulden, für die vorgesehenen neuen Kredite sowie für die Anschlussfinanzierung der im Finanzplanungszeitraum fällig werdenden Tilgungen getroffen werden.
- Nummern 2.3 und 2.4
Die Nutzung bestimmter Instrumente am Geld- und Kapitalmarkt (z. B. Zinsswaps, Zinsbegrenzungsgeschäfte) erfordert den Abschluss von Verträgen oder Vertragsbestandteilen, die über die eigentliche Beschaffung von Kreditmarktmitteln hinausgehen. Die Instrumente werden zur Optimierung der Kreditfinanzierung eingesetzt.
- Die Kreditaufnahme darf auch in fremder Währung erfolgen, wenn das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhe durch Wechselkurssicherungsgeschäfte ausgeschlossen wird.
- Nach einer Änderung des Bundesbankgesetzes ist es den Bundesländern seit dem 1. Januar 1999 möglich, Kredite in fremder Währung aufzunehmen.
- Das Nominalvolumen aller aktuell im Bestand befindlichen ergänzenden Vereinbarungen darf die Hälfte des Gesamtvolumens aller Schulden des Landes aus Kreditmarktmitteln zum 31. Dezember des Vorjahres nicht überschreiten.
- Das Volumen der ergänzenden Vereinbarungen wird zum Zwecke der Risikobegrenzung beschränkt.
- 2.4 Bei Diskontpapieren ist der Nettobetrag auf die Kreditermächtigung anzurechnen.
3. Darlehen bis zur Höhe von jeweils 18.600.000 Euro im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 zur Finanzierung des aufgrund des Gesetzes über die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes veranschlagten Bundesanteils an den beim Titel 6420.746.01 „Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung“ erläuterten Vorhaben.
- Nummer 3
Mit der Ermächtigung soll die Gesamtfinanzierung der im Haushalt veranschlagten Hochwasserschutzmaßnahmen auch für den Fall sichergestellt werden, dass Finanzierungsmittel des Bundes nicht in Höhe der veranschlagten Mitfinanzierung eingehen.
- Die Finanzierung des auf Hamburg entfallenden Landesanteils erfolgt im Rahmen der allgemeinen Kreditaufnahme gemäß Nummer 2.
- Die Darlehensaufnahme ist begrenzt auf die Höhe der beim Titel 6420.331.01 „Zuweisungen des Bundes für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung“ veranschlagten Einnahmen, soweit sie für durchgeführte Maßnahmen benötigt werden und nicht in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 realisiert werden können.

4. Kassenverstärkungskredite bis zum Betrag von 10 v. H. des in Artikel 1 festgesetzten Haushaltsvolumens.

Dieser Betrag erhöht sich

- um die noch nicht aufgenommenen Darlehen am Kreditmarkt gemäß Nummer 2 und Nummer 2.1 Buchstabe a) sowie
- ab 1. Oktober um 4 v. H. des in Artikel 1 festgesetzten Haushaltsvolumens.

Den Anstalten öffentlichen Rechts, die zuvor Teile der Gebietskörperschaft Freie und Hansestadt Hamburg waren, sowie der Körperschaft des öffentlichen Rechts „Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf“, der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH, der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH und den Museumsstiftungen öffentlichen Rechts dürfen im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils Liquiditätshilfen bis zur Höhe von 600 Mio. Euro gewährt werden. Im Rahmen dieses Volumens dürfen auch der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt Liquiditätshilfen gewährt werden. Die Liquiditätshilfen sind grundsätzlich verzinslich. Zur Finanzierung dieser Liquiditätshilfen dürfen im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils zusätzliche Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 600 Mio. Euro aufgenommen werden.

Nummer 4

Die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenverstärkungskrediten ist so bemessen, dass die Liquidität der Kasse auch bei Spitzenbelastungen sichergestellt ist.

Die Höhe der Ermächtigung (10 v. H. des in Artikel 1 festgesetzten Haushaltsvolumens) entspricht der seit mehreren Jahren für den Bundeshaushalt bestehenden Ermächtigung.

Der Ermächtigungsrahmen für Kassenverstärkungskredite schließt das Volumen der jeweils noch nicht ausgeschöpften Ermächtigung für die Kreditaufnahme ein, um die Flexibilität bei der Gesamtkreditaufnahme zu erhöhen und die Möglichkeiten zur Einsparung von Zinsausgaben zu verbessern.

Die zusätzliche Kassenkreditermächtigung ab Oktober soll in den Monaten Oktober und November, in denen die Liquiditätslage der Kasse Hamburg erfahrungsgemäß besonders angespannt ist, eine zusätzliche Flexibilität schaffen.

Der Liquiditätsbedarf der Anstalten öffentlichen Rechts, die zuvor Teile der Gebietskörperschaft Freie und Hansestadt Hamburg waren, sowie der Körperschaft des öffentlichen Rechts „Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf“, der HGV, der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH und der Museumsstiftungen öffentlichen Rechts wird durch Liquiditätshilfen der Freien und Hansestadt Hamburg gedeckt. Hierfür ist ein Rahmen bis zur Höhe von 600 Mio. Euro je Haushaltsjahr vorgesehen, der durch Aufnahme zusätzlicher Kassenverstärkungskredite finanziert werden darf. Die Liquiditätshilfen sind zu verzinsen; lediglich dem „Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf“ wird insoweit ein zinsloser Betriebsmittelkredit gewährt, als sich ein Liquiditätsbedarf aus der Zahlung von Versicherungsprämien im Zuge der Umstellung der Altersversorgung ergibt (vgl. Drucksache 16/5760).

Artikel 2 a

Kreditaufnahme durch das Sondervermögen „Stadt und Hafen“

Die Kreditaufnahme durch das Sondervermögen „Stadt und Hafen“ zur Finanzierung der Umgestaltung des Gebietes „Innerstädtischer Hafenrand/HafenCity“ und der Maßnahme „Hafenerweiterung Altenwerder“ wird für das Haushaltsjahr 2007 auf 63.524.000 Euro und für das Haushaltsjahr 2008 auf 46.890.000 Euro festgesetzt.

Zu Artikel 2 a

(Kreditaufnahme durch das Sondervermögen „Stadt und Hafen“)

Nach § 6 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über das Sondervermögen „Stadt und Hafen“ vom 27. August 1997 (HmbGVBl. S. 415) wird die Höhe der erforderlichen Kreditaufnahme durch Beschluss der Bürgerschaft festgesetzt. Die Kreditaufnahme soll eine Finanzierung veranschlagter Aufwendungen und Investitionen einschließlich eventueller Vorgriffe für Fortsetzungsmaßnahmen sicherstellen.

Artikel 2 b

Kredit- und Bürgschaftsermächtigung für die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt

Das Volumen der Kreditaufnahme und der Sicherheitsleistung durch die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt wird nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt für das Haushaltsjahr 2007 auf 605 Mio. Euro Kreditmarktmittel und 10 Mio. Euro Bürgschaften und für das Haushaltsjahr 2008 auf 550 Mio. Euro Kreditmarktmittel und 10 Mio. Euro Bürgschaften festgesetzt.

Zu Artikel 2 b

(Kredit- und Bürgschaftsermächtigung für die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt)

Der Kreditbedarf der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt zur Absicherung der Bauherrendarlehen aus dem Wohnungsbauprogramm beträgt nach einer Vorausschätzung 605 Mio. Euro im Jahre 2007 und 550 Mio. Euro im Jahre 2008 (vgl. Erläuterungen zu den Titeln 6100.661.50 und 663.50).

Der Senat wird ermächtigt, für die von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt nach Absatz 1 aufgenommenen Kredite die selbstschuldnerische Bürgschaft und für die von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt übernommenen Bürgschaften Rückbürgschaften zu übernehmen.

Die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt wird ermächtigt, nach den Erfordernissen der Kassenlage und nach den jeweiligen Kapitalmarktverhältnissen im Vorgriff auf die nächstjährige Kreditermächtigung Verpflichtungen für die Aufnahme von Kreditmarktmitteln bis zur Höhe von 50 Mio. Euro einzugehen.

Artikel 2 c

Übernahme von Sicherheitsleistungen

Der Senat wird ermächtigt, in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 folgende Sicherheitsleistungen zu übernehmen:

1. Nach dem Verfahren des Gesetzes über die Kreditkommission vom 29. April 1997 im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 175 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von 100 Mio. Euro zur Förderung der Hamburger Wirtschaft. Die Laufzeit einer Sicherheitsleistung, die aufgrund dieser Ermächtigung übernommen wird, darf nicht über den 31. Dezember 2037 bzw. 2038 hinaus festgelegt oder verlängert werden.

Die Ermächtigung des Haushaltsbeschlusses des Vorjahres gilt weiter, soweit im Vorjahr im Einzelfall in Aussicht gestellte Sicherheitsleistungen vertraglich noch nicht übernommen worden sind.

2. Zugunsten der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH

- bis zur Höhe von 162 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2007 und bis zur Höhe von 40 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2008 zur Finanzierung von Beteiligungen und Investitionen im Immobilienbereich,
- im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von 743 Mio. Euro zur Finanzierung der Verpflichtungen aus dem Vertrag zum Erwerb von Aktien der Beiersdorf AG.

3. Zugunsten von Eigengesellschaften der Freien und Hansestadt Hamburg und zugunsten des von der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH (STEG) verwalteten Treuhandvermögens der Freien und Hansestadt Hamburg sowie zugunsten von Anstalten des öffentlichen Rechts im Haushaltsjahr 2007 und Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von 80 Mio. Euro zur Finanzierung von Investitionsvorhaben, soweit sie im Rahmen von KfW-Programmen gefördert werden.

Zu Artikel 2 c

(Übernahme von Sicherheitsleistungen)

Die Übernahme von Sicherheitsleistungen bedarf nach Artikel 72 Absatz 2 HV und § 39 Absatz 1 LHO einer der Höhe nach bestimmten Ermächtigung durch den Haushaltsbeschluss oder durch ein Gesetz.

Nummer 1

Es ist ein Bürgschaftsvolumen im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 175 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von 100 Mio. Euro erforderlich.

Nummer 2

Das beantragte Bürgschaftsvolumen betrifft

- den Umschuldungsbedarf entsprechend den Darlehensfälligkeiten und noch unverbürgte Finanzierungen von Beteiligungen,
- den Bedarf für Investitionen sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbauten einschließlich des damit in Zusammenhang stehenden Grunderwerbs,
- den Finanzierungsbedarf, der sich aus dem am 23. Oktober 2003 geschlossenen Aktienkaufvertrag ergibt. Mit dem abzusichernden Finanzierungskonzept werden der Kaufpreis für die 10%ige Beteiligung an der Beiersdorf AG und ergänzende Zahlungspflichten aus dem Aktienkaufvertrag abgedeckt (vgl. auch Drucksachen 17/3693 und 18/158).

Nummer 3

Die Förderprogramme der KfW ermöglichen es u.a. Eigengesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts mit Hilfe von zinsverbilligten Krediten bestimmte Projekte zu finanzieren.

Für die Kreditvergabe ist die Übernahme von modifizierten Ausfallbürgschaften durch die Freie und Hansestadt Hamburg erforderlich.

4. Zur Gewährleistung weiterer Versorgungszusagen nach Maßgabe des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes in seiner jeweiligen Fassung zugunsten

- a) Hamburg Tourismus GmbH,
- b) Eichdirektion Nord,
- c) Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -,
- d) Hamburg Port Authority,
- e) Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH,
- f) Hamburger Schulverein von 1875 e.V.

im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von insgesamt 73,8 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von insgesamt 89 Mio. Euro.

Nummer 4

Zur betriebswirtschaftlichen Absicherung der Versorgungsverbindlichkeiten aus nach Maßgabe des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes erteilten Versorgungszusagen zugunsten der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aus von ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erworbenen unverfallbaren und verfallbaren Versorgungsansprüchen soll jeweils eine Garantieerklärung der Freien und Hansestadt Hamburg abgegeben werden.

Die Ermittlung der Beträge erfolgt auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten.

Die Höhe des Gesamtbetrages dieser Ermächtigung zur Gewährleistung von weiteren Versorgungszusagen ergibt sich aus den nachstehend aufgeführten, voraussichtlich erforderlichen weiteren Beträgen:

zu a)

Hamburg Tourismus GmbH im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 3,7 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von 3,8 Mio. Euro.

Bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2005 sind bereits Gewährleistungen in Höhe von insgesamt 3,86 Mio. Euro übernommen worden.

zu b)

Eichdirektion Nord im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von 0,5 Mio. Euro.

Bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2005 sind bereits Gewährleistungen in Höhe von insgesamt 2,9 Mio. Euro übernommen worden.

zu c)

Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts - im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 1,5 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von 2 Mio. Euro.

Bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2005 sind bereits Gewährleistungen in Höhe von insgesamt 48,5 Mio. Euro übernommen worden.

zu d)

Hamburg Port Authority im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 67,2 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von 69,3 Mio. Euro.

Bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2005 sind bereits Gewährleistungen in Höhe von insgesamt 5 Mio. Euro übernommen worden.

zu e)

Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 0,8 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von 13,4 Mio. Euro.

Bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2005 sind bereits Gewährleistungen in Höhe von insgesamt 170,2 Mio. Euro übernommen worden.

zu f)

Hamburger Schulverein von 1875 e.V. im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 0,075 Mio. Euro.

Bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2003 sind bereits Gewährleistungen in Höhe von insgesamt 1,969 Mio. Euro übernommen worden.

5. Zur Abgabe von Freihalteerklärungen gegenüber Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfängern, die nach handelsrechtlichen Vorschriften bilanzieren, für Urlaubsrückstellungen im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von insgesamt 0,7 Mio. Euro.
- Nummer 5
Bei Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfängern, die nach handelsrechtlichen Vorschriften bilanzieren, ergibt sich die Notwendigkeit, für Urlaubsansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf das nächste Jahr übertragen werden, in der Bilanz werthaltige Rückstellungen zu bilden. Dies gilt z.B. für die Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH, Hamburger Werkstatt GmbH, Elbe Werkstätten GmbH und Lawaetz Service GmbH.
- Die Werthaltigkeit dieser Rückstellungen kann auch durch eine Freihalteerklärung des Zuwendungsgebers erreicht werden.
6. Zur Gewährleistung von Zusagen zum Ausgleich von Mietausfällen, unterlassenen Schönheitsreparaturen und Wohnungsschäden im Rahmen des Projekts „Jugend & Wohnen“ und „Wohnraum für ambulant betreutes Wohnen“ zugunsten der Lawaetz Service GmbH im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von insgesamt 0,55 Mio. Euro.
- Nummer 6
Die Lawaetz Service GmbH („Lawaetz“) wird durch die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz im Rahmen des Projektes „Jugend & Wohnen“ aus öffentlichen Mitteln gefördert. Das Projekt hat die Versorgung von Jugendlichen und jungen Volljährigen, die aus der Erziehungshilfe entlassen werden können, mit Wohnraum zum Ziel. Zu diesem Zweck soll die „Lawaetz“ Belegungsrechte über einen längeren Zeitraum von den Wohnungsunternehmen erwerben. Die Verträge zwischen der „Lawaetz“ und den Wohnungsunternehmen haben eine Laufzeit von bis zu 10 Jahren. Die Wohnungsunternehmen verlangen dabei eine Kostenübernahmeverpflichtung für eventuell anfallende Mietrückstände und für von Mietern verursachte Schäden in der Wohnung.
- Die Kostenübernahmeverpflichtung der „Lawaetz“ ist dabei auf maximal 2.600 Euro pro Fall begrenzt. Für einen 10-Jahreszeitraum wird eine Risikosumme von rd. 0,55 Mio. Euro kalkuliert. Die „Lawaetz“ kann dieses Risiko nicht tragen; es bedarf daher einer verbindlichen Garantie durch die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.
7. Zur Gewährleistung von Zusagen zum Ausgleich von Mietausfällen, unterlassenen Schönheitsreparaturen und Wohnungsschäden durch den Sozialhilfeträger und die team.arbeit.hamburg zugunsten der SAGA GWG im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von insgesamt 3,4 Mio. Euro.
- Nummer 7
Die Wohnungsunternehmen verlangen bei der Inanspruchnahme von Belegungsrechten durch den Sozialhilfeträger und die team.arbeit.hamburg eine Kostenübernahmeverpflichtung für eventuell anfallende Mietrückstände und von den Mietern verursachte Schäden in der Wohnung. Diese Mietsicherheiten sind bisher durch die Zahlung einer Kautions, die den Hilfeempfängern als Darlehen gewährt wurde, geleistet worden. Die Auszahlung der Darlehensbeträge kann somit in den Fällen, in denen der Vermieter von der Mietbürgschaft Gebrauch macht, vermieden werden.
- Die Kostenübernahmeverpflichtung durch den Sozialhilfeträger und die team.arbeit.hamburg ist auf das Dreifache einer monatlichen Nettokaltmiete begrenzt.

8. Zur Absicherung der den öffentlich-rechtlichen Stiftungen Hamburger Kunsthalle, Museum für Kunst und Gewerbe, Museum für Völkerkunde, Museum für Hamburgische Geschichte, Altonaer Museum, Helms-Museum und Museum der Arbeit überlassenen Leihgaben von Kunstwerken im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von insgesamt 300 Mio. Euro.

Nummer 8

Entsprechend dem Grundsatz der Selbstversicherung bei der Ausleihe von Ausstellungsstücken an Museen ist aufgrund der üblichen - das gesetzliche Haftungsrisiko übersteigenden - besonderen Haftungsbedingungen eine Ermächtigung zur Übernahme einer Garantieverpflichtung nötig, um den erweiterten Haftungsbedingungen wie bei Versicherungen entsprechen zu können und gleichzeitig dadurch die infolge des ständigen Wertzuwachses bei den Kunstgegenständen und des damit verbundenen höheren Haftungsrisikos steigenden Versicherungskosten zu vermeiden.

Die Ermächtigung kann bis zum Höchstbetrag auch revolving in Anspruch genommen werden.
9. Zugunsten der Deichtorhallen-Ausstellungs GmbH im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von 75 Mio. Euro zur Abdeckung von gesetzlichen Schadenersatzansprüchen bei Ausstellungsleihgaben.

Nummer 9

Bei der Deichtorhallen-Ausstellungs GmbH handelt es sich um einen staatlichen Ausstellungsbetrieb in privatrechtlicher Form. Er soll hinsichtlich der Haftungsübernahme bei Ausstellungsleihgaben dem staatlichen Ausstellungsbetrieb der Hamburger Museen gleichgestellt werden, indem er in die staatliche Selbstdeckung (Selbstversicherung) durch die Übernahme einer Gewährleistung einbezogen wird.
10. Zugunsten der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von insgesamt 20 Mio. Euro zur Absicherung ausgeliehener Wohnungsbauförderungs-mittel bei besonderen Wohnungsbauförderungs-maßnahmen.

Die Ermächtigungen der Haushaltsbeschlüsse 2004 bis 2006 gelten weiter, soweit in diesen Jahren in Aussicht gestellte Sicherheitsleistungen vertraglich noch nicht übernommen worden sind.

Nummer 10

Mit einer Bürgschaft gegenüber der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt soll die Gewährung von Wohnungsbauförderungs-mitteln gesichert werden, wenn eine bank-übliche Sicherung der Darlehen nicht möglich ist. Die Bürgschaften werden nach Maßgabe der Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften zur Absicherung besonderer Wohnungsbauförderungs-maßnahmen in der jeweils geltenden Fassung übernommen. Die verbürgten Wohnungsbauförderungs-mittel ermöglichen Projekte zur Verwirklichung neuer Formen des sozialen Miteinanders und/oder besonderer ökologischer Ansprüche in einer Wohnanlage (Kleingewerkschaften etc.).
11. Zugunsten von Kreditnehmern, deren Kreditvolumen die in § 13 Absatz 3 bzw. § 13 b Kreditwesengesetz (KWG) in der jeweiligen Fassung definierte Großkrediteinzelschuldengrenze überschreitet oder im Laufe des Haushaltsjahres überschreiten wird, im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von insgesamt 30 Mio. Euro zur Absicherung von Krediten, die von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt diesen Großkreditnehmern gewährt werden.

Nummer 11

Das Kreditwesengesetz (KWG) begrenzt die Gewährung von Großkrediten an einen einzelnen Kreditnehmer auf einen bestimmten Teil des haftenden Eigenkapitals (Grenze für Großkredite von Nichtbankinstituten gem. § 13 Absatz 3 KWG bzw. für Großkredite von Institutsgruppen und Finanzierungsgruppen gem. § 13 b KWG).

Damit die betroffenen Bauherren auch weiterhin am Wohnungsneubau beteiligt werden können, ist es erforderlich, Teilbeträge betroffener Kreditengagements durch besondere Bürgschaften der Freien und Hansestadt Hamburg abzusichern. Hierfür wird ein Bürgschaftsvolumen 2007 und 2008 jeweils in Höhe von 30 Mio. Euro benötigt.

12. Zugunsten der

- GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH,
- SAGA Siedlungs-AG Hamburg,
- HSE Hamburger Stadtentwässerung - Anstalt des öffentlichen Rechts -,
- VHG Kommanditgesellschaft VHG Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co,
- HaGG Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH

sowie zugunsten ihrer hundertprozentigen Tochtergesellschaften im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von insgesamt 400 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von insgesamt 350 Mio. Euro zur Erleichterung und Absicherung ihrer Kreditaufnahme.

13. Zugunsten der SpriAG - Sprinkenhof AG im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von insgesamt 20 Mio. Euro zur Absicherung ihrer Kreditaufnahme für Investitionsvorhaben, bei denen keine eigenen Sicherheiten gestellt werden können.

Nummer 12

Die Übernahme selbstschuldnerischer Bürgschaften durch die Freie und Hansestadt Hamburg dient der Verbilligung der Kreditaufnahme der genannten Gesellschaften und Anstalten sowie ihrer Tochtergesellschaften. Diese Verbilligung soll zum Teil über Bürgschaftsvergütungen auch zur Einnahmeverbesserung zugunsten des Haushalts der Freien und Hansestadt Hamburg genutzt werden.

14. Zugunsten der Projektierungsgesellschaft Finkenwerder mbH & Co. KG (vormals Projektierungsgesellschaft DA-Erweiterung GmbH & Co. KG) im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von 404 Mio. Euro, soweit die Ermächtigungen der Vorjahre noch nicht in Anspruch genommen worden sind, zur Absicherung ihrer Kreditaufnahme.

Nummer 13

Die Übernahme selbstschuldnerischer Bürgschaften durch die Freie und Hansestadt Hamburg soll Kreditaufnahmen der SpriAG ermöglichen, die auf städtischem Grund durchgeführt werden und für die die SpriAG keine eigenen Sicherheiten wie eine Grundschuld bestellen kann (z.B. Generalmietvertragsobjekte).

15. Zugunsten der HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH zur Sicherung von Krediten bei der Europäischen Investitionsbank sowie der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von 133 Mio. Euro, soweit die Ermächtigungen der Vorjahre noch nicht in Anspruch genommen worden sind, zur Teilfinanzierung von Investitionen.

Nummer 14

Die Übernahme selbstschuldnerischer Bürgschaften durch die Freie und Hansestadt Hamburg dient der Verbilligung der Kreditaufnahme der Gesellschaft für die Vorfinanzierung von Veräußerungserlösen aus dem Verkauf von Aktien der DaimlerChrysler Luft- und Raumfahrt Holding AG. Bürgschaftsvergütungen (i.d.R. 0,5 v.H.) sollen nicht erhoben werden.

16. Zur Abgabe von Freihalteerklärungen gegenüber der Eichdirektion Nord für Urlaubsansprüche, Beihilfeansprüche und Altersteilzeitanprüche im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von insgesamt 0,5 Mio. Euro.

Nummer 15

Die HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH bzw. ihre Muttergesellschaft Hamburger Hafen und Logistik AG können durch von der Freien und Hansestadt Hamburg gesicherte Kredite bei der Europäischen Investitionsbank sowie der Kreditanstalt für Wiederaufbau ihre Fremdkapitalkosten bei der Errichtung des Container-Terminals in Altenwerder verringern.

17. Zur Gewährleistung der von der TÜV Hanse GmbH übernommenen Verpflichtung zur Zahlung von Ruhegehalt, soweit von Hamburg Erstattungen zu leisten sind, im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 1 Mio. Euro.

Nummer 16

Mit der Bilanzierung nach handelsrechtlichen Vorschriften ergibt sich die Notwendigkeit, in der Bilanz werthaltige Rückstellungen zu bilden. Die Werthaltigkeit dieser Rückstellungen soll durch Freihalteerklärungen des Anstaltsträgers erreicht werden.

Die Gewährleistung bezieht sich auf am 31. Dezember 2003 bestehende Ansprüche der Beschäftigten gegenüber ihrem bisherigen Dienstherrn bzw. Arbeitgeber Freie und Hansestadt Hamburg.

Nummer 17

Mit der Bilanzierung nach handelsrechtlichen Vorschriften ergibt sich die Notwendigkeit, in der Bilanz werthaltige Rückstellungen zu bilden. Die Werthaltigkeit dieser Rückstellungen soll durch Freihalteerklärungen der Freien und Hansestadt Hamburg aufgrund einer Ermächtigung für eine Gewährleistung erreicht werden, soweit die Ruhegeldleistungen auf Anwartschaften beruhen, die bis zum 31. Dezember 2003 erworben wurden (vgl. § 9 a des Überleitungsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der TÜV Verkehr und Fahrzeug GmbH).

18. Zugunsten der vollständig oder teilweise aus Haushaltsmitteln finanzierten öffentlichen Unternehmen in privater Rechtsform, der Hamburg Port Authority - Anstalt des öffentlichen Rechts - sowie weiterer institutionell geförderter Zuwendungsempfänger im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von insgesamt 14 Mio. Euro, um deren gesetzliche Verpflichtung zur Insolvenzversicherung ihrer Wertguthaben aus Altersteilzeit abzusichern.

 Nummer 18
 Mit dem Dritten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist zum Schutze der Arbeitnehmer vor Insolvenz durch den neuen § 8 a Altersteilzeitgesetz eine gesetzliche Verpflichtung zur Sicherung für Wertguthaben aufgrund von Altersteilzeitvereinbarungen eingeführt worden. Zum Nachweis der Insolvenzversicherung ist bei vollständig oder teilweise aus Haushaltsmitteln finanzierten Einrichtungen eine Freihalteerklärung der Freien und Hansestadt Hamburg vorgesehen. Zusätzliche Belastungen des Haushalts, z. B. durch eine Erhöhung des Zuwendungsbedarfs, sollen damit vermieden werden.

 Begünstigt sind insbesondere die Staatstheater, Einrichtungen zur Kinderbetreuung und zur beruflichen Bildung sowie zur Förderung des Tourismus.

19. Zugunsten des Landesbetriebs Krankenhäuser Hamburg Immobilien - Anstalt öffentlichen Rechts - im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 580 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von 645 Mio. Euro für die Aufnahme von Darlehen am Kreditmarkt.

 Nummer 19
 Zur Refundierung bis Ende 2004 aufgelaufener Darlehen bei der Kasse.Hamburg und zur Finanzierung laufender Aufwendungen des Landesbetriebs Krankenhäuser Hamburg Immobilien - Anstalt öffentlichen Rechts - werden Darlehen am Kreditmarkt aufgenommen (vgl. Drucksache 18/849).

20. Zugunsten des Hamburgischen Versorgungsfonds im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von jeweils 100 Mio. Euro für die Aufnahme von Darlehen am Kreditmarkt.

 Nummer 20
Die Sicherheitsleistung dient zur Verbilligung von Kreditkonditionen des Hamburgischen Versorgungsfonds.

21. Zugunsten der von der Freien und Hansestadt Hamburg beurlaubten Beamtinnen und Beamten des LBK Hamburg - Anstalt öffentlichen Rechts - im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von 3 Mio. Euro zum Zweck der Insolvenzversicherung der anteiligen Versorgungsansprüche, die ab dem 1. Januar 2005 beim LBK Hamburg verdient werden.

 Nummer 21
 Die Betriebsgesellschaft ist als privatrechtliche Kapitalgesellschaft konkursfähig. Der Gläubigerstatus der beurlaubten Beamtinnen und Beamten im Verhältnis zur Kapitalgesellschaft ist schlechter als im Verhältnis zur alten Anstalt öffentlichen Rechts mit Gewährträgerhaftung. Soweit eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in den Pensionsversicherungsverein (gebührenpflichtig) nicht möglich ist, ist es zur Vermeidung einer Besitzstandsverschlechterung geboten, dass die Freie und Hansestadt Hamburg vorsorglich Garantieerklärungen abgibt (vgl. Drucksache 18/849).

22. Zur Absicherung der Triathlon-Weltmeisterschaft 2007 in Hamburg bis zur Höhe von 1,5 Mio. Euro, soweit die Ermächtigung des Haushaltsbeschlusses 2004 noch nicht in Anspruch genommen worden ist.

 Nummer 22
 Gegenüber dem Ausrichter der Triathlon - Weltmeisterschaft 2007 in Hamburg soll für den Fall eines Defizits eine Ausfallbürgschaft bis zur Höhe von 1,5 Mio. Euro abgegeben und auf die Erhebung einer Bürgschaftsvergütung verzichtet werden (vgl. Drucksache 18/1079).

23. Zugunsten der Hamburg Port Authority im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von insgesamt 57.948 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von insgesamt 78.924 Mio. Euro zur Erleichterung und Absicherung ihrer Kreditaufnahme.

 Nummer 23
 Die Übernahme selbstschuldnerischer Bürgschaften durch die Freie und Hansestadt Hamburg soll Kreditaufnahmen der Hamburg Port Authority erleichtern und absichern.

24. Zugunsten der Hamburg Port Authority zur Absicherung der Risiken - sofern keine gesetzliche Versicherung vorgeschrieben ist - für Schäden an Personen sowie für Schäden an Sachen bis zu einer Höhe von 0,5 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2007.

 Nummer 24
 Da für einen Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 2007 vom Grundsatz der Nichtversicherung Gebrauch gemacht und das Eigendeckungsprinzip angewendet werden soll, soll ein Ausgleich für eintretende Schäden durch die Freie und Hansestadt Hamburg sichergestellt werden (vgl. Drucksache 18/2332).

25. Zugunsten der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH, der Kommanditgesellschaft VHG Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co und der Unternehmensgruppe der HaGG Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH für Leitungswasserschäden, die von den Objektgesellschaften beseitigt werden müssen, bis zur Höhe von 3 Mio. Euro.

26. Zugunsten der „Internationalen Gartenschau Hamburg 2013 GmbH“ im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 jeweils bis zur Höhe von 2 Mio. Euro zur Erleichterung und Absicherung ihrer Kreditaufnahme.

Nummer 25

Die Objektgesellschaften 1. - 3. Tranche Gebäudemana- gement verfügen bisher nicht über eine Absicherung von Leitungswasserschäden, zu deren Beseitigung sie als Ei- gentümer verpflichtet sind. Durch die Abgabe entspre- chender Freihalteerklärungen werden sie bei Leitungswas- serschäden so gestellt, als würden die ihnen gehörenden Gebäude weiterhin dem Grundsatz der Selbstdeckung unterliegen.

Nummer 26

Die Übernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaften durch die Freie und Hansestadt Hamburg dient der Verbil- ligung der Kreditaufnahme der genannten Gesellschaft für die Vorfinanzierung von Aufwendungen zur Vorbereitung der Internationalen Gartenschau 2013.

Artikel 3

Deckungsfähigkeit

1. Mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde sind die Ausgaben bei den nachfolgend ge- nannten Kontenrahmen sowie Kapiteln und Titeln ge- genseitig deckungsfähig:
- Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) der Ein- zelpläne 1.0 bis 9.1,
 - Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN),
 - Kontenrahmen für Versorgung (KRV),
 - Titel XXXX.632.91 „Zuweisungen für Versor- gungszuschläge an Wirtschaftspläne“,
 - Kapitel 9750 „Zentrale Versorgung“,
 - Titel XXXX.461.01 „Zentral veranschlagte Perso- nalausgaben...“,
 - Titel 1140.461.02 „Sonderbudget Unterbringung von Schwerbehinderten“,
 - Titel 1140.461.03 „Sonderprogramm Laufbahn- aufsteiger“,
 - Titelgruppe 1140. Z 70 „Nachwuchskräfte mittlere und gehobener Dienst“,
 - Titelgruppe 1140. Z 71 „Nachwuchskräfte höherer Dienst“,
 - Titel 3800.632.01 „Beihilfen für Versorgungsemp- fänger“,
 - Titel 3150.671.01 „Erstattungen der BBS für schu- lische Leistungen an den Landesbetrieb Hambur- ger Institut Berufliche Bildung“.

Die in den Titelgruppen veranschlagten Personalaus- gaben sind mit Einwilligung der für die Finanzen zu- ständigen Behörde jeweils gegenseitig deckungsfähig mit dem Titel 9700.461.01 „Zentral veranschlagte Personalausgaben (soweit nicht anderweitig veran- schlagt)“:

2. Die sächlichen Verwaltungsausgaben (Obergruppen 51 bis 54) sind je Einzelplan einseitig deckungsfähig zugunsten der Titel XXXX.671.XX „Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninter- nen Telefonverkehrs“.

Zu Artikel 3

(Deckungsfähigkeit)

Nach § 20 Absatz 2 LHO können Ausgaben im Haushalts- plan unter bestimmten Voraussetzungen für gegenseitig o- der einseitig deckungsfähig erklärt werden. Deckungsfä- hige Ausgaben dürfen nach § 46 LHO, solange sie verfügbar sind, zugunsten einer anderen Ausgabe verwendet werden.

Nummer 1

In den Einzelplänen sind Mittel für Besoldungs- und Tarif- steigerungen nicht veranschlagt. Damit die hierfür ggf. er- forderlichen Mittel je nach Bedarf aufgeteilt und unvorher- gesehene und zwangsläufige Mehrbedarfe, z. B. bei Beihil- fen, flexibel im Rahmen veranschlagter Mittel ausgeglichen werden können, ist die gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen den genannten Titeln/Kapiteln erforderlich.

Für eine größere Transparenz in der Veranschlagung und zur Erleichterung der Abrechnung sind die im KRD des Kapitels 1140 veranschlagten Personalausgaben für Schwerbehinderte und Laufbahnaufsteiger sowie die Aus- gaben für die Ausbildungskräfte im Verwaltungsdienst in besonderen Titeln bzw. Titelgruppen ausgewiesen worden. Gleichwohl soll die gegenseitige Deckungsfähigkeit dieser Ausgaben erhalten bleiben, damit zwangsläufige Mehrbe- darfe unterjährig flexibel ausgeglichen werden können.

Die im Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) der Kapitel 3100 bis 3140 sowie anteilig beim Titel 3150.671.01 veran- schlagten Personalausgaben für den Lehrstellenplan dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde angepasst werden, um Mehr- bzw. Minderbedarfe in Folge von

- Veränderungen der Schülerzahlen,
- anderer bedarfsrelevanter Fallzahlen,
- der nach Schulformen oder altersbedingt im Tarif- und Besoldungsbereich differierenden Personalkostenwer- te oder
- Tarif- oder Besoldungsveränderungen unterjährig fle- xibel ausgleichen zu können.

Nummer 2

Damit unvorhergesehene Mehrbedarfe bei dem Titel XXXX.671.XX „Erstattung der Kosten für die Inanspruch- nahme des behördeninternen Telefonverkehrs“ ausgegli- chen werden können, ist die einseitige Deckungsfähigkeit zu Lasten der sächlichen Verwaltungsausgaben erforderlich.

3. Die Mittel für Grunderwerb (Obergruppe 82) eines Produktbereichs sind gegenseitig deckungsfähig.
- Numer 3
Bei Veranschlagung von Grunderwerbsmitteln sind der Abschluss der Verhandlungen und der genaue Preis eines Grundstücks häufig nicht vorherzusehen. Die Deckungsfähigkeit führt dazu, dass eine vorsorgliche Mittelveranschlagung und damit eine unnötige Bindung von Haushaltsmitteln unterbleiben kann.
- Die Abgrenzung der Produktbereiche ist den Erläuterungen zum Haushaltsplan (Vorwort zum jeweiligen Einzelplan) zu entnehmen, die insoweit verbindlich sind.
4. Die in den Einzelplänen der Bezirksämter in den Deckungskreisen 05 und im Kapitel 9810 „Zentrale Bezirksangelegenheiten“ veranschlagten sächlichen Verwaltungsausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
- Numer 4
Diese Regelung soll die notwendige Flexibilität bei der Bewirtschaftung der sächlichen Verwaltungsausgaben der Bezirksämter und des Amtes für Bezirke und Verwaltungsreform ermöglichen.
5. Rahmenzuweisungen der Fachbehörden an ein Bezirksamt sind bis zu 15 v. H. gegenseitig deckungsfähig. Soweit sie aus demselben Produktbereich eines Einzelplans einer Fachbehörde übertragen wurden, sind sie bis zu 20 v. H. gegenseitig deckungsfähig.
- Eine Verstärkung von Titeln der Hauptgruppen 4, 5 und 6 zu Lasten von Titeln der Hauptgruppen 7 und 8 ist nicht zulässig.
- Numer 5
Ein Ziel der Verwaltungsreform ist die Stärkung der Kompetenzen der Bezirksversammlungen auch im Rahmen des Haushaltsvollzugs. Mit dieser Deckungsfähigkeit über alle Produktbereiche werden die Möglichkeiten der Bezirksversammlungen, bezirksbezogene Schwerpunkte bei Rahmenzuweisungen zu setzen, ausgeweitet. Sie entscheidet über die Verwendung der umgeschichteten Mittel. Dabei bedarf das Bezirksamt, möchte es mehr als 5 v. H. umschichten, der Zustimmung der Fachbehörde (vgl. Drucksache 18/2498, Nr. 4.3).
- Die bisherige produktbereichsbezogene Deckungsfähigkeit bis 20 v. H. ist in die neue, weitergehende Ermächtigung integriert worden.
6. Die in den Einzelplänen der Bezirksämter veranschlagten Mittel für Verwaltungsinvestitionen (Deckungskreis 02 „Hochbau und Beschaffungen“) sind gegenseitig deckungsfähig.
- Numer 6
Diese Regelung soll die notwendige Flexibilität bei der Bewirtschaftung der Mittel für Verwaltungsinvestitionen der Bezirksämter ermöglichen.
7. Die in der Titelgruppe 1100. Z 71 „Betriebskonto Sachausgaben für zentrale Aufgaben der Senatskanzlei, für Staatsamt und Planungsstab“ und die im Deckungskreis 01 „Protokoll und Auswärtige Angelegenheiten“ veranschlagten Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.
- Die Titel der Titelgruppe 1100. Z 71 sind einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 1100.682.01 „Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Rathaus-Service“.
- Numer 7
Der Kontenrahmen Sachausgaben (KRS) im Kapitel 1100 ist ab 2007 aufgelöst, und die Titel sind in die Titelgruppe 1100. Z 71 überführt worden. Die bisherige Deckungsfähigkeit mit den im Deckungskreis 01 veranschlagten Mitteln muss für eine Übergangszeit erhalten bleiben, damit Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten bei der Ansatzermittlung unterjähig berichtigt werden können.
- Darüber hinaus erfolgt erstmalig eine Leistungsabrechnung des Rathaus-Service gegenüber der Senatskanzlei. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans 2007/2008 ist der Landesbetrieb von einer vollen Kostendeckung ausgegangen. Ein Betriebskostenzuschuss zum Ausgleich eines Fehlbetrages ist daher nicht mehr vorgesehen. Für den Fall, dass Betriebsausgaben des Rathaus-Service auf Grund einer ungenauen Kalkulation nicht gedeckt werden können, soll der Ausgleich eines möglichen Fehlbetrages im Rahmen der Deckungsfähigkeit ermöglicht werden.

8. Die in den Titelgruppen
1140. Z 61 „Betriebskonto der Abteilungen Dienst-/Tarifrecht, Service und Steuerung sowie Personalmanagement“,
1140. Z 65 „Betriebskonto des Personalärztlichen Dienstes“,
1140. Z 66 „Betriebskonto des Arbeitsmedizinischen Dienstes“
- veranschlagten sächlichen Verwaltungsausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
9. Die in den Titelgruppen
2060. Z 69 „Sach- und Fachausgaben der Staatsanwaltschaften“,
2110. Z 69 „Sach- und Fachausgaben der ordentlichen Gerichte“,
2190. Z 69 „Sach- und Fachausgaben der Fachgerichte“
- veranschlagten Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
10. Die im Einzelplan 3.1 in den Titelgruppen Z 78 der Produktbereiche 01 und 02 sowie in der Titelgruppe Z 75 des Kapitels 3000 veranschlagten sächlichen Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
11. Die in den Titelgruppen
4000. Z 61 „Sach- und Fachausgaben der Allgemeinen Verwaltung“,
4010. Z 61 „Sach- und Fachausgaben der Öffentlichen Rechtsauskunft“,
4220. Z 61 „Versorgungsamt Hamburg“
- veranschlagten Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
12. Die in den Titelgruppen
4810. Z 61 „Sach- und Fachausgaben im öffentlichen Gesundheitswesen“,
4880. Z 61 „Sach- und Fachausgaben des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und Veterinärwesens“
- veranschlagten Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
13. Die in den Titelgruppen
9100. Z 61 „Budgetierte Sach- und Fachausgaben“,
9120. Z 61 „Budgetierte Sach- und Fachausgaben“
- veranschlagten Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
- Nummer 8
Der KRS des Personalamts (Einzelplan 1140) wurde durch die Einführung von Titelgruppen (Sachmittelbudgets der Produktgruppen) abgelöst. Dadurch ist ein weiterer Schritt zur Modernisierung (AKV-Prinzip, NSM) und zur Verselbständigung der Produktgruppen realisiert worden. Um Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten bei der Ansatzermittlung unterjährig berichtigen zu können und, da es sich um relativ kleine Bereiche handelt, unterjährige Steuerungsmöglichkeiten für den verantwortlichen Beauftragten für den Haushalt zu erhalten, ist die Möglichkeit zur gegenseitigen Deckungsfähigkeit erforderlich.
- Nummer 9
 Mit dem Haushaltsplan 2004 sind die Einnahmen und Ausgaben der Staatsanwaltschaften aus dem Kapitel 2110 herausgenommen und in dem neuen Kapitel 2060 separat veranschlagt worden.
- Die Fachgerichte sind im Kapitel 2190 zusammengefasst worden.
- Bestimmte Sach- und Fachaufgaben werden weiterhin Kapitel übergreifend geleistet. Daher ist die gegenseitige Deckungsfähigkeit für die Bewirtschaftung der Mittel dauerhaft zu erhalten.
- Nummer 10
 Mit der Übernahme der bisher im Kontenrahmen für Sachausgaben des Einzelplans 3.1 veranschlagten Ausgaben in Titelgruppen ist die für diese Ausgaben bisher bestehende kapitelübergreifende Deckungsfähigkeit nach § 20 Absatz 1 LHO entfallen. Diese muss jedoch im Hinblick auf Korrespondenz zwischen den Produktbereichen 1 und 2 in bildungsbezogenen Aufgaben erhalten werden.
- Nummern 11 und 12
 Die Titelgruppen im Einzelplan 4 wurden neu strukturiert. Für eine Übergangszeit ist die Deckungsfähigkeit zwischen den Titelgruppen erforderlich, damit Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten in der Ansatzermittlung unterjährig berichtigt werden können.
- Nummer 13
 Im Haushaltsplan 2005/2006 sind die Einnahmen und Ausgaben der Finanzämter aus dem Kapitel 9100 herausgenommen und in dem neuen Kapitel 9120 separat veranschlagt worden. Mit der gegenseitigen Deckungsfähigkeit soll eine erhöhte Flexibilität bei der Bewirtschaftung der Mittel erreicht werden.

14. Die im Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) des Einzelplanes 3.3 veranschlagten Personalausgaben sind mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde mit den anteiligen Personalausgaben in den Titeln 3800.682.02, 3800.682.03, 3800.682.04, 3800.682.05, 3800.682.06, 3800.682.07, 3800.682.08, 3800.682.11 und mit den in der Titelgruppe 3800. Z 79 veranschlagten Personalausgaben gegenseitig deckungsfähig.
15. Die in den Einzelplänen 1.2 bis 1.8 und 7 bei den Titeln 461.01 „Zentral veranschlagte Personalausgaben beim Einzelplan XX“ und bei den Titeln 547.06 „Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ARGE“ veranschlagten Ausgaben sind jeweils Einzelplan bezogen gegenseitig deckungsfähig. Die in den Einzelplänen der Bezirksämter veranschlagten Ausgaben sind darüber hinaus Einzelplan übergreifend deckungsfähig.

Nummer 14

Bei Errichtung der sieben öffentlich-rechtlichen Museumsstiftungen sind die auf die Museen entfallenden KRD-Mittel auf die neu eingerichteten Zuwendungstitel verteilt worden. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit ist weiterhin erforderlich, um in Einzelfällen unterjährig erforderlich werdende Korrekturen entsprechend geänderter Mittelbedarfe zu ermöglichen. Dies gilt auch für die Personalausgaben des Museumsdienstes in der Titelgruppe 3800. Z 79, da der Museumsdienst sehr eng mit den Museumsstiftungen kooperiert.

Nummer 15

Diese Regelung soll im Rahmen des Jahresabschlusses einen Ausgleich infolge von Spitzabrechnungen ermöglichen.

Artikel 4

Übertragung von Mitteln auf andere Titel

1. Bei Zentraltiteln können Mittel nach Maßgabe des Haushaltsvermerks auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen werden.

Die übertragenen Mittel können, soweit sie nicht in Anspruch genommen werden, auf die ursprünglichen Titel zurückübertragen werden; das gilt in gleicher Weise für übertragene Haushaltsreste.

Die bei den Titeln der Hauptgruppen 5 und 6 (luk-Folgekosten und Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport) in den Einzelplänen veranschlagten Mittel dürfen, soweit sie nicht benötigt werden, auf den Zentraltitel 9800.536.56 übertragen werden.

Soweit Mittelübertragungen von Zentraltiteln durch Einsparungen bei anderen Titeln zu decken sind, ist das Soll bei diesen Titeln durch entsprechende Sollübertragungen auf den Titel, bei dem eine globale Minderausgabe zur Deckung des Ansatzes beim Zentraltitel veranschlagt wurde, zu reduzieren.

Zu Artikel 4

(Übertragung von Mitteln auf andere Titel)

Nummer 1

Als „Zentraltitel“ werden z. B. Titel für folgende Zwecke angesehen:

- Unterbringung und Eingliederung von Wohnungslosen, Aussiedlern und Zuwanderern,
- Schadstoffbeseitigung,
- Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentlichen Einrichtungen,
- Sonderprogramme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst,
- Mehrbedarfe für Landesbetriebe, Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger u.a. aufgrund von Tarif- und Besoldungserhöhungen,
- Rückstellung für Mehraufwendungen und
- global veranschlagte Investitionsausgaben für luk-Maßnahmen sowie zentral veranschlagte Folgekosten für neue Investitionen im luk-Bereich.

Die Einsparungen zur Deckung der Mittelübertragungen aus den Zentraltiteln 9890.791.01 und 9890.971.04 sollen durch so genannte „negative Sollübertragungen“ auf den Titel 9890.791.02 bzw. 9890.972.04 sichergestellt werden.

2. Im Rahmen der Einführung neuer Steuerungsmodelle dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung innerhalb der ersten drei Jahre nach Einrichtung der Titelgruppe Mittel übertragen werden auf

- die in Kapiteln oder Titelgruppen veranschlagten Titel der Budgets der Einführungsbereiche für nicht steuerbare Mehrbedarfe von den Titeln, aus denen das Budget entnommen wurde und denen der Mehrbedarf sachlich zuzurechnen ist,
- Titel, aus denen das Budget entnommen wurde, von den entsprechenden Titeln der Budgets,
- vorhandene oder neu einzurichtende Titel des Investitionshaushalts von den Titeln der Budgets.

Entsprechendes gilt für ausgegliederte Bereiche, soweit diese Zuschüsse/Zuweisungen aus dem Haushalt erhalten.

3. Zur Verstärkung der Sach- und Fachausgaben sowie der Investitionsausgaben dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde bis zu 1 v. H. der im jeweiligen Einzelplan bei den Titeln der Gruppen 422 bis 427 sowie 432, 435, 436 und 441 veranschlagten Mittel im Wege der Sollübertragung auf Titel der Hauptgruppen 5 bis 8 übertragen werden, sofern

- zusätzliche Haushaltsbelastungen in Folgejahren nicht entstehen und
- die Wirksamkeit oder Wirtschaftlichkeit in der Aufgabenwahrnehmung erhöht wird.

Die Mittel dürfen in der Regel nur auf Titel desselben Produktbereichs übertragen werden.

Im Zuge der Umstrukturierung der IuK-Administration dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel bis zur Höhe der bisher für diesen Zweck bei den genannten Titeln sowie bei den Titeln 535.56 (IuK-Folgekosten) und 671.56 (Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport) veranschlagten Mittel auf Titel der Hauptgruppen 5 bis 8 übertragen werden, um daraus Dienstleistungen an Dritte zu bezahlen.

In den Einzelplänen der Bezirksämter dürfen die Mittel auf die entsprechenden Titel des jeweiligen Einzelplans übertragen werden; gleichermaßen dürfen aus den Einzelplänen der Bezirksämter Mittel auf das Kapitel 9810 „Zentrale Bezirksangelegenheiten“ übertragen werden.

Nummer 2

Um Zuordnungsfehler bei der Ermittlung der Budgets für Bereiche zur Einführung neuer Steuerungsmodelle korrigieren zu können, soll ein Ausgleich mit den Titeln ermöglicht werden, aus denen das Budget ursprünglich gespeist wurde.

Zur flexiblen Bewirtschaftung des Budgets - orientiert an den jeweiligen Produkten - soll die Möglichkeit eröffnet werden, erwirtschaftete Minderausgaben im Betriebshaushalt für investive Zwecke (z. B. Beschaffung, Kleine Bauten), die dem effizienteren Mitteleinsatz z. B. durch Optimierung der Betriebsabläufe dienen, einzusetzen.

Entsprechende Korrekturen sollen auch im Zusammenhang mit der Ausgliederung von Bereichen ermöglicht werden.

Nummern 3 und 4

Die Ermächtigungen eröffnen die Möglichkeit, im Haushaltsvollzug Umschichtungen zwischen Personal- und Sachhaushalt vorzunehmen, um die Verwaltungsaufgaben - abweichend von der Veranschlagung - durch den Einsatz von Sachmitteln bzw. im umgekehrten Fall durch eigenes Personal wirtschaftlicher oder wirksamer erledigen oder Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit oder Wirksamkeit in der Verwaltung (z.B. im Rahmen des E-Government oder aufgabenkritischer Überlegungen) durchführen zu können.

Mit der Einbeziehung der Gruppen 432, 435, 436 und 441 (Kostenanteile für Versorgung und Beihilfen) in Nr. 3 wird wieder die Möglichkeit geschaffen, Aufgaben durch den Einsatz von Sachmitteln auch dann zu erledigen, wenn dies nur unter Berücksichtigung der Versorgungsaufwendungen günstiger ist.

Zeitpunkt der Umstrukturierung der IuK-Administration in den einzelnen Behörden und Finanzierungsbedarf werden im Zuge der weiteren Planungen konkretisiert. Die Ermächtigung gewährleistet, dass entsprechend dem Projektfortschritt die finanziellen Voraussetzungen zur Bezahlung von Dienstleistungen (z.B. Dataport) bei gleichzeitiger Verringerung der bisherigen Personalkapazität für die IuK-Administration in den Behörden geschaffen werden können.

Die Abgrenzung der Produktbereiche ist den Erläuterungen zum Haushaltsplan (Vorwort zum jeweiligen Einzelplan) zu entnehmen, die insoweit verbindlich sind. Ausnahmsweise soll auch die Übertragung von einem Produktbereich mit Intendanz- und/oder Querschnittsaufgaben auf einen anderen Produktbereich desselben Einzelplans und umgekehrt vorgenommen werden dürfen.

Die Ausdehnung der Deckungsfähigkeit über den Produktbereich hinaus auf den Gesamteinzelplan eines Bezirksamts ist notwendig, weil die Personalausgaben in den Einzelplänen der Bezirksämter regelhaft noch nicht getrennt nach Produktbereichen, sondern zusammengefasst bei einem Produktbereich veranschlagt sind.

Ergänzend zu den Regelungen in Absatz 1 Satz 1 und 2 dürfen in den Kapiteln 3050 und 3100 - 3140 im Rahmen von insgesamt 1 v. H. der veranschlagten Mittel - bei neuen Maßnahmen mit Programmcharakter mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde - Mittel von den Titeln 3050.422.91 bis 426.91 auf den Titel 3050.534.78 und von den Titeln 3100 - 3140.422.91 bis 426.91 auf die Titel 3020.684.06, 3020.685.01 und 3100.548.61, 3100 - 3140.429.78 im Wege der Sollübertragung übertragen werden, sofern diese Mittel durch die gezielte Sperrung von pädagogischen Stellen bei dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung oder von Lehrerinnen- und Lehrerstellen sowie von sozialpädagogischen Stellen in den Schulkapiteln erwirtschaftet wurden.

Ferner dürfen in den Kapiteln 3100 - 3140 mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel von den Titeln 3100 - 3140.422.91 bis 426.91 im Wege der Sollübertragung auf die Titel 3160.684.10 und 3160.684.12 übertragen werden.

Zur Finanzierung des schrittweise ausgeweiteten Angebots an Ganztagschulen können mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung von den Titeln 3100 - 3140.422.91 bis 426.91 auf die Titel 3020.681.05, 3100.548.61, 3100 - 3140.429.78, 3100 - 3140.517.78 und 3100 - 3140.525.78 übertragen werden, sofern diese Mittel durch die Streichung von Lehrerstellen in den Schulkapiteln erwirtschaftet werden.

4. Zur Beschäftigung von Personen im Rahmen von Dienst- oder Honorarverträgen dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde bis zu 500.000 Euro jährlich je Einzelplan aus Mitteln bei den Titeln der Hauptgruppe 5 im Wege der Sollübertragung auf Titel der Gruppen 425 bis 427 zur Erfüllung des Bewilligungszwecks übertragen werden, wenn

- das Beschäftigungsverhältnis nicht über ein Jahr hinausgeht,
- die Begründung eines Dauerarbeitsverhältnisses ausgeschlossen ist,
- keine Versorgungsverpflichtung aus dem Vertragsverhältnis für den Hamburger Haushalt erwächst und
- die Wirksamkeit oder Wirtschaftlichkeit in der Aufgabenwahrnehmung erhöht wird.

Die Mittel dürfen in der Regel nur auf Titel desselben Produktbereichs übertragen werden.

In den Einzelplänen der Bezirksamter können die Mittel auf die entsprechenden Titel des jeweiligen Einzelplans übertragen werden; gleichermaßen können aus den Einzelplänen der Bezirksamter Mittel auf das Kapitel 9810 „Zentrale Bezirksangelegenheiten“ übertragen werden.

5. Zur Durchführung von zusätzlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Verfahren zur Personalauswahl und Beratungs- und Outsourcing-Aufgaben dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde die bei den Titeln der Gruppen 422 bis 427 veranschlagten Mittel bis zu 500.000 Euro jährlich je Einzelplan auf die entsprechenden Titel übertragen werden.

Die spezielle Regelung für den Einzelplan 3.1 soll haushaltsmäßige Flexibilität bei Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich Schülerfürsorge und Ausbildungsförderung, im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, im Studienseminar sowie bei kompensatorischen Unterrichtsangeboten und schulbegleitenden Aufgaben gewährleisten.

Diese spezielle Regelung für den Einzelplan 3.1 soll haushaltsmäßige Flexibilität bei Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Schulorganisation durch Anpassung der Ressourcen an die Schülerwanderungen zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft gewährleisten.

Die spezielle Regelung für den Einzelplan 3.1 soll haushaltsmäßige Flexibilität bei Wahrnehmung von Aufgaben beim Ausbau des Ganztagschulangebots gewährleisten.

Nummer 5

Die vorgesehene Regelung gibt die Möglichkeit, die genannten Maßnahmen aus eingesparten Personalausgaben durchzuführen, um den gestiegenen Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten zu entsprechen.

- | | |
|--|---|
| <p>6. Bauunterhaltungstitel der Gruppe 519, die in Titelgruppen veranschlagt sind, dürfen durch Sollübertragung aus einem anderen Titel dieser Gruppe des Einzelplans verstärkt werden. Diese Regelung gilt auch umgekehrt zu Gunsten der Bauunterhaltungstitel außerhalb von Titelgruppen und zu Lasten von Titeln der Gruppe 519 innerhalb einer Titelgruppe.</p> | <p>Nummer 6
Titel für Bauunterhaltungsmaßnahmen sind in der Regel in Deckungskreisen zusammengefasst (Budget für Bauunterhaltung). Aus technischen Gründen ist es nicht in jedem Fall möglich, Titel in Titelgruppen in Deckungskreise einzubeziehen. Die Ermächtigung ist erforderlich, um die Flexibilität zwischen allen Bauunterhaltungsmaßnahmen eines Einzelplans zu erreichen.</p> |
| <p>7. Zur Absenkung von Entsorgungskosten und zur Sicherung der Energie- und Wassereinsparungen dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung von Titeln der Gruppe 517 auf Titel der Hauptgruppen 5 bis 8 des Einzelplans der sachlich zuständigen Behörde übertragen werden. Die Übertragung ist beschränkt auf 50 v. H. der erbrachten Einsparungen.</p> | <p>Nummer 7
Mit der Ermächtigung zur Übertragung von 50 v. H. der erbrachten Einsparungen soll ein zusätzlicher Anreiz für Aktivitäten in den Behörden zur Verminderung der Entsorgungskosten sowie zur Sicherung der Energie- und Wassereinsparungen geschaffen werden.</p> |
| <p>8. Zur Vergabe von Arbeiten zur Realisierung von IuK-Vorhaben (Planung, Organisation, Programmierung und Einführung) dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung von Titeln der Gruppen 422, 425 und 426 bis zur Höhe der Personalkostenwerte der Aktivbezüge (netto) der nicht besetzten Stellen für IuK-Personal auf einen ggf. neu einzurichtenden Titel 535.56 „IuK-Folgekosten“ des jeweiligen Einzelplans übertragen werden.</p> | <p>Nummer 8
Die vorgesehene Regelung soll es ermöglichen, Vakanzen bei Stellen für IuK-Personal durch den flexiblen Zukauf von externer Kapazität - in der Regel auf Werkvertragsbasis - zu begegnen und dadurch Verzögerungen in der Realisierung von IuK-Vorhaben zu vermeiden. Die Kostenanteile für Versorgung und Beihilfen (Gruppen 432, 435, 436 und 441) werden nicht in die Ermächtigung einbezogen.</p> |
| <p>9. Zur Verstärkung des Titels 535.56 „IuK-Folgekosten“ dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung aus dem Titel 671.56 auf den Titel 535.56 übertragen werden. Die Übertragung ist beschränkt auf Einsparungen aus Verfahrensoptimierungen.</p> | <p>Nummer 9
Mit der Ermächtigung soll ein Anreiz zur Verminderung der Erstattungskosten an Dataport durch Optimierung von Anwendungen gegeben werden.</p> |
| <p>10. Zur Finanzierung zusätzlicher nicht im IuK-Globalfonds (9800.812.56) veranschlagter IuK-Maßnahmen dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde bis zu 250.000 Euro im Einzelfall aus Mitteln der Obergruppen 51 bis 54 und der Hauptgruppen 7 und 8 im Wege der Sollübertragung auf den Titel 812.54 „Ausbau der IuK-Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung“ übertragen werden, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Deckung der betrieblichen Folgekosten sichergestellt und - die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit in der Aufgabenwahrnehmung gewährleistet sind. | <p>Nummer 10
Mit dieser Ermächtigung werden Möglichkeiten eröffnet, eingesparte Investitions- und Betriebsmittel zum Ausbau der IuK-Infrastruktur und zum schnelleren Ersatz schon eingeführter IuK-Technik einzusetzen.</p> <p>Voraussetzung ist, dass die zu beschaffende IuK-Technik mit der IuK-Architektur-Richtlinie im Einklang steht.</p> |

Es dürfen darüber hinaus mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde sächliche Verwaltungsausgaben (Obergruppen 51 bis 54) zur Deckung von Mehrbedarfen auf die Titel 535.56 „IuK-Folgekosten“, 671.56 „Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport“ des jeweiligen Einzelplans und auf die Titel des Bezirksamts Hamburg-Nord 1500.535.56, 671.56 sowie 1500.671.54 „Erstattung von IuK-Dienstleistungen“ übertragen werden.

Das Bezirksamt Hamburg-Nord bewirtschaftet diese Titel für die anderen Bezirke; deshalb sind überbezirkliche Ausgleichsmöglichkeiten erforderlich.

11. Zur Finanzierung zusätzlicher IuK-Folgekosten aufgrund der Segmentierung des Amtsgerichts Hamburgs dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung aus den Titeln 2110.422.91 bis 426.91 sowie aus der Titelgruppe 2110 Z 69 „Sach- und Fachausgaben der ordentlichen Gerichte“ auf den Titel 2110.535.56 „Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik“ übertragen werden.
- Nummer 11
Es soll sichergestellt werden, dass im Zuge der Segmentierung des Amtsgerichts Hamburg entstehende zusätzliche IuK-Betriebskosten im Haushaltsvollzug durch Mittelübertragungen gedeckt werden können.
12. Zur Sicherung der Umstellung bei der Schulreinigung dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde in den Kapiteln 3100 - 3140 Mittel im Wege der Sollübertragung von dem Titel 517.78 „Bewirtschaftung der Grundstücke“ auf den Titel 525.78 „Unterrichtsmittel und sonstige schulbezogene Ausgaben“ übertragen werden. Die Übertragung ist beschränkt auf 0,68 Euro je Quadratmeter der von der Zwei-Tage-Reinigung betroffenen Flächen.
- Nummer 12
Mit der Ermächtigung soll sichergestellt werden, dass 0,68 Euro je Quadratmeter der betroffenen Flächen aus der durch die Einführung der Zwei-Tage-Reinigung erwarteten Einsparung dem Selbstbewirtschaftungsfonds „Unterrichtsmittel und sonstige schulbezogene Ausgaben“ zufließen können. Dieser Anteil an den Einsparungen soll den Schulen zugute kommen als Anreiz für Eigenleistungen.
- Darüber hinaus können in den Kapiteln 3100 - 3140 50 v. H. der durch weitere gezielte Sparmaßnahmen erreichten Minderausgaben im Bereich der Fremdreinigung von dem Titel 517.78 im Wege der Sollübertragung auf den Titel 525.78 übertragen werden.
- Für die Schulen soll ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, für die Fremdreinigung Ideen und Konzepte zu einer weiteren Reduzierung des Reinigungsaufwandes zu entwickeln.
13. Zur Verstärkung des Titels 3010.812.10 „Lehrmittel- und Einrichtungsausstattung von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen“ dürfen Mittel im Wege der Sollübertragung von den Titeln 3100 bis 3140.511.78 „Geräte und Ausstattungsgegenstände“ sowie 3100 bis 3140.525.78 „Unterrichtsmittel und sonstige schulbezogene Ausgaben“ auf den Titel 3010.812.10 übertragen werden.
- Nummer 13
Mit der Ermächtigung soll den Schulen im Rahmen der Selbstbewirtschaftung ermöglicht werden, auch Beschaffungen von Lehrmitteln und Einrichtungsausstattungen mit einem Beschaffungswert von mehr als 5.000 Euro im Einzelfall aus Unterrichtsmitteln, Geräten und Ausstattungsgegenständen anzusparen.
14. Zur Verlagerung der Sozialpädagogischen Familienhilfe sowie der Betreuung der bezirklichen Jugendwohnungen und Krisenwohnungen auf Freie Träger der Jugendhilfe bzw. den Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung (LEB) dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung Mittel aus dem Kontenrahmen für Dienstbezüge sowie sächliche Verwaltungsausgaben der Einzelpläne 1.2 bis 1.8 und 4 auf den Titel 4460.671.86 „Betriebsausgaben für Einzelfall finanzierte Hilfen nach dem SGB VIII - Zweckzuweisung gemäß § 38 BezVG“ übertragen werden.
- Nummer 14
Mit dieser Ermächtigung soll sichergestellt werden, dass die Durchführung dieser Aufgaben, soweit sie mit eigenem Personal durchgeführt werden, auf Freie Träger der Jugendhilfe bzw. den LEB übertragen werden können.
- Zur Verlagerung von bezirklichen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit auf Freie Träger der Jugendhilfe dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung Mittel aus dem Kontenrahmen für Dienstbezüge sowie sächliche Verwaltungsausgaben der Einzelpläne 1.2 bis 1.8 auf den Titel 4440.684.81 „Betriebsausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit - Rahmenzuweisung gem. § 37 BezVG“ übertragen werden.
- Zur Verlagerung von bezirklichen Angeboten zur Förderung der Erziehung in der Familie auf Freie Träger der Jugendhilfe dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung Mittel aus dem Kontenrahmen für Dienstbezüge sowie sächliche Verwaltungsausgaben der Einzelpläne 1.2 bis 1.8 auf den Titel 4450.684.81 „Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie - Rahmenzuweisung gem. § 37 BezVG“ übertragen werden.

Zur Verlagerung von bezirklichen Angeboten zur Pflegeeltern-Beratung dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung Mittel aus dem Kontenrahmen für Dienstbezüge sowie sächliche Verwaltungsausgaben der Einzelpläne 1.2 bis 1.8 auf Titel der Hauptgruppe 6 im Kapitel 4460 des Einzelplans der sachlich zuständigen Behörde übertragen werden.

15. Zur Umsetzung des Programms „Weiterentwicklung der Jugendhilfe“ (Drs. 17/664) dürfen im Wege der Sollübertragung Mittel des Titels 4460.671.86 „Betriebsausgaben für Einzelfall finanzierte Hilfen nach dem SGB VIII - Zweckzuweisung gemäß § 38 BezVG“ übertragen werden auf Titel, aus denen Maßnahmen der Jugend- und Familienförderung gemäß ihrer Zweckbestimmung und entsprechend den in der Drucksache 17/664 genannten Zielsetzungen finanziert werden sollen.

Nummer 15

Die Bürgerschaft hat mit der Drucksache 17/664 „Weiterentwicklung der Jugendhilfe“ jugend- und familienpolitische Zielsetzungen formuliert und den Senat ersucht, ein Gesamtkonzept zur Umsetzung vorzulegen und zur Finanzierung von Maßnahmen bis zu 6 v.H. des Ansatzes für Hilfen zur Erziehung im Haushalt 2003 bzw. bis zu 5 v.H. in den Folgejahren auf Titel der Jugend- und Familienförderung umzuschichten.

Hierzu gehören insbesondere Titel der Hauptgruppen 5 und 6, aber auch der Hauptgruppen 7 und 8 des Einzelplanes 4, das heißt auch die Rahmenzuweisungen an die Bezirke und der in den bezirklichen Einzelplänen ausgebrachten Titel der Jugend- und Familienförderung. Die Umschichtung soll auch für Zwecke des Allgemeinen Sozialen Dienstes möglich sein. Mit der offenen Formulierung soll eine größtmögliche Flexibilität bei der Ausgestaltung von Maßnahmen erreicht werden.

Mit der Ermächtigung soll die Möglichkeit geschaffen werden, über die bereits realisierten und dauerhaft wirkenden Umschichtungen hinaus weitere bedarfsgerechte Umschichtungen vornehmen zu können.

16. Zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen und Beihilfeleistungen für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der öffentlich-rechtlichen Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW)“ dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung die tatsächlich anfallenden Versorgungsbezüge und Beihilfeleistungen aus dem Kapitel 9750 „Zentrale Versorgung“ Titel 432.93 „Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter“ anteilig auf den Titel 3410.685.41 „Zuschuss an die Stiftung Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW), Kiel für Versorgungsleistungen“ übertragen werden.

Nummer 16

Umbenennung der Stiftung von „Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)“ in „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW)“.

17. Zur Finanzierung von bezirksübergreifenden Projekten dürfen Mittel aus Rahmenzuweisungen im Wege der Sollübertragung aus den Einzelplänen 1.2 bis 1.8 in den zuständigen Einzelplan übertragen werden.

Nummer 17

Mit dieser Regelung werden bezirksübergreifende Projekte ermöglicht, die aus einer Rahmenzuweisung finanziert werden.

18. Die im Rahmen der Neuordnung des Gebäudemanaagements veranschlagten Beträge für Gebäudemieten, Bauunterhaltung und Bewirtschaftung dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel entsprechend den tatsächlichen Bedarfen angepasst werden.

Nummer 18

Im Zusammenhang mit der Übertragung und anschließenden Vermietung von Gebäuden besteht für eine Übergangszeit die Notwendigkeit, Zuordnungsfehler oder Ungenauigkeiten bei der Ansatzermittlung durch Sollübertragungen unterjährig (auch Einzelplan übergreifend) berichtigen zu können.

19. Zur Gewährung von Prämien im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagwesens dürfen je Einzelplan Mittel bei Titeln der Hauptgruppen 4 bis 8 im Wege der Sollübertragung auf den ggf. neu einzurichtenden Titel 459.95 „Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens“ übertragen werden.
- Die Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde ist erforderlich, wenn mehr als 25.000 Euro jährlich je Einzelplan übertragen werden sollen.
- Nummer 19
Den Behörden wurde die Befugnis übertragen, über die Umsetzung von betrieblichen Verbesserungsvorschlägen und deren Prämierung zu entscheiden.
- Um die Einheit von Entscheidungskompetenz und Finanzierungsverantwortung weiterhin zu erhalten, ist es erforderlich, auch die Finanzierungsverantwortung zu dezentralisieren.
20. Zur Finanzierung der Versorgungsaufwendungen und Beihilfeleistungen für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein - Anstalt des öffentlichen Rechts dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung die tatsächlich anfallenden Versorgungsbezüge und Beihilfeleistungen aus dem Kapitel 8000 von den entsprechenden Titeln anteilig auf den Titel 8000.685.01 „Zuschuss für das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - Anstalt des öffentlichen Rechts“ übertragen werden.
- Nummer 20
Nach §§ 17 - 19 des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung einer gemeinsamen Statistischen Anstalt als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts gewährt die Anstalt Ruhegeld nach dem Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz und die Ruhegehälter nach dem Beamtenversorgungsgesetz. Entsprechendes gilt für die Beihilfeleistungen. Es ist sicherzustellen, dass die dafür erforderlichen Mittel dem Zuschusstitel, soweit sie nicht bereits im Wirtschaftsplan veranschlagt sind, zufließen können.
21. Zur Finanzierung der Versorgungs- und Beihilfeleistungen für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der TÜV Hanse GmbH dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung die tatsächlich anfallenden Versorgungsbezüge und Beihilfeleistungen aus dem Kapitel 8000 Titel 435.93 „Versorgungsbezüge der Angestellten“ anteilig auf den Titel 671.03 „Erstattung von Versorgungsaufwendungen an die TÜV Hanse GmbH“ übertragen werden.
- Nummer 21
Nach § 9 a des Überleitungsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der TÜV Verkehr und Fahrzeug GmbH gewährt die TÜV Hanse GmbH Ruhegeld auf dem Niveau des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes.
- Die Ruhegeldleistungen sind von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstatten, soweit sie auf Anwartschaften beruhen, die bis zum 31. Dezember 2003 erworben wurden.
- Entsprechendes gilt für die Beihilfeleistungen. Es ist sicherzustellen, dass die dafür erforderlichen Mittel dem entsprechenden Titel zufließen können.
22. Zur Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Sportförderung ab 1. Januar 2006 und der Verlagerung bezirklicher Dienstleistungen auf Sportvereine dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung die frei werdenden Mittel für nicht mehr in den Bezirken für Betrieb und Pflege der öffentlichen Sportplätze eingesetztes Personal aus dem Kontenrahmen für Dienstbezüge der Einzelpläne 1.2 bis 1.8 sowie sächliche Verwaltungsausgaben aus dem Einzelplan 3.1 auf den Titel 3380.684.01 „Zuwendung an Vereine für den Betrieb öffentlicher Sportplätze“ übertragen werden.
- Nummer 22
Mit der Ermächtigung soll die Möglichkeit geschaffen werden, während der Umsetzungsphase der Rahmenvereinbarung zur Sportförderung die Übertragung der Aufgaben aus frei werdenden Mitteln vornehmen zu können.
23. Zur Durchführung eines Modellversuchs zur Standortoptimierung im Bereich der Bezirksverwaltung dürfen eingesparte Mittel einer Fachbehörde oder eines Bezirksamts im Wege der Sollübertragung auf die Titel 1X00.529.02 bzw. 1X00.791.02 (Sondermittel der Bezirksversammlung) in den Einzelplan der am Modellversuch teilnehmenden Bezirksamter übertragen werden.
- Nummer 23
Als Anreiz für die Umsetzung möglicher Standortoptimierungen dürfen die Bezirksversammlungen der am Modellversuch beteiligten Bezirksamter die aufgrund einer Bezirksinitiative eingesparten Haushaltsmittel für bezirkliche Zwecke verwenden.
24. Zur Anpassung veranschlagter Beträge im Rahmen der Entflechtung von ministeriellen Tätigkeiten und Durchführungsaufgaben dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Sollübertragungen auf vorhandene oder einzurichtende Titel entsprechend den tatsächlichen Bedarfen vorgenommen werden.
- Nummer 24
Im Zusammenhang mit der Entflechtung von fachlich politischer Steuerung/ministerieller Funktion (Fachbehörde) und Durchführungsebene (Bezirksamter) besteht für eine Übergangszeit die Notwendigkeit, Zuordnungsfehler oder Ungenauigkeiten bei der Ansatzermittlung durch Sollübertragungen unterjährig, auch Einzelplan übergreifend, berichtigen zu können.

25. Zur Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz dürfen mit Einwilligung der für Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung aus dem Einzelplan 3.2 auf den Einzelplan 4 übertragen oder zurückübertragen werden.
26. Zur Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Straffälligen- und Gerichtshilfe dürfen mit Einwilligung der für Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung aus dem Einzelplan 2 auf den Einzelplan 4 übertragen oder zurückübertragen werden.
27. Zur Wahrnehmung der Aufgaben des Landesbetriebes Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung aus dem Einzelplan 3.1 auf den Titel 3150.682.01 „Erstattungen der BBS für schulische Leistungen an den Landesbetrieb Hamburger Institut Berufliche Bildung“ bzw. 3150.891.01 „Erstattungen der BBS für Investitionen im Rahmen schulischer Leistungen an den Landesbetrieb Hamburger Institut Berufliche Bildung“ übertragen oder auf den Einzelplan 3.1 zurückübertragen werden.
28. Mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde dürfen Mittel im Wege der Sollübertragung bis zur Höhe von 3 Mio. Euro im Einzelplan 4 von Titeln des Deckungskreises 45 „Sozialhilfe einschl. Blindengeld“ auf Titel des Deckungskreises 47 „Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ übertragen werden.
29. Zur Umsetzung der Entflechtung von Durchführungsaufgaben, der Veränderung der Behördenstruktur der BSU sowie zur Wahrnehmung der Aufgaben des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde sowohl Mittel im Wege der Sollübertragung als auch Planstellen innerhalb des Einzelplans 6 bzw. aus dem Einzelplan 6 auf den LSBG übertragen und rückübertragen werden.
- Nummer 25**
Mit der Ermächtigung soll ermöglicht werden, Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten im Rahmen des Übergangs des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz zur Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz unterjährig berichtigen zu können.
- Nummer 26**
Mit der Ermächtigung soll ermöglicht werden, Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten im Rahmen des Übergangs dieser Aufgaben von der Justizbehörde auf die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz unterjährig berichtigen zu können.
- Nummer 27**
Mit der Ermächtigung soll ermöglicht werden, Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten im Rahmen der Ausgliederung der bisher im Einzelplan 3.1 eingesetzten Ressourcenan-teile in den Landesbetrieb HIBB unterjährig berichtigen zu können.
- Nummer 28**
Zur Erhöhung der Transparenz ist vorgesehen, in einem ersten Schritt die Leistungen nach dem SGB II und SGB XII einerseits und die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz andererseits in getrennten Deckungskreisen zu veranschlagen. Die Ermächtigung soll gewährleisten, weiterhin schnell und flexibel reagieren zu können, wenn die reale Entwicklung von der auf Fallzahlprognosen basierenden Entwicklung abweicht.
- Nummer 29**
Mit der Ermächtigung soll ermöglicht werden, Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten im Rahmen der Umsetzung der Entflechtung von Durchführungsaufgaben, der Veränderung der Behördenstruktur der BSU sowie der Ausgliederung der bisher im Einzelplan 6 angesetzten Ressourcenan-teile in den LSBG unterjährig berichtigen zu können.

Artikel 5

Übertragung von Mitteln auf das nächste Haushaltsjahr

1. Die Mittel der Obergruppen 51 bis 54 (sächliche Verwaltungsausgaben) sind übertragbar.

Zu Artikel 5

(Übertragung von Mitteln auf das nächste Haushaltsjahr)

Nach § 19 LHO können Ausgaben im Haushaltsplan unter bestimmten Voraussetzungen für übertragbar erklärt werden.

Bei übertragbaren Ausgaben können nach § 45 Absatz 3 LHO Ausgabereste gebildet werden, die für die jeweilige Zweckbestimmung über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Bewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben.

Nummer 1
Die Übertragbarkeit soll einen wirtschaftlichen Einsatz von Mitteln unabhängig von der Jährlichkeit des Haushalts ermöglichen und fördern.

- | | |
|---|--|
| <p>2. Die Mittel bei Titeln der Gruppen 422 bis 441 in den Einzelplänen 1.0 bis 9.1 sowie beim Titel 461.01 sind übertragbar. Die Bildung von Ausgaberesten bedarf der Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde.</p> | <p>Nummer 2
Zur Stärkung der dezentralen Ressourcenverantwortung werden die Personalausgaben dezentral veranschlagt und bewirtschaftet. Um eine über das Haushaltsjahr hinausgehende Planung des Personaleinsatzes zu erleichtern und damit einen (weiteren) Anreiz zu einem wirtschaftlichen Mitteleinsatz zu geben, soll die Übertragbarkeit der Personalausgaben zugelassen werden.</p> |
| <p>3. Die aus Zuweisungen nach § 36 Absatz 3 Nummern 1 und 3 Bezirksverwaltungsgesetz in die Einzelpläne der Bezirksämter zur Bewirtschaftung übertragenen Mittel sind übertragbar.</p> | <p>Nummer 3
Mit den Zuweisungen nach § 36 Absatz 3 Nummern 1 und 3 BezVG (Rahmenzuweisungen und Einzelzuweisungen) werden den Bezirksämtern Mittel zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung in ihre Einzelpläne übertragen. Zur Stärkung der dezentralen Ressourcenverantwortung und zum Erhalt der bisherigen Flexibilität in den bezirklichen Haushaltsstrukturen verbunden mit dem Anreiz zum wirtschaftlichen Handeln soll die Übertragbarkeit dieser Mittel zugelassen werden.</p> |

Artikel 6

Vorgriffsermächtigung

Der Senat wird ermächtigt, zur Erfüllung bestehender Verpflichtungen im Haushaltsjahr 2007 und im Haushaltsjahr 2008 Mehrausgaben bei übertragbaren Ausgaben jeweils bis zur Höhe von 150 Mio. Euro als Vorgriffe zu leisten, die auf die nächstjährige Bewilligung für den gleichen Zweck anzurechnen sind.

Zu Artikel 6

(Vorgriffsermächtigung)

Die Vorgriffsermächtigung trägt in erster Linie dazu bei, das Investitionsvolumen insgesamt besser auszuschöpfen und die Nettosumme der Haushaltsreste zu reduzieren. Bei Fortsetzungsmaßnahmen kann ein wirtschaftlicher Bauablauf besser gewährleistet werden, wenn die Ablaufraten ggf. über die veranschlagten jährlichen Teilbeträge hinausgehen dürfen. Anschlussaufträge können im Einzelfall frühzeitiger erteilt oder abgerechnet werden.

Artikel 6 a

Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 LHO wird für das Haushaltsjahr 2007 und für das Haushaltsjahr 2008 jeweils auf 1 Mio. Euro festgesetzt.

Zu Artikel 6 a

(Über- und außerplanmäßige Ausgaben)

Durch Festsetzung des Betrages nach § 37 Absatz 1 Satz 4 LHO auf 1 Mio. Euro entfällt bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rahmen des sog. Notbewilligungsrechts des Senats bis zu 1 Mio. Euro im Einzelfall die Verpflichtung zu prüfen, ob die Mehrausgabe bis zu einer Nachbewilligung durch die Bürgerschaft zurückgestellt werden kann. Der Senat ist aber verpflichtet, der Bürgerschaft diese Mehrausgaben nach § 37 Absatz 4 LHO nachträglich zur Genehmigung vorzulegen.

Artikel 7

Ausgaben aus wachsenden Einnahmen

1. Nicht veranschlagte Einnahmen bzw. Mehreinnahmen aus Versicherungs- oder Schadenersatzleistungen und aus Erstattungen für Ersatzvornahmen dürfen zur Deckung entsprechender Ausgaben bzw. Mehrausgaben in Anspruch genommen werden. Die entsprechenden Titel und Haushaltsvermerke dürfen außerplanmäßig eingerichtet werden.

Zu Artikel 7

(Ausgaben aus wachsenden Einnahmen)

- Nummer 1
Die Ausnahme vom Gesamtdeckungsprinzip nach § 8 LHO soll generell die Möglichkeit eröffnen, Ausgaben nach Schadensfällen aus Versicherungs- oder Schadenersatzleistungen bzw. nach Ersatzvornahmen aus Erstattungen zu decken, und zugleich den Anreiz für die Erzielung solcher Mehreinnahmen zu erhöhen.

2. Bei Maßnahmen, bei denen die notwendigen Ausgaben
- zu einem Teil auf der Grundlage zweckgebunden zugewiesener Einnahmen („zuwachsende Einnahmen“) und
 - zu einem weiteren Teil (Restbetrag) auf der Grundlage einer im Haushaltsplan bestehenden Ausgabeermächtigung
- geleistet werden sollen, dürfen die Ausgaben mit ihrem vollen Betrag bei einem außerplanmäßig eingerichteten Titel gebucht werden. Zur Deckung des nicht durch die zuwachsende Einnahme gedeckten Teils der Ausgabe sind Mittel im Wege der Sollübertragung von dem planmäßigen Titel auf den außerplanmäßigen Titel zu übertragen.
- Nummer 2
Weil die Leistungen Dritter häufig die notwendigen Ausgaben nicht vollständig decken, besteht die Notwendigkeit, den Rest- bzw. Spitzenbetrag aus planmäßig veranschlagten Haushaltsmitteln zu bestreiten.
- In solchen Fällen (z. B. bei Versicherungsleistungen oder Zuschüssen nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX) für die Ausstattung schwerbehindertengerechter Arbeitsplätze) werden die Leistungen Dritter bei außerplanmäßigen Einnahmetiteln vereinnahmt und die entsprechenden Ausgaben aus korrespondierenden (planmäßigen oder außerplanmäßigen) Ausgabetiteln mit jeweils entsprechender Verknüpfung zu dem außerplanmäßigen Einnahmetitel geleistet.
- Der nicht durch die zuwachsende Einnahme gedeckte Teil der Ausgabe bei einem außerplanmäßigen Titel soll durch Sollübertragung von dem planmäßigen Titel gedeckt werden.
3. In den Kapiteln 3050, 3100 - 3140 dürfen 50 v. H. der Mehreinnahmen bei dem Titel 124.91 „Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken“ zur Deckung von Mehrausgaben bei den Titeln der Obergruppen 51 bis 54 (sächliche Verwaltungsausgaben) verwendet werden.
- Nummer 3
Die Regelung erfolgt durch den Haushaltsbeschluss, da die Ausbringung entsprechender Haushaltsvermerke sehr aufwändig wäre.

II.

Stellenplan und Personalwirtschaft

Artikel 8

Stellenstreichungen, -umwandlungen und -neuschaffungen

Der Senat wird ermächtigt,

1. Planstellen zu streichen sowie Haushaltsvermerke „künftig wegfallend“ und „künftig umzuwandeln“ an Planstellen auszubringen;
2. Planstellen, die nicht mehr in der Besoldungsgruppe erforderlich sind, in Planstellen einer niedrigeren Besoldungsgruppe derselben Laufbahn umzuwandeln;
3. Stellen für Angestellte in Planstellen der Eingangsämter der Laufbahnen umzuwandeln, soweit das zur Unterbringung von ausgebildeten Nachwuchskräften erforderlich ist; die Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln“ (mit Angabe von Stellenbezeichnungen und Wertigkeit der Angestelltenstelle) zu versehen;

Zu Artikel 8

(Stellenstreichungen, -umwandlungen und -neuschaffungen)

Die Ermächtigung ermöglicht dem Senat in den hier genannten Fällen ein flexibles personalwirtschaftliches Handeln.

4. Stellen für Nachwuchskräfte im Bereich der Polizei und des Allgemeinen Vollzugsdienstes des Strafvollzuges sowie Andere Amtsstellen im Bereich der Steuerverwaltung in Planstellen umzuwandeln, soweit das zur Unterbringung von ausgebildeten Nachwuchskräften des Polizeivollzugsdienstes und des Allgemeinen Vollzugsdienstes des Strafvollzuges sowie von ausgebildeten Nachwuchskräften des gehobenen Steuerverwaltungsdienstes nach Ableistung der laubahnrechtlichen Probezeit erforderlich ist;
- Nummer 4
Im Zuge der Rationalisierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen und des damit verbundenen Abbaus von Planstellen ist nicht gewährleistet, dass die unter Nutzung von Stellen für Nachwuchskräfte eingestellten Nachwuchskräfte für den Polizei- und Strafvollzugsdienst nach Abschluss ihrer Ausbildung auf dann erforderliche Planstellen untergebracht werden können.
- Im Bedarfsfall sollen dann - ohne Bindung an das Stellenplanverfahren - Stellen für Nachwuchskräfte unter Wahrung der Kostenneutralität in entsprechendem Umfang in Planstellen umgewandelt werden können.
- Die Unterbringung von Nachwuchskräften des gehobenen Steuerverwaltungsdienstes bedingt nach Beendigung der laubahnrechtlichen Probezeit die Übernahme in Planstellen. Entsprechende Planstellen sind zum jeweiligen Zeitpunkt unter Berücksichtigung personalwirtschaftlicher Entwicklungen nicht immer in ausreichendem Umfang vorhanden. Um ein flexibles Reagieren zu ermöglichen, sollen im Bedarfsfall vorhandene Andere Amtsstellen unter Wahrung der Kostenneutralität in notwendigem Umfang in Planstellen umgewandelt werden.
5. Planstellen, die unbefristet mit Angestellten besetzt worden sind, in Angestelltenstellen mit entsprechender tarifrechtlicher Wertigkeit umzuwandeln und diese Angestelltenstellen in Planstellen der ursprünglichen Wertigkeit zurückzuwandeln, wenn sie wieder mit Beamtinnen und Beamten besetzt werden sollen. Ergibt sich durch die Umwandlung von Planstellen des Eingangsamtes in Angestelltenstellen die Notwendigkeit, das Verhältnis von Eingangs- und ersten Beförderungssämtern den vom Senat mit Beschluss vom 4. Mai 1976 festgelegten Quoten anzupassen, ist eine entsprechende Zahl von Stellen des ersten Beförderungsamtes zurückzuwandeln bzw. mit einem Haushaltsvermerk „künftig umzuwandeln“ zu versehen; zur Gewährleistung einer angemessenen personalwirtschaftlichen Entwicklung werden die Haushaltsvermerke „künftig umzuwandeln“ nur bei jeder zweiten frei werdenden Planstelle vollzogen;
- Nummer 5
Die Ermächtigung soll den Senat in den Stand setzen,
- dort, wo Planstellen für Beamtinnen und Beamte (im Wesentlichen infolge einer entsprechenden Arbeitsmarktsituation) unbefristet mit Angestellten besetzt worden sind, die Stellenausweisung an die Stellenbesetzung anzupassen und damit die Aussagekraft des Stellenplans zu verbessern und
 - diese Stellen bei entsprechender Bewerberlage zeitlich flexibel wieder in Planstellen zurückzuwandeln.
- Diese auf Anregung des Rechnungshofes in seinem Jahresbericht 1991 vorgesehene Regelung wird ergänzt durch eine personalwirtschaftliche Übergangsregelung für jene Bereiche der Verwaltung, in denen durch die Umwandlung von Planstellen des Eingangsamtes, die mit Angestellten besetzt sind, in Angestelltenstellen personalwirtschaftliche Probleme (Blockierung der Beförderungsmöglichkeiten durch die gleichzeitig notwendige Reduzierung der Zahl der Stellen des ersten Beförderungsamtes) zu erwarten sind.
6. die Haushaltsvermerke „künftig umzuwandeln“ bei Planstellen des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes, die überwiegend in der Ablaufplanung und Programmierung von Arbeitsverfahren unter Einsatz von Datenverarbeitungsmaschinen und Systemprogrammen verwendet werden, zur Gewährleistung einer angemessenen personalwirtschaftlichen Entwicklung nur bei jeder zweiten frei werdenden Planstelle zu vollziehen;
- Nummer 6
Die Planstellen des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes im IuK-Bereich unterliegen der Obergrenzenregelung nach der Verordnung zu § 26 Absatz 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes. Bei der Reduzierung der Zahl der Planstellen infolge vermehrter Beschäftigung von Angestellten sind deshalb Stellen für Beförderungssämter in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 13 quotengerecht zurückzuwandeln. Mit der Ermächtigung soll erreicht werden, dass personalwirtschaftliche Probleme, die mit einem sofortigen Abbau von Beförderungsstellen verbunden sind, abgemildert werden.

7. Stellen für Angestellte im Umfang von bis zu 1 v. H. des Planstellenbestandes des jeweiligen Einzelplans (einschließlich der ggf. zuzuordnenden Wirtschaftspläne), höchstens jedoch bis zu 10 Stellen je Einzelplan für die Dauer von längstens 24 Monaten in Planstellen entsprechender Wertigkeit umzuwandeln oder Planstellen für längstens den gleichen Zeitraum neu zu schaffen, soweit dies aus zwingenden personalwirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen erforderlich ist; die Planstellen sind mit dem Haushaltsvermerk „künftig umzuwandeln“ (mit Angabe der Wertigkeit der Angestelltenstelle sowie des Umwandlungsdatums) oder, im Fall der Neuschaffung, mit dem Haushaltsvermerk „künftig wegfallend“ (unter Angabe des Wegfalldatums) zu versehen. Die Stellenveränderungen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen;
- Nummer 7
Die Ermächtigung soll den Senat in die Lage versetzen, insbesondere bei
- personalwirtschaftlich gebotenen und rechtlich zwingenden Übernahmen von Bediensteten nach Beendigung der Beurlaubung (hierzu zählt auch die Rückkehr von Bediensteten, die bislang in ausgegliederten Einrichtungen tätig waren),
 - Neueinstellungen von Bediensteten im Rahmen von Nachbesetzungen,
 - Veränderungen von Aufgabenprozessen und -zuschnitten und damit Stellenstrukturen (beispielsweise im Rahmen von Modernisierungsprozessen) oder
 - personalwirtschaftlich notwendigen Nachbesetzungen von Stellen für Angestellte mit Beamten aufgrund des Ergebnisses von Stellenausschreibungen
- den Stellenbestand im Bedarfsfall - ohne Bindung an das Stellenplanverfahren - flexibel anzupassen, soweit in einem angemessenen Zeitraum keine freie und entsprechende Planstelle oder lediglich eine Angestelltenstelle zur Verfügung steht.
8. Planstellen für Projekte befristet neu zu schaffen; die Planstellen sind mit dem Haushaltsvermerk „künftig wegfallend nach Beendigung des Projekts ... (Angabe der Maßnahme)“ zu versehen.
- Nummer 8
Im Rahmen der durch den Senat eingeleiteten Maßnahmen für einen umfassenden Modernisierungsprozess der hamburgischen Verwaltung mit dem Ziel der Effizienzsteigerung durch die Neustrukturierung von Aufgaben und Verwaltungsabläufen sowie die Einführung von modernen betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten entsteht zunehmend die Notwendigkeit, kurzfristig Projektorganisationen (z.B. Projekt „Doppik“, vgl. Drucksache 17/3161) einzusetzen, um die Umsetzung der politischen Vorgaben zu unterstützen.
- Für die Ausbringung der Stellen in den Einzelplänen bedarf es der Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde; die mit der Besetzung der Stellen verbundenen Ausgaben sind haushaltsneutral aus den für die Projekte veranschlagten Mitteln oder dem Personalausgabenbudget des jeweiligen Einzelplans zu decken; der Senat wird ermächtigt, die entsprechenden Sollübertragungen vorzunehmen. Die Stellenveränderungen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen;
- Die Ermächtigung soll den Senat in die Lage versetzen, auf sich hieraus ergebende personalwirtschaftliche Erfordernisse zeitnah zu reagieren und zur Unterstützung von insbesondere Ressort übergreifenden Projekten in den Einzelplänen den Stellenbestand im Bedarfsfall - ohne Bindung an das Stellenplanverfahren - flexibel anzupassen.
9. zur Förderung eines dauerhaften anderweitigen Einsatzes von planmäßigen Beamtinnen und Beamten der staatlichen Hochbaudienststellen (HBD) dürfen Planstellen aus den Wirtschaftsplänen der Hochbaudienststellen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde in die Einzelpläne der Behörden und Ämter übertragen werden, soweit dort eine Finanzierung dieser Stellen im Personalhaushalt sichergestellt ist. Die Stellenveränderungen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen;
- Nummer 9
Die im Ergebnis haushaltsneutrale Regelung soll den beschlossenen Abbau der Personalkapazitäten in den staatlichen HBD unterstützen und bei den aufnehmenden Bereichen die stellenmäßigen Voraussetzungen für die Übernahme von Beamtinnen und Beamten der Hochbaudienststellen schaffen, wenn hierfür keine geeigneten Planstellen zur Verfügung stehen.
- Die Finanzierungsverpflichtung der aufnehmenden Bereiche trägt dem Beschluss Rechnung, dass die Personalkosten dabei insgesamt zu reduzieren sind.

10. Planstellen für Beamtinnen und Beamte des gehobenen Justizdienstes (Rechtspflegerin/Rechtspfleger) der Besoldungsgruppen A 9 oder A 10 für das gemeinsame Mahngericht der Länder Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern befristet zu schaffen; die Planstellen sind mit dem Haushaltsvermerk „künftig wegfallend bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern“ zu versehen.

Für die Ausbringung der Planstellen bedarf es der Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde; die mit der Besetzung der Stellen verbundenen Ausgaben sind durch die erhöhten Gebühreneinnahmen für die Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern abgedeckt. Die Stellenveränderungen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen;

11. für den Bereich der Schulen im Rahmen vorhandener Personalmittel Planstellen der Wertigkeit A 12/A 13 gehobener Dienst in Planstellen der Wertigkeit A 13 höherer Dienst mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde umzuwandeln, sofern dies durch Veränderungen der Schülerzahlen oder anderer bedarfsrelevanter Fallzahlen erforderlich wird.

Nummer 10

Es soll die Möglichkeit eröffnet werden, im Bedarfsfall möglichst zeitnah auf einen zusätzlichen Geschäftsanfall durch Übernahme der Mahnverfahren des Landes Mecklenburg-Vorpommern reagieren zu können, um den Aufbau von Rückständen zu vermeiden.

Nummer 11

Die Regelung ist zur Sicherung einer bedarfsgerechten Personalversorgung der Schulen erforderlich, um Veränderungen der Schülerzahlen oder anderer bedarfsrelevanter Fallzahlen stellen- und personalwirtschaftlich flexibel Rechnung tragen zu können.

Artikel 8 a

Stellenhebungen

Entstehen bei der Hebung von Polizeivollzugsstellen des mittleren Dienstes nach Polizeikommissarin/Polizeikommissar A 9 bzw. Polizeikommissarin/Polizeikommissar (WS) A 9 Minderausgaben aufgrund nicht ausgeschöpfter Zulagemöglichkeiten, so können in gleichem finanziellen Umfang Stellen von Polizeikommissarin/Polizeikommissar A 9 bzw. Polizeikommissarin/Polizeikommissar (WS) A 9 nach Polizeioberkommissarin/Policeioberkommissar A 10 bzw. Polizeioberkommissarin/Policeioberkommissar (WS) A 10 gehoben werden.

Zu Artikel 8 a

(Stellenhebungen)

Durch die Überleitung von Stellen für Polizeihauptmeisterinnen und Polizeihauptmeister in den gehobenen Dienst wird die Vergabemöglichkeit von Amtszulagen dauerhaft reduziert. Um die Verweilzeiten im Eingangsamt des gehobenen Dienstes auf ein vertretbares Maß zu verkürzen, können Stellen der Besoldungsgruppe A 9 gehobener Dienst in Stellen der Besoldungsgruppe A 10 im Umfang der Minderausgaben bei der Gewährung von Amts- und Ausgleichszulagen gehoben werden.

Artikel 9

Amtszulagen

1. Bis zu 30 v. H. der vorhandenen Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 der Amtsbezeichnungen Amtsinspektorin/Amtsinspektor (auch als Grundamtsbezeichnung mit Zusatz) und Obergerichtsvollzieherin/Obergerichtsvollzieher können nach Maßgabe sachgerechter Bewertung mit einer Amtszulage nach Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes ausgestattet werden.
2. Bis zu 20 v. H. der vorhandenen Planstellen für Beamtinnen und Beamte des gehobenen technischen Dienstes in der Besoldungsgruppe A 13 können für Funktionen, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben, nach Maßgabe sachgerechter Bewertung mit einer Amtszulage nach Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes ausgestattet werden.

Zu Artikel 9

(Amtszulagen)

Durch die Ermächtigung wird die Möglichkeit geschaffen, bestimmte Planstellen nach Maßgabe sachgerechter Bewertung mit einer Amtszulage nach Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes auszustatten.

3. Bis zu 20 v. H. der vorhandenen Planstellen Oberamtsanwältin/Oberamtsanwalt der Besoldungsgruppe A 13 können für Funktionen einer Amtsanwältin/eines Amtsanwalts bei einer Staatsanwaltschaft, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben, nach Maßgabe sachgerechter Bewertung mit einer Amtszulage nach Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes ausgestattet werden.
4. Bis zu 20 v. H. der vorhandenen Planstellen Justizoberamtsrätin/Justizoberamtsrat der Besoldungsgruppe A 13 können für Funktionen der Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben, nach Maßgabe sachgerechter Bewertung mit einer Amtszulage nach Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes ausgestattet werden.
5. Bis zu 30 v. H. der vorhandenen Planstellen Leitende Regierungsdirektorin/Leitender Regierungsdirektor der Besoldungsgruppe A 16, die als Leitung von Justizvollzugsanstalten und von Finanzämtern eingesetzt sind, können mit einer Amtszulage nach Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes ausgestattet werden.

Artikel 10

Versetzungen und Abordnungen

Zur Erleichterung von Versetzungen und Abordnungen (insbesondere aus personalfürsorgerischen oder personalwirtschaftlichen Gründen) innerhalb der hamburgischen Verwaltung sowie zwischen Anstalten öffentlichen Rechts, Stiftungen, Körperschaften des öffentlichen Rechts, öffentlichen Unternehmen, Landesbetrieben nach § 26 LHO, netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 LHO und den übrigen Bereichen der hamburgischen Verwaltung dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde

- für Personalausgaben veranschlagte Mittel (Hauptgruppen 4 und 6) im Wege der Sollübertragung auf die entsprechenden Titel anderer Kapitel übertragen werden,
- aus für Personalausgaben veranschlagten Mitteln (Hauptgruppen 4 und 6) Erstattungsbeträge geleistet werden,
- nicht veranschlagte Einnahmen bzw. Mehreinnahmen aus Erstattungsbeträgen zur Deckung entsprechender Mehrausgaben in Anspruch genommen werden.

Artikel 11

Ausnutzung der im mittleren Dienst der Schutz- und Wasserschutzpolizei sowie im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst gebündelt ausgewiesenen Planstellen

1. Für die Ausnutzung der im mittleren Dienst der Schutz- und Wasserschutzpolizei gebündelt ausgewiesenen Planstellen der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9 gelten mindestens folgende Verweilzeiten:

Zu Artikel 10

(Versetzungen und Abordnungen)

Aus personalfürsorgerischen oder personalwirtschaftlichen Gründen sind gelegentlich Versetzungen oder Abordnungen innerhalb der hamburgischen Verwaltung sowie zwischen Anstalten öffentlichen Rechts (z.B. SRH, p&w), Stiftungen (z.B. HÖB, Museen), Körperschaften öffentlichen Rechts (z.B. UKE, Hochschulen), öffentlichen Unternehmen, Landesbetrieben nach § 26 LHO, netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 LHO und den übrigen Bereichen der hamburgischen Verwaltung erforderlich oder sinnvoll, z.B. zur Vermeidung von Frühpensionierungen und zur Förderung der Mobilität.

Die vorgesehene Regelung soll die Möglichkeit schaffen, den in diesem Zusammenhang entstehenden Veränderungen des Mittelbedarfs Rechnung tragen zu können.

Zu Artikel 11

(Ausnutzung der im mittleren Dienst der Schutz- und Wasserschutzpolizei sowie im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst gebündelt ausgewiesenen Planstellen)

Artikel 11 bestimmt die Verweilzeiten für die Ausnutzung der im mittleren Dienst der Schutz- und Wasserschutzpolizei sowie im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst gebündelt ausgewiesenen Planstellen.

Schutzpolizei (durchschnittliche Gesamtverweildauer 37 Jahre):

- 5 Jahre in Besoldungsgruppe A 7,
- 9 Jahre in Besoldungsgruppe A 8,
- 23 Jahre in Besoldungsgruppe A 9/A 9 mit Zulage.

Wasserschutzpolizei (durchschnittliche Gesamtverweildauer 30 Jahre):

- Patentinhaberinnen und Patentinhaber
 - 1 Jahr in Besoldungsgruppe A 7,
 - 7 Jahre in Besoldungsgruppe A 8,
 - 22 Jahre in Besoldungsgruppe A 9/A 9 mit Zulage.
- Nichtpatentinhaberinnen und Nichtpatentinhaber
 - 3 Jahre in Besoldungsgruppe A 7,
 - 5 Jahre in Besoldungsgruppe A 8,
 - 22 Jahre in Besoldungsgruppe A 9/A 9 mit Zulage.

Verweilzeiten in der früheren Besoldungsgruppe A 6 werden bei Beamtinnen und Beamten, die bereits die Besoldungsgruppe A 7 oder A 8 erreicht haben, angerechnet.

- 1.1 Bis zu einem Prozentsatz von 10 v. H. der im vorletzten Jahr der Verweildauer stehenden besonders leistungsstarken Beamtinnen und Beamten können in jedem Jahr und jeder Besoldungsgruppe um ein Jahr vorzeitig befördert werden. Leistungsschwache Beamtinnen und Beamte sind zeitverzögert zu befördern.
- 1.2 Die Grundlage für die zu ermittelnden Verweildauern in den einzelnen Besoldungsgruppen bilden die Zeit nach Beendigung der Laufbahnausbildung I sowie eventuell anrechenbare Vorzeiten; als spätestster Anfangstermin gilt der Zeitpunkt der Vollendung des 37. Lebensjahres.
2. Für die Ausnutzung der im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst gebündelt ausgewiesenen Planstellen der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9 gelten mindestens folgende Verweilzeiten (durchschnittliche Verweildauer 35 Jahre):
 - 9 Jahre in Besoldungsgruppe A 7,
 - 6 Jahre in Besoldungsgruppe A 8,
 - 20 Jahre in Besoldungsgruppe A 9/A 9 mit Zulage.

Verweilzeiten in den früheren Besoldungsgruppen A 5 bzw. A 6 werden bei Beamtinnen und Beamten, die bereits die Besoldungsgruppen A 7 oder A 8 erreicht haben, angerechnet.

- 2.1 In jedem Jahr können bis zu 10 v. H. der im vorvorletzten Jahr der Verweildauer stehenden besonders leistungsstarken Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe A 7 und A 8 um zwei Jahre vorzeitig befördert werden. Leistungsschwache Beamtinnen und Beamte sind zeitverzögert zu befördern.
- 2.2 Über die unter Nr. 2.1 genannten Verkürzungen hinaus können Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe A 8 in den Servicebereichen der Feuerwehr um 2 Jahre vorzeitig befördert werden.
- 2.3 Die Grundlage für die zu ermittelnden Verweildauern in den einzelnen Besoldungsgruppen bildet das Einstellungsdatum.

3. Von den gebündelt ausgewiesenen Planstellen der Schutz- und Wasserschutzpolizei sowie des feuerwehrtechnischen Dienstes können bis zu 30 v. H. der tatsächlich mit Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe A 9 besetzten Stellen mit einer Amtszulage nach Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes ausgestattet werden.

Artikel 11 a

Fach übergreifende Besetzung von Planstellen im gehobenen und höheren Vollzugsdienst der Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei

Die Stellen der Besoldungsgruppen A 9 bis A 13 im gehobenen und der Besoldungsgruppen A 13 bis B 4 im höheren Vollzugsdienst der Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei dürfen bei entsprechender Wertigkeit der Aufgaben Sparten übergreifend verwendet und besetzt werden.

Zu Artikel 11 a

(Fach übergreifende Besetzung von Planstellen im gehobenen und höheren Vollzugsdienst der Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei)

Erweiterung der Möglichkeiten für eine Sparten übergreifende Besetzung, um die Flexibilität in der Personalwirtschaft zu erhöhen.

Artikel 12

Stellenneuschaffungen und -umwandlungen für freigestellte Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter

Der Senat wird ermächtigt, für planmäßige Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter, die nach § 49 des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes von ihrer dienstlichen Tätigkeit freigestellt oder nach § 96 SGB IX von ihrer beruflichen Tätigkeit befreit sind, im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges neue Planstellen entsprechend der Amtsbezeichnung und Besoldungsgruppe der freigestellten Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter auszubringen, wenn dafür ein unabweisbares Bedürfnis besteht.

Der Senat wird ermächtigt, Planstellen für freigestellte Personalratsmitglieder, freigestellte Vertrauensfrauen/Vertrauensmänner der Schwerbehinderten in solche einer höheren Besoldungsgruppe umzuwandeln, wenn dies zur Vermeidung einer Benachteiligung in der beruflichen Entwicklung erforderlich ist.

Die Planstellen sind mit dem Vermerk „freigestelltes Personalratsmitglied“ bzw. „freigestellte Vertrauensfrau/freigestellter Vertrauensmann der Schwerbehinderten“ zu versehen. Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber sind nach Beendigung ihrer Freistellung entsprechend ihrer Fachrichtung und Besoldungsgruppe in freie oder in die nächsten frei werdenden Planstellen im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges einzuweisen; die bisherigen Planstellen sind dann zu streichen.

Die nach Absatz 1 ausgebrachten Planstellen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen. Das gleiche gilt für Stellenumwandlungen nach Absatz 2.

Zu Artikel 12

(Stellenneuschaffungen und -umwandlungen für freigestellte Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter)

§ 107 des Bundespersonalvertretungsgesetzes fordert, dass Personen, die Aufgaben nach dem Personalvertretungsgesetz wahrnehmen, u. a. in ihrer beruflichen Entwicklung nicht benachteiligt werden dürfen. Eine entsprechende Regelung enthält § 96 SGB IX für die Vertrauensfrauen und Vertrauensmänner der Schwerbehinderten.

Die in Ausfluss dieser gesetzlichen Benachteiligungsverbote vorgesehenen Ermächtigungen sollen für die Fälle gelten, in denen die freigestellten Personalratsmitglieder oder Vertrauensfrauen/Vertrauensmänner der Schwerbehinderten für Beförderungstellen ausgewählt worden sind, sie diese aber im Hinblick auf ihre Freistellung nicht einnehmen können. Durch die vorgesehene Möglichkeit einer Stellenhebung auch im Laufe eines Haushaltsjahres soll bewirkt werden, dass die freigestellten Personalratsmitglieder, Vertrauensfrauen und Vertrauensmänner der Schwerbehinderten dann gleichzeitig mit den an ihrer Stelle die Aufgaben der Beförderungsstelle wahrnehmenden Beschäftigten befördert werden können.

Artikel 13**Einrichtung von Leerstellen für Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments**

Der Senat wird ermächtigt, für planmäßige Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter, deren Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis für die Dauer der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag nach § 5 des Abgeordnetengesetzes vom 18. Februar 1977 (Bundesgesetzblatt I Seite 297) in der jeweils geltenden Fassung oder im Europäischen Parlament nach § 8 des Europaabgeordnetengesetzes vom 6. April 1979 (Bundesgesetzblatt I Seite 413) in der jeweils geltenden Fassung ruhen, im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges Leerstellen entsprechend der Amtsbezeichnung und Besoldungsgruppe der in den Deutschen Bundestag oder in das Europäische Parlament gewählten Beschäftigten auszubringen, wenn dafür ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Die Leerstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen.

Endet die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag oder im Europäischen Parlament und beantragen die Beschäftigten nach § 6 des Abgeordnetengesetzes oder nach § 8 des Europaabgeordnetengesetzes die Zurückführung in das frühere Dienstverhältnis, sind sie entsprechend ihrer Fachrichtung und Besoldungsgruppe in freie oder in die nächsten frei werdenden Planstellen im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges einzuweisen; bis zu diesem Zeitpunkt sind sie in den Leerstellen weiterzuführen.

Die nach Absatz 1 ausgebrachten Leerstellen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen.

Zu Artikel 13**(Einrichtung von Leerstellen für Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments)**

Diese Regelung ist aufgrund der bundesgesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments erforderlich. Durch die in ihr enthaltene Ermächtigung wird die rechtzeitige Zurückführung von aus dem Deutschen Bundestag oder Europäischen Parlament ausgeschiedenen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter in das frühere Dienstverhältnis sichergestellt.

Artikel 13 a**Ausbringung von Leerstellen für in die Landesvertretung beim Bund oder in das Hanse-Office abgeordnete Beamtinnen und Beamte**

Der Senat wird ermächtigt, für planmäßige Beamtinnen und Beamte, die aus den Behörden in die Senatskanzlei - zur Wahrnehmung Hamburger Interessen in der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund oder im Hanse-Office Brüssel - abgeordnet sind, im Einzelplan des zuständigen Verwaltungszweiges Leerstellen entsprechend der Amtsbezeichnung und Besoldungsgruppe auszubringen, wenn dafür ein unabweisbares Bedürfnis besteht.

Die Leerstellen sind mit dem über die gesamte hamburgische Verwaltung hinweg wirkenden Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen.

Endet die Abordnung, sind die Beschäftigten in freie oder in die nächsten frei werdenden Planstellen ihrer Fachrichtung in der hamburgischen Verwaltung einzuweisen; bis zu diesem Zeitpunkt sind sie in den Leerstellen weiterzuführen.

Die nach Absatz 1 ausgebrachten Leerstellen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen.

Zu Artikel 13 a**(Ausbringung von Leerstellen für in die Landesvertretung beim Bund oder in das Hanse-Office abgeordnete Beamtinnen und Beamte)**

Diese Regelung trägt den konzeptionellen Grundsätzen des Senats zur Förderung der Mobilität, zur Europakompetenz und insbesondere zur Verwendungs- und Entwicklungsplanung der Nachwuchskräfte des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes Rechnung.

Die Abordnung von beamtetem Personal stellt die abordnenden Behörden und Ämter häufig vor stellentechnische Probleme, weil es ihnen aus rechtlichen und anderen Gründen nicht immer in dem gebotenen Umfang möglich ist, das Fehlen der abgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne gravierende Nachteile für die Aufgabewahrnehmung intern auszugleichen.

Es ist erforderlich, für solche Fälle die Möglichkeit vorzusehen, diese Personen in Leerstellen zu übernehmen, um deren Stellen nachbesetzen zu können.

Artikel 13 b**Ausbringung von Leerstellen für beurlaubte Lehrerinnen und Lehrer**

Der Senat wird ermächtigt, unbeschadet der in § 50 a der Landeshaushaltsordnung genannten Voraussetzungen im Übrigen, in den Schulkapiteln (3100 bis 3150) Leerstellen für beurlaubte Lehrerinnen und Lehrer auch dann auszubringen, wenn dort - gemessen an den geltenden Bedarfsgrundlagen - ein Überhang an Lehrkräften besteht.

Zu Artikel 13 b**(Ausbringung von Leerstellen für beurlaubte Lehrerinnen und Lehrer)**

Um eine insgesamt ausgeglichene Versorgung mit Lehrkräften sicherzustellen, können seit 1992 alle freien und frei werdenden Lehrerstellen uneingeschränkt wieder besetzt werden. Dieses Ziel ist allerdings nur dann in vollem Umfang zu erreichen, wenn für alle durch Beurlaubung blockierten Stellen Ersatz geschaffen werden kann.

Der Haushaltsbeschluss sieht daher eine Ermächtigung zum Ausbringen von Leerstellen für beurlaubte Lehrerinnen und Lehrer für die Schulkapitel vor, in denen ein rechnerischer Überhang (zu Lasten anderer Schulkapitel) besteht.

Durch diese Regelung werden keine zusätzlichen Mittel erforderlich.

Artikel 13 c**Ausbringung von Leerstellen für in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen oder Enquete-Kommissionen tätige Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter**

Der Senat wird ermächtigt, für planmäßige Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter, die für voraussichtlich mindestens sechs Monate zur Dienstleistung in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen oder Enquete-Kommissionen von ihrer bisherigen dienstlichen Tätigkeit freigestellt sind, im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges Leerstellen entsprechend der Amtsbezeichnung und Besoldungsgruppe der freigestellten Beschäftigten auszubringen, wenn dafür ein unabweisbares Bedürfnis besteht.

Die Leerstellen sind mit dem über die gesamte hamburgische Verwaltung hinweg wirkenden Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen.

Endet die Freistellung, so sind die Beschäftigten in freie oder in die nächsten frei werdenden Planstellen ihrer Fachrichtung in der hamburgischen Verwaltung einzuweisen; bis zu diesem Zeitpunkt sind sie in den Leerstellen weiterzuführen.

Die nach Absatz 1 ausgebrachten Leerstellen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen.

Zu Artikel 13 c**(Ausbringung von Leerstellen für in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen oder Enquete-Kommissionen tätige Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter)**

Der Senat unterstützt die Arbeit der von der Bürgerschaft eingesetzten Untersuchungsausschüsse oder Enquete-Kommissionen im Regelfall durch die Bereitstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Verwaltung.

Den Behörden und Ämtern ist es aus rechtlichen und anderen Gründen nicht immer in dem gebotenen Umfang möglich, das Fehlen der freigestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne gravierende Nachteile für die Aufgabenerfüllung intern auszugleichen. Es ist erforderlich, für solche Fälle die Möglichkeit vorzusehen, diese Personen in Leerstellen zu übernehmen, um deren Stellen nachbesetzen zu können.

Artikel 13 d**Ausbringung von Leerstellen für beurlaubte Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Richterinnen und Richter auf Probe vor der Anstellung**

Der Senat wird ermächtigt, für Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Richterinnen und Richter auf Probe vor der Anstellung (Besoldungsgruppe R 1), die für mindestens sechs Monate ohne Dienstbezüge beurlaubt sind, im Einzelplan des zuständigen Verwaltungszweiges Leerstellen entsprechend der Amtsbezeichnung und Besoldungsgruppe der beurlaubten Beschäftigten auszubringen, wenn dafür ein unabweisbares Bedürfnis besteht.

Die Leerstellen sind mit dem über die gesamte hamburgische Verwaltung hinweg wirkenden Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen.

Endet die Beurlaubung, so sind die Beschäftigten in freie oder in die nächsten frei werdenden Stellen ihrer Fachrichtung in der hamburgischen Verwaltung einzuweisen; bis zu diesem Zeitpunkt sind sie in den Leerstellen weiterzuführen.

Die nach Absatz 1 ausgebrachten Leerstellen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen.

Zu Artikel 13 d**(Ausbringung von Leerstellen für beurlaubte Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Richterinnen und Richter auf Probe vor der Anstellung)**

Die ansteigende Zahl beurlaubter Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Richterinnen und Richter auf Probe vor der Anstellung (Besoldungsgruppe R 1), die regelhaft bereits auf Planstellen geführt werden, löst zunehmend das unabweisbare Bedürfnis aus, einen personellen Ausgleich zu schaffen.

Es ist daher erforderlich, für solche Fälle die Möglichkeit zu eröffnen, die beurlaubten Beschäftigten in Leerstellen zu übernehmen, um deren Stellen nachbesetzen zu können.

Die Regelung stellt ein Pendant zu der Ausbringung von Leerstellen nach § 50 a LHO dar. Diese Vorschrift, die nach § 115 LHO auch auf Richterinnen und Richter Anwendung findet, gilt jedoch nur für planmäßige Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter, nicht aber für solche auf Probe vor der Anstellung. Die nach der VV Nr. 5.5.2 zu §§ 17 Abs. 5 und 6 sowie 49 LHO gegebene Möglichkeit, adäquate Ersatzstellen als Stellen für Angestellte einrichten zu können, kommt wegen der originär hoheitlichen Tätigkeiten, die nicht durch Angestellte wahrgenommen werden dürfen, ebenfalls nicht in Betracht.

Artikel 14**Weiterverwendung nur noch eingeschränkt dienstfähiger Beamtinnen und Beamten**

1. Der Senat wird ermächtigt, für planmäßige Beamtinnen und Beamte, deren Entlassung oder Versetzung in den Ruhestand nach den §§ 34, 36 und 47 Absatz 3 des Hamburgischen Beamtengesetzes nur dadurch vermieden werden kann, dass ihnen ein anderes Amt oder eine andere Tätigkeit übertragen wird,

- Planstellen oder andere Stellen als Planstellen in Planstellen umzuwandeln, die in Amtsbezeichnung und Besoldungsgruppe dem Status der unterzubringenden Beschäftigten entsprechen; diese Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln nach Freiwerden der Stelle“ (in die vorherige Stellenart und Wertigkeit) zu versehen;
- neue Planstellen entsprechend ihrer Amtsbezeichnung und Besoldungsgruppe auszubringen, wenn
 - die Umsetzung der Beschäftigten in andere vorhandene gleichwertige oder geringerwertige Planstellen (bzw. umzuwandelnde Angestelltenstellen) nicht möglich ist und
 - ein konkretes und dringliches, bisher nicht (ausreichend) wahrgenommenes Aufgabengebiet gegeben ist, das den Beschäftigten eine angemessene Tätigkeit bietet.

Diese Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend nach Freiwerden der Stelle“ zu versehen.

Die durchgeführten Stellenumwandlungen und ausgebrachten Planstellen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen.

Zu Artikel 14**(Weiterverwendung nur noch eingeschränkt dienstfähiger Beamtinnen und Beamten)****Nummer 1**

Das Hamburgische Beamtengesetz legt in der sich aus Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 13. September 1990 (HmbGVBl. S. 206, 226) ergebenden Fassung den Grundsatz fest, dass die berufliche Rehabilitation Vorrang hat vor der Entlassung von Beamtinnen und Beamten bzw. deren Versetzung in den Ruhestand und damit vor der Nachversicherung bzw. der Versorgung. Die Beschäftigungsbehörden sind deshalb verpflichtet, alle Möglichkeiten einer anderweitigen Verwendung mit dem Ziel zu prüfen, eine Entlassung bzw. Versetzung in den Ruhestand zu vermeiden.

Im Regelfall werden die betroffenen Beschäftigten in andere vorhandene gleichwertige Planstellen mit anderer Aufgabenstellung innerhalb der Beschäftigungsbehörde oder in einer anderen Behörde umzusetzen sein. Wo das - insbesondere wegen nicht ausreichender personalwirtschaftlicher Spielräume oder aus in der Person der oder des Beschäftigten liegenden Gründen - nicht möglich ist, müssen entsprechende Stellenregelungen getroffen werden, um dem Rehabilitationsgebot nachkommen zu können. Die in Artikel 12 des Haushaltsbeschlusses enthaltene Ermächtigung versetzt den Senat in die Lage, die im Einzelfall notwendige Umwandlung und Neuschaffung von Stellen zeitnah und flexibel vorzunehmen.

2. Zur Weiterverwendung nur noch eingeschränkt dienstfähiger Beamtinnen und Beamten dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung von Titeln der Hauptgruppen 4, 5 und 6 auf Titel der Gruppen 422 „Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter“, 432 „Versorgungsbezüge“ und 441 „Beihilfen“ übertragen werden.

Nummer 2

Mit dieser Ermächtigung soll die Verwaltung in die Lage versetzt werden, aus eingesparten Mitteln den Mehrbedarf finanzieren zu können, der im Zusammenhang mit der Weiterverwendung nur noch eingeschränkt dienstfähiger Beamtinnen und Beamten entsteht.

Artikel 15

Umwandlung von Planstellen in Hochschulen

Der Senat wird ermächtigt, Planstellen für Professorinnen und Professoren nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen umzuwandeln:

1. Planstellen der Besoldungsgruppen C 2 und C 3 in Planstellen der Besoldungsgruppe W 2
 - für die Universität Hamburg und die Technische Universität Hamburg-Harburg gilt dies mit der Maßgabe, dass Planstellen der Besoldungsgruppe C 2 im Rahmen vorhandener Personalmittel nach W 2 umgewandelt werden dürfen, wenn nach der Personalstruktur- und Fächerstrukturplanung die Erhaltung einer Planstelle für Professorinnen/Professoren geboten ist,
 - in der Hochschule für angewandte Wissenschaften, der Hochschule für Finanzen Hamburg, der Hochschule der Polizei Hamburg sowie der HafenCity Universität Hamburg können Planstellen der Besoldungsgruppen C 2 und C 3 im Rahmen vorhandener Personalmittel in Planstellen der Besoldungsgruppe W 3 umgewandelt werden, wenn es sich nach sachgerechter Bewertung um Professuren mit herausragender Bedeutung handelt.
2. Planstellen der Besoldungsgruppe C 4 in Planstellen der Besoldungsgruppe W 3.
3. Planstellen der Besoldungsgruppen A und B in Planstellen der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 unter der Maßgabe, dass die Umwandlung strukturgerecht und kostenneutral erfolgt.

Die Stellenveränderungen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen.

Zu Artikel 15

(Umwandlung von Planstellen in Hochschulen)

Mit dieser Regelung wird sichergestellt, dass im Rahmen der Neuregelung der Professorenbesoldung durch das Hamburgische Professorenbesoldungsreformgesetz die Überleitung der Planstellen aus der Besoldungsordnung C in die Besoldungsordnung W strukturgerecht und kostenneutral erfolgt.

Da durch die Besoldungsreform für Professorinnen und Professoren an einer Fachhochschule als neues Spitzenamt die Besoldungsgruppe W 3 eingeführt wird, soll in der Hochschule für angewandte Wissenschaften, der Hochschule für Finanzen Hamburg, der Hochschule der Polizei Hamburg sowie der HafenCity Universität Hamburg die Möglichkeit bestehen, die Planstellen der Besoldungsgruppen C 2 und C 3 nach Maßgabe sachgerechter Bewertung gem. § 18 BBesG in Planstellen der Besoldungsgruppe W 3 umzuwandeln. Voraussetzung für die Umwandlung ist, dass Haushaltsmittel hierfür zur Verfügung stehen und es sich um Professuren handelt, die mit der Wahrnehmung besonderer, herausgehobener, für die Hochschule bedeutsamer Aufgaben verbunden sind; infrage kommen insbesondere:

- Professuren, die mit der Leitung eines für die Hochschule bedeutsamen Schwerpunktes in Forschung und Entwicklung verbunden sind,
- Professuren mit besonderen Aufgaben bei der Planung, Implementierung und Betreuung neuer Ausbildungs- und Studiengangsstrukturen (z.B. Bachelor- und Masterstudiengänge, internationale Studiengänge),
- Professuren mit Schwerpunkten entsprechend der Clusterbildung im Rahmen des Leitbildes „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“.

Die erweiterte Umwandlungsermächtigung räumt den Hochschulen einen größeren Handlungsspielraum ein, um strukturelle Erfordernisse im Bereich Forschung und Lehre durch Schaffung von Professorinnen- und Professorenstellen unter Wegfall von Stellen anderer Besoldungsgruppen umzusetzen. Damit wird der in den „Leitlinien für die Entwicklung der Hochschulen“ (vgl. Drucksache 17/2914) angestrebten größeren Flexibilität in der Personalstruktur entsprochen.

Der in den Wirtschaftsplänen der Hochschulen als verbindlich dargestellte Besoldungsdurchschnitt sowie der Gesamtbetrag der Leistungsbezüge (Vergaberahmen) gemäß § 34 Absatz 1 Satz 1 BBesG werden durch die Inanspruchnahme der Umwandlungsermächtigung nicht berührt. Mehrbelastungen des Haushalts entstehen nicht.

Artikel 16**Umwandlung von Planstellen für hauptamtliche Präsidiums- und Dekanatsmitglieder der Hochschulen**

Der Senat wird ermächtigt, im Rahmen vorhandener Personalmittel Planstellen für hauptamtliche Präsidiums- und Dekanatsmitglieder nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen umzuwandeln:

1. Planstellen der Besoldungsgruppen C 3 und C 4 in Planstellen für hauptamtliche Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der Besoldungsgruppe W 3.
2. Planstellen der Besoldungsordnungen A, B und C in Planstellen für hauptamtliche Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten in der Funktion von Dekaninnen und Dekanen der Besoldungsgruppe W 3.
3. für die Hochschule für bildende Künste die Planstelle der Besoldungsgruppe C 3 mit der Stellennummer 125 in eine Planstelle für Kanzlerinnen und Kanzler der Besoldungsgruppe W 2, für die Hochschule für Musik und Theater eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 14 in eine Planstelle für Kanzlerinnen und Kanzler der Besoldungsgruppe W 2, für die Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg und die Technische Universität Hamburg-Harburg Planstellen der Besoldungsgruppe A 16 in Planstellen für Kanzlerinnen und Kanzler der Besoldungsgruppe W 3, für die HafenCity Universität Hamburg die Planstelle der Besoldungsgruppe C 3 mit der Stellennummer 4235 in eine Planstelle für Kanzlerinnen und Kanzler der Besoldungsgruppe W 3 und für die Universität Hamburg eine Planstelle der Besoldungsgruppe B 4 in eine Planstelle für Kanzlerinnen und Kanzler der Besoldungsgruppe W 3.
4. Planstellen der Besoldungsordnungen A, B und C in Planstellen für Kanzlerinnen und Kanzler in der Funktion von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Besoldungsgruppe W 2.

Die Stellenveränderungen sind im nächsten Stellenplan auszuweisen.

III.**Besondere Bestimmungen****Artikel 17****Folgekosten bei Investitionsvorhaben**

Investitionsmittel (Hauptgruppen 7 und 8) dürfen erst in Anspruch genommen werden, wenn die Plan führende Behörde festgestellt hat, dass die fachliche Verantwortung und die Trägerschaft für die spätere Nutzung sowie die Finanzierung der Folgekosten der Investitionen geregelt sind.

Bis zur Übernahme der fachlichen Verantwortung durch eine andere Behörde bleibt die Plan führende Behörde für die Finanzierung der Folgekosten verantwortlich.

Zu Artikel 16**(Umwandlung von Planstellen für hauptamtliche Präsidiums- und Dekanatsmitglieder der Hochschulen)**

Mit dieser Regelung wird sichergestellt, dass nach der Neuregelung der Besoldung der hauptamtlichen Mitglieder der Präsidien und der Dekanate der Hochschulen durch das Hamburgische Professorenbesoldungsreformgesetz und das Dekanegesetz die Überleitung der für diesen Personenkreis vorhandenen Planstellen aus den Besoldungsordnungen A, B und C in die Besoldungsordnung W strukturgerecht und kostenneutral erfolgt.

Zu Artikel 17**(Folgekosten bei Investitionsvorhaben)**

Diese Regelung soll eine vorherige Klärung der Trägerschaft und der Finanzierung entstehender Folgekosten sicherstellen.

Artikel 18**Selbstbewirtschaftungsfonds**

Die Mittel für Schulen bei den Titeln 429.78, 511.78, 525.78, 534.78 und 539.78 in den Kapiteln 3100 bis 3140 sowie den Titeln 459.01, 534.02 und 534.05 im Kapitel 3020 können einem Selbstbewirtschaftungsfonds nach § 15 Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung zugeführt werden.

Zu Artikel 18**(Selbstbewirtschaftungsfonds)**

Nach § 15 Absatz 3 LHO können Ausgaben zur Selbstbewirtschaftung veranschlagt werden, wenn hierdurch eine sparsame Bewirtschaftung gefördert wird.

In den Selbstbewirtschaftungsfonds für Schulen sind in den Kapiteln 3100 bis 3140 die Personalausgaben (Titel 429.78), die Mittel für die Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung von Schulmöbeln (Titel 511.78), Unterrichtsmittel (Titel 525.78), sonstige sächliche Ausgaben (Titel 534.78), Umzugs- und Verlegungskosten (Titel 539.78) sowie die Mittel für Schulfahrten (Titel 3020.459.01 „Vergütungen an Lehrkräfte“ und Titel 3020.534.05 „Schülerzuschüsse“) und Schulschwimmen (Titel 3020.534.02) einbezogen.

Im Rahmen der Globalisierung und Flexibilisierung der Veranschlagung werden durch die Einrichtung des Titels 3100.124.10 mit „Verknüpfung“ zu den Titeln 517.78 und 525.78 im Kapitel 3100 die Einnahmen aus den Stellplatzmieten den Schulen für zusätzliche Ausgaben im Rahmen eines Anreizsystems zur Verfügung gestellt. Da die den Schulen zufließenden Mittel über den Selbstbewirtschaftungsfonds abgewickelt werden sollen, ist eine entsprechende Ermächtigung notwendig.

Artikel 19**Billigkeitsleistungen**

Leistungen aus Gründen der Billigkeit dürfen gewährt werden

1. aus den Mitteln für Schadenersatzleistungen (Gruppen 539 und 681),
2. mit Einwilligung der Kommission für Bodenordnung aus den Mitteln für Grunderwerb (Obergruppe 82),
3. im Übrigen grundsätzlich nur, soweit dafür Mittel im Haushaltsplan zur Verfügung gestellt oder in den Erläuterungen derartige Leistungen ausdrücklich vorgesehen sind.

Zu Artikel 19**(Billigkeitsleistungen)**

Nach § 53 LHO dürfen Leistungen aus Gründen der Billigkeit nur gewährt werden, wenn dafür Ausgabemittel besonders zur Verfügung gestellt sind. Der Bund sieht diese Voraussetzung dann als gegeben an, wenn zumindest in den Erläuterungen zum Haushaltsplan derartige Leistungen vorgesehen sind; im Hamburger Haushaltsplan wird entsprechend verfahren. Bei den Schadenersatzleistungen tritt die Notwendigkeit von Billigkeitszahlungen häufiger auf; es wird daher zur Klarstellung eine Regelung im Haushaltsbeschluss getroffen.

Artikel 20**Übernahme von Verbindlichkeiten gegenüber der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt**

Der Senat wird ermächtigt, gegenüber der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt Verbindlichkeiten bis zur Höhe von 25 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2007 und bis zur Höhe von 20 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2008 zu übernehmen in Höhe der investiven Zuschüsse der WK für Förderungsmaßnahmen im Bereich des Wohnungsneubaus und der Wohnungsmodernisierung.

Zu Artikel 20**(Übernahme von Verbindlichkeiten gegenüber der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt)**

Im Rahmen ihrer Förderungsmaßnahmen im Wohnungsneubau und in der Wohnungsmodernisierung gewährt die WK auch Baukosten- und Aufwendungszuschüsse, die früher als Aufwandsposition über den Verlustausgleich der WK aus dem Haushalt erstattet oder direkt aus dem Haushalt geleistet wurden.

Da diese Zuschüsse nach den Zuordnungsmerkmalen des Haushalts investiven Charakter haben, nimmt die WK ab 1992 in Höhe dieser Leistungen Kredite auf und erwirbt in Höhe dieser Refinanzierung gleichzeitig eine Forderung gegen die Freie und Hansestadt Hamburg. Hamburg erstattet der WK den hierauf entfallenden Schuldendienst.

Artikel 21**Besserstellungsverbot für Beschäftigte von
Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern**

Zuwendungen zur institutionellen Förderung dürfen grundsätzlich nur mit der Auflage bewilligt werden, dass die Zuwendungsempfängerin bzw. der Zuwendungsempfänger ihre bzw. seine Beschäftigten nicht besser stellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg; abweichende tarifvertragliche Regelungen bleiben unberührt. Entsprechendes gilt bei Zuwendungen zur Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben der Zuwendungsempfängerin bzw. des Zuwendungsempfängers überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert werden.

Die Bewilligungsbehörde kann in begründeten Fällen nach einheitlichen Kriterien und Bedingungen Ausnahmen zulassen, insbesondere wenn

- die Wirksamkeit oder Wirtschaftlichkeit der Zuwendungsverwendung gefördert und/oder
- die Zuwendung auf Basis von Budgets in Verbindung mit einer eindeutigen Beschreibung des Zuwendungszwecks nach Umfang, Qualität und Zielsetzung bewilligt wird.

Zu Artikel 21**(Besserstellungsverbot für Beschäftigte von
Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern)**

Das Besserstellungsverbot soll - unter Beachtung tarifvertraglicher Regelungen - grundsätzlich verhindern, dass mit Beschäftigten von Zuwendungsempfängerinnen bzw. Zuwendungsempfängern bessere Arbeitsbedingungen als mit vergleichbaren Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg vereinbart werden. Vor dem Hintergrund der Zusammenführung von Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung sollen Ausnahmen vom Besserstellungsverbot erleichtert und von der fachlich und finanziell verantwortlichen Bewilligungsbehörde zugelassen werden können. Ausnahmen kommen insbesondere in Betracht, wenn dadurch die Zuwendung wirksamer oder wirtschaftlicher verwendet werden kann (z.B. Leistungsanreize) und/oder der Zuwendungszweck ergebnisorientiert beschrieben wird (Leistungs-/Zweckbeschreibung).

Die Ausnahmeregelungen sollten grundsätzlich bereits mit der Bewilligung der Zuwendung getroffen werden und nicht zu einer Erhöhung der Zuwendung führen.

Artikel 22**Unentgeltliche Überlassung von Programmen für
IT-Verfahren**

Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte oder erworbene Programme unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung abgeben, soweit Gegenseitigkeit besteht.

Zu Artikel 22**(Unentgeltliche Überlassung von Programmen für IT-
Verfahren)**

Der Kooperationsausschuss Bund/Länder/Kommunaler Bereich hat beschlossen, dass die öffentlichen Verwaltungen des Bundes, der Bundesländer und der Kommunalverwaltung im Rahmen der automatisierten Datenverarbeitung selbst entwickelte oder erworbene Programme (Software) untereinander grundsätzlich unentgeltlich austauschen. Der Beschluss ist von der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder sowie von der Finanzministerkonferenz zur Kenntnis genommen worden. Die Finanzministerkonferenz hat hinzugefügt, dass die unentgeltliche Überlassung für zulässig gehalten wird, soweit Gegenseitigkeit besteht; die erforderliche Gegenseitigkeit wird dann als gegeben angesehen, wenn die Beteiligten haushaltsrechtliche Regelungen für die unentgeltliche Überlassung von Programmen getroffen haben.

Der Bund hat eine entsprechende Bestimmung in sein Haushaltsgesetz aufgenommen. Die anderen Bundesländer haben diese Bestimmungen in die Haushaltsgesetze aufgenommen oder entsprechende Regelungen getroffen.

Artikel 23**Unentgeltliche Überlassung**

Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung wird die Überlassung zur unentgeltlichen Nutzung zugelassen für

1. stadteigene Grundstücke und Gebäude unter den in der Drucksache 12/491 genannten Bedingungen an die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH,
2. stadteigene Grundstücke an Freie Träger der Jugendhilfe und an die städtische Sprinkenhof Aktiengesellschaft für die Nutzung für Zwecke der Kindertagesbetreuung mit Einwilligung der Kommission für Bodenordnung,
3. Schulräume/-flächen an den Hamburger Schulverein von 1875 e.V. und andere gemeinnützige Träger zur Betreuung von Kindern in Hortgruppen,
4. die Grundstücke, Gebäude und Einrichtungsgegenstände der vier Hamburger Freiluftschulen an einen gemeinnützigen Träger zur Durchführung von Aufenthalten von Schulkindern,

Zu Artikel 23**(Unentgeltliche Überlassung)**

Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 5 LHO dürfen Vermögensgegenstände nur zu ihrem vollen Wert zur Nutzung überlassen werden. Ausnahmen können im Haushaltsplan zugelassen werden.

Nummer 1

Der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH sind die stadteigenen Gebäude und Grundstücke, in denen sie Kindertageseinrichtungen betreibt, gemäß Vertrag mit der Hansestadt Hamburg vom 29. März 1941 zur unentgeltlichen Nutzung überlassen worden. Dieses Verfahren ist in Ziffer 6 der Drucksache 12/491 vom 3. März 1987 dargestellt und ausdrücklich bestätigt worden.

Der Nutzungswert der bisher (Stichtag 1. Januar 2006) unentgeltlich überlassenen Grundstücke beträgt nach pauschaler Bewertungsmethode rd. 5,4 Mio. Euro p.a.

Nummer 2

Im Rahmen des Ausbaus der Kindertagesbetreuung ist die unentgeltliche Überlassung von städtischen Grundstücken an Freie Träger der Jugendhilfe und städtische Sprinkenhof Aktiengesellschaft beabsichtigt.

Auf die Zahlung von Nutzungsentgelten soll verzichtet werden, weil ein dringendes staatliches Interesse an der Realisierung von Plätzen für die Kindertagesbetreuung besteht.

Der Nutzungswert der bisher (Stichtag 1. Januar 2006) unentgeltlich überlassenen Grundstücke beträgt nach pauschaler Bewertungsmethode rd. 7,7 Mio. Euro p.a.

Nummer 3

Im Rahmen der Kindertagesbetreuung ist die unentgeltliche Nutzung von Schulräumen/-flächen durch Hortgruppen beabsichtigt. Der Hamburger Schulverein von 1875 e. V. und andere als gemeinnützig anerkannte Träger können die Mieten, Betriebskosten sowie Mitnutzungsentgelte nicht aus eigenen Mitteln finanzieren.

Auf die Zahlung von Nutzungsentgelten soll verzichtet werden, weil ein dringendes staatliches Interesse an der Realisierung der Kindertagesbetreuung besteht.

Der Nutzungswert der bisher (Stichtag 1. Januar 2006) unentgeltlich überlassenen Grundstücke und Gebäude beträgt nach pauschaler Bewertungsmethode rd. 84.000 Euro p.a.

Nummer 4

Für Freiluftschulaufenthalte ist die unentgeltliche Nutzung der Grundstücke, Gebäude und Einrichtungsgegenstände der vier Hamburger Freiluftschulen durch einen gemeinnützigen Träger vorgesehen.

Auf die Zahlung von Entgelten soll verzichtet werden, weil ein erhebliches Interesse an der Durchführung stadtnaher und kostengünstiger Aufenthaltsmöglichkeiten insbesondere für Grundschulkinder besteht.

Der Nutzungswert der bisher (Stichtag 1. Januar 2006) unentgeltlich überlassenen Grundstücke und Gebäude beträgt nach pauschaler Bewertungsmethode rd. 152.000 Euro p.a.

5. stadteigene Sportstätten/-flächen an gemeinnützige Hamburger Sportvereine und -verbände für amateursportliche Zwecke,
- Nummer 5
Die unentgeltlichen Nutzungen staatlicher Sportstätten und Grundstücke stellen zwei von drei Säulen des Sportförderungskonzeptes des Senats dar.
- Die Entgeltfreiheit für die Sportstätten wird seit 1965 und für Grundstücke (so genannte Sportrahmenvertrags-Flächen) seit 1974 praktiziert.
- Der Nutzungswert der bisher (Stichtag 1. Januar 2006) unentgeltlich überlassenen Grundstücke und Gebäude beträgt nach pauschaler Bewertungsmethode rd. 9,2 Mio. Euro p.a.
6. Lehrschwimmbecken der staatlichen Schulen an Dritte für Zwecke der Sportförderung.
- Nummer 6
Die zuständige Behörde hat den gesamten Schwimmunterricht der staatlichen Schulen in Schwimmbäder zumeist der Bäderland Hamburg GmbH (BLH) verlagert. Damit werden die Lehrschwimmbecken für den Schwimmunterricht an staatlichen Schulen nicht mehr benötigt. Die unentgeltliche Überlassung der Lehrschwimmbecken erfolgt zur schwimmsportlichen bzw. schwimmpädagogischen Nutzung (vgl. Drucksache 18/4119).

Artikel 24

Überlassung und Veräußerung unter Wert

1. Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Erbbauberechtigten bei der Verlängerung von Erbbaurechten an stadteigenen Ein- und Zweifamilienhausgrundstücken ein Teilerlass des Erbbauzinses gewährt wird.
2. Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass den bisherigen Erbbauberechtigten bzw. Eigentümern bei der Verlängerung von Erbbaurechten und Wiederkaufsrechten an Mietwohngrundstücken eine Verlängerungsoption mit Vermieterbindungen für den halben Verlängerungszeitraum auf der Basis eines um 50 v. H. ermäßigten aktuellen Bodenwertes bzw. auf der Basis von 50 v. H. des Bodenwertzuwachses eingeräumt wird.

Für die Verlängerung von Erbbaurechten und Wiederkaufsrechten ohne Vermieterbindungen sowie für die Ablösung von Wiederkaufsrechten außerhalb des Aktionsmodells wird eine Bemessungsbasis von 80 v. H. des aktuellen Bodenwertes bzw. des Bodenwertzuwachses zugelassen.

Die Bemessungsbasis für die Verlängerung und Ablösung von Wiederkaufsrechten an Eigenheimgrundstücken außerhalb des Aktionsmodells wird von 50 v. H. auf 80 v. H. der Bodenwertsteigerung angehoben.

Zu Artikel 24

(Überlassung und Veräußerung unter Wert)

- Nummer 1
Auf der Grundlage eines Beschlusses der Bürgerschaft vom 26. April 1985 wurde bisher bei der Verlängerung von Erbbaurechten ein persönlicher Erlass von 50 v. H. auf den zu zahlenden laufenden Erbbauzins oder das Einmalentgelt eingeräumt.
- Angesichts der Haushaltslage der Stadt und allgemeiner Gerechtigkeitsüberlegungen (bisher deutlich bessere Behandlung von Erbbaurechtsverlängerungen gegenüber Neuabschlüssen) hat der Senat beschlossen, den bisherigen Erlass stufenweise beim laufenden Erbbauzins über 10 Jahre abzubauen, so dass vom 11. Jahr an der volle Erbbauzins zu zahlen ist. Ein persönlicher Erlass beim Einmalentgelt soll nicht mehr gewährt werden (vgl. Drucksache 16/2575).
- Nummer 2
Mit der außerhalb des Aktionsmodells vorgesehenen Daulösung werden bei der Ablösung von Wiederkaufsrechten bisherige Ermäßigungen abgebaut. Das Gleiche gilt für die Verlängerung von Erbbaurechten und Wiederkaufsrechten an Mietwohngrundstücken, wenn keine Vermieterbindungen eingegangen werden (vgl. Drucksache 17/3050).

Für die Ablösung von Wiederkaufsrechten mit einer Restlaufzeit unter fünf Jahren (bei allen Wohngrundstücken) beträgt die Bemessungsbasis - für Rechte, die ab dem Jahr 2009 ablaufen - 100 v. H. des Bodenwertzuwachses.

Artikel 25

Unentgeltliche Übereignung von Vermögensgegenständen

Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass ausgemusterte Vermögensgegenstände der Freien und Hansestadt Hamburg bis zum Gesamtwert von 500.000 Euro staatlichen Einrichtungen oder anderen Institutionen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas sowie im Rahmen von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit unentgeltlich übereignet werden.

Zu Artikel 25

(Unentgeltliche Übereignung von Vermögensgegenständen)

Die unentgeltliche Übereignung ausgemusterter Vermögensgegenstände der Freien und Hansestadt Hamburg an staatliche Einrichtungen oder andere Institutionen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas sowie im Rahmen von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit stellt ein geeignetes Instrument zur Reaktion im konkreten Fall eines Hilfeersuchens dar. Die Wertgrenze in Höhe von 500.000 Euro, die in der Regel nicht ausgeschöpft wird, ist aufgrund des schwer prognostizierbaren Bedarfes erforderlich.

Artikel 26

Übereignung von Grundstücken ohne Zahlung eines Wertausgleichs

Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH (STEG) als von Hamburg bestelltem Sanierungsträger für die Durchführung ihrer Aufgaben nach § 160 des BauGB in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten der Westlichen Inneren Stadt städtische Liegenschaften ohne Zahlung eines Wertausgleichs an den Grundstock für Grunderwerb für die Dauer des Sanierungsverfahrens ins Treuhandeigentum übertragen werden.

Zu Artikel 26

(Übereignung von Grundstücken ohne Zahlung eines Wertausgleichs)

Diese Regelung, die in Ziffer 1.3 der Drucksache 15/238 vom 14. Dezember 1993 erläutert worden ist, soll ein ökonomisches Verfahren sicherstellen.

**Haushaltsübersicht
der Freien und Hansestadt Hamburg**

EINZELPLAN		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		1	2	3	4	5	6
01.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	- - A	- - A	- - A	- G 10	- G 10	- G 10
01.1	Senat und Senatsämter	- - A	- - A	- - A	- G 1.179	- G 1.337	- G 1.336
01.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	- - A	- - A	- - A	22.599 G 762	25.606 G 786	25.673 G 786
01.3	Bezirksamt Altona	- - A	- - A	- - A	6.754 G 452	6.786 G 724	6.786 G 724
01.4	Bezirksamt Eimsbüttel	- - A	- - A	- - A	5.171 G 701	5.541 G 711	5.541 G 711
01.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	- - A	- - A	- - A	8.150 G 1.250	6.158 G 1.065	6.158 G 1.065
01.6	Bezirksamt Wandsbek	- - A	- - A	- - A	7.218 G 705	8.020 G 614	8.020 G 614
01.7	Bezirksamt Bergedorf	- - A	- - A	- - A	3.580 G 307	4.019 G 8.135	4.019 G 6.395
01.8	Bezirksamt Harburg	- - A	- - A	- - A	8.105 G 772	7.941 G 1.368	7.941 G 1.373
02.0	Justizbehörde	- - A	- - A	- - A	114.979 G 23.427	130.816 G 23.329	130.816 G 26.238
03.1	Behörde für Bildung und Sport	- - A	- - A	- - A	11.202 G 3.711	3.458 G 3.926	3.458 G 4.011
03.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	- - A	- - A	- - A	5 G 4.519	10 G 4.105	10 G 3.604
03.3	Kulturbehörde	- - A	- - A	- - A	31 G 416	31 G 423	31 G 423
04.0	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	- - A	- - A	- - A	12.205 G 13.222	8.007 G 14.525	7.737 G 12.025
06.0	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	- 4.711 A	- 1.500 A	- 1.500 A	10.934 G 136.804	9.962 G 138.478	9.962 G 138.003
07.0	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	- - A	- - A	- - A	1.622 G 43.571	1.280 G 2.745	1.334 G 2.745
08.1	Behörde für Inneres	- - A	- - A	- - A	38.364 G 43.198	41.399 G 43.442	41.373 G 42.836
09.1	Finanzbehörde	- - A	- - A	- - A	23.037 G 101.477	22.299 G 46.364	22.299 G 46.359
09.2	Allgemeine Finanzverwaltung	7.730.000 60.350 A	7.930.700 48.300 A	8.216.600 48.300 A	5.272 G 251.142	11.475 G 106.416	10.575 G 115.879
	Gesamteinnahmen 2007 / 2006	7.730.000 65.061 A	7.930.700 49.800 A	8.216.600 49.800 A	279.228 G 627.625	292.808 G 398.503	291.733 G 405.137
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		200.700+ 15.261- A	486.600+ 15.261- A		13.580+ G 229.122-	12.505+ G 222.488-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008	Epl. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
-	-	-	-	-	-	187	191	192	01.0
			- Z	- Z	- Z				
334	334	334	-	-	-	-	-	-	01.1
			- Z	- Z	- Z				
9.424	10.087	10.097	-	-	-	-	-	-	01.2
			- Z	- Z	- Z				
2.389	2.222	2.228	-	-	-	-	-	-	01.3
			- Z	- Z	- Z				
1.959	1.810	1.816	-	-	-	-	-	-	01.4
			- Z	- Z	- Z				
2.797	1.879	1.885	-	-	-	-	-	-	01.5
			- Z	- Z	- Z				
4.405	3.305	3.316	-	-	-	-	-	-	01.6
			- Z	- Z	- Z				
1.498	1.175	1.179	-	-	-	-	-	-	01.7
			- Z	- Z	- Z				
2.066	2.102	2.111	-	-	-	-	-	-	01.8
			- Z	- Z	- Z				
1.551	1.357	1.357	-	-	-	-	-	-	02.0
			- Z	- Z	- Z				
15.846	14.910	14.910	-	-	-	-	-	-	03.1
			16.695 Z	11.687 Z	- Z				
31.571	26.566	26.426	17.043	17.043	17.043	-	-	-	03.2
			43.027 Z	20.300 Z	18.700 Z				
1.773	1.773	1.773	-	-	-	-	-	-	03.3
			- Z	- Z	- Z				
196.929	237.566	234.302	-	-	-	-	-	-	04.0
			2.352 Z	373 Z	531 Z				
176.393	170.915	170.004	726	600	400	-	-	-	06.0
			55.982 Z	62.133 Z	58.755 Z				
3.715	6.324	6.112	-	-	-	-	-	-	07.0
			21.522 Z	21.375 Z	21.451 Z				
28.966	25.330	24.750	-	-	-	-	-	-	08.1
			1.460 Z	567 Z	421 Z				
12.499	19.859	19.874	-	-	-	-	-	-	09.1
			- Z	- Z	- Z				
61.412	73.023	72.450	650.000	550.000	500.000	235.709	449.842	490.699	09.2
			- Z	- Z	- Z				
555.527	600.537	594.924	667.769	567.643	517.443	235.896	450.033	490.891	Ges. einn.
			141.038 Z	116.435 Z	99.858 Z				
	45.010 +	39.397 +		100.126-	150.326-		214.137 +	254.995 +	+/-
				24.603-Z	41.180-Z				

EINZELPLAN		Gesamteinnahmen		
Epl. Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008
		16	17	18
01.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	197	201	202
01.1	Senat und Senatsämter	1.513	1.671	1.670
01.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	32.785	36.479	36.556
01.3	Bezirksamt Altona	9.595	9.732	9.738
01.4	Bezirksamt Eimsbüttel	7.831	8.062	8.068
01.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	12.197	9.102	9.108
01.6	Bezirksamt Wandsbek	12.328	11.939	11.950
01.7	Bezirksamt Bergedorf	5.385	13.329	11.593
01.8	Bezirksamt Harburg	10.943	11.411	11.425
02.0	Justizbehörde	139.957	155.502	158.411
03.1	Behörde für Bildung und Sport	47.454	33.981	22.379
03.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	96.165	68.024	65.783
03.3	Kulturbehörde	2.220	2.227	2.227
04.0	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	224.708	260.471	254.595
06.0	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	385.550	383.588	378.624
07.0	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	70.430	31.724	31.642
08.1	Behörde für Inneres	111.988	110.738	109.380
09.1	Finanzbehörde	137.013	88.522	88.532
09.2	Allgemeine Finanzverwaltung	8.993.885	9.169.756	9.454.503
	Gesamteinnahmen 2006 / 2007 / 2008	10.302.144	10.406.459	10.666.386
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		104.315+	364.242+

EINZELPLAN		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		1	2	3	4	5	6
01.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	26.361	27.344	28.633	3.830	4.470	4.639
		-	-	-	-	-	-
01.1	Senat und Senatsämter	47.743	47.389	47.890	8.759	10.868	11.864
		-	-	-	582	1.601	601
01.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	59.679	63.785	63.720	9.279	10.181	10.154
		-	-	-	-	-	-
01.3	Bezirksamt Altona	45.030	51.511	51.624	6.964	8.197	8.146
		-	-	-	183	183	183
01.4	Bezirksamt Eimsbüttel	41.966	45.797	45.765	6.568	7.331	7.303
		-	-	-	220	220	220
01.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	49.966	54.123	54.144	7.040	7.905	7.882
		-	-	-	-	128	128
01.6	Bezirksamt Wandsbek	56.886	62.903	63.031	7.718	9.052	8.885
		-	-	-	200	200	200
01.7	Bezirksamt Bergedorf	22.358	26.874	26.883	3.089	3.864	3.850
		-	-	-	129	125	125
01.8	Bezirksamt Harburg	43.085	47.187	47.164	5.621	6.188	6.127
		-	-	-	-	-	-
02.0	Justizbehörde	310.806	311.168	311.593	119.658	128.616	128.616
		-	-	-	-	25	-
03.1	Behörde für Bildung und Sport	1.266.407	1.105.521	1.123.166	175.145	157.386	158.301
		-	-	-	13.522	11.212	11.212
03.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	51.096	56.413	58.665	3.138	3.193	3.182
		-	-	-	-	-	-
03.3	Kulturbehörde	10.841	12.415	12.534	6.405	6.478	6.478
		-	-	-	682	1.166	1.047
04.0	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	109.418	104.301	105.270	39.170	28.160	28.232
		-	-	-	450	370	370
06.0	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	130.674	102.927	104.437	110.685	127.622	127.172
		-	-	-	27.404	41.017	40.068
07.0	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	116.698	34.981	35.305	31.756	8.328	8.313
		-	-	-	12.334	510	510
08.1	Behörde für Inneres	730.988	749.109	750.607	101.877	105.059	106.519
		-	-	-	7.420	7.110	6.340
09.1	Finanzbehörde	236.878	239.225	239.524	51.048	58.770	60.333
		-	-	-	325	4.810	1.310
09.2	Allgemeine Finanzverwaltung	128.644	151.079	187.181	19.748	22.841	24.091
		-	-	-	500	700	700
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	3.485.524	3.294.052	3.357.136	717.498	714.509	720.087
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		191.472-	128.388-		2.989-	2.589 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	63.951	69.377	63.014
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		5.426 +	937--

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Epl. Nr.
7	8	9	10	11	12	
4.088	4.058	4.142	-	-	-	01.0
-	-	-	-	-	-	
25.893	25.630	25.528	-	-	-	01.1
624	520	520	-	-	-	
583	570	570	-	-	-	01.2
-	-	-	-	-	-	
620	609	609	-	-	-	01.3
75	75	75	-	-	-	
578	583	583	-	-	-	01.4
44	44	44	-	-	-	
20.289	20.770	20.698	-	-	-	01.5
-	202	202	-	-	-	
1.055	1.044	1.044	-	-	-	01.6
250	250	250	-	-	-	
452	465	465	-	-	-	01.7
33	40	40	-	-	-	
1.986	2.089	2.089	-	-	-	01.8
-	-	-	-	-	-	
10.935	10.971	10.971	-	-	-	02.0
-	-	-	-	-	-	
141.459	380.698	385.918	-	-	-	03.1
25.780	27.566	27.442	-	-	-	
603.177	608.976	610.355	-	-	-	03.2
-	3.130	1.930	-	-	-	
163.867	165.579	166.473	-	-	-	03.3
67.907	71.669	71.169	-	-	-	
1.881.257	2.003.495	1.999.346	917	832	832	04.0
19.293	18.840	18.840	-	-	-	
294.873	259.806	249.665	101.364	84.082	95.893	06.0
99.261	101.971	102.081	-	-	-	
96.741	93.699	93.230	587	280	260	07.0
17.132	33.021	32.026	250	-	-	
48.462	49.859	49.201	-	-	-	08.1
3.626	3.896	3.896	-	-	-	
27.074	29.059	29.205	-	-	-	09.1
25	25	25	-	-	-	
468.920	508.666	616.444	1.071.878	960.119	1.027.722	09.2
12.554	76.506	91.277	-	-	-	
3.792.309	4.166.626	4.266.536	1.080.573	967.701	1.035.115	Ges. Aus.
			94.173 H	77.612 H	89.592 H	
	374.317 +	474.227 +		112.872-	45.458-	+/-
				16.561-- H	4.581-- H	
246.604	337.755	349.817	-	-	-	Ges. VE
			250 H	- H	- H	
	91.151 +	103.213 +		-	-	+/-
				250-- H	250-- H	

EINZELPLAN		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		13	14	15	16	17	18
01.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	- -	- -	- -	34.279 -	35.872 -	37.414 -
01.1	Senat und Senatsämter	8.438 3.750	3.600 3.600	3.600 4.000	90.833 4.956	87.487 5.721	88.882 5.121
01.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	- -	- -	- -	69.541 -	74.536 -	74.444 -
01.3	Bezirksamt Altona	- -	- -	- -	52.614 258	60.317 258	60.379 258
01.4	Bezirksamt Eimsbüttel	- -	- -	- -	49.112 264	53.711 264	53.651 264
01.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	- -	- -	- -	77.295 -	82.798 330	82.724 330
01.6	Bezirksamt Wandsbek	- -	- -	- -	65.659 450	72.999 450	72.960 450
01.7	Bezirksamt Bergedorf	- -	- -	- -	25.899 162	31.203 165	31.198 165
01.8	Bezirksamt Harburg	- -	- -	- -	50.692 -	55.464 -	55.380 -
02.0	Justizbehörde	- -	- -	- -	441.399 -	450.755 25	451.180 -
03.1	Behörde für Bildung und Sport	- -	2.500- -	2.500- -	1.583.011 39.302	1.641.105 38.778	1.664.885 38.654
03.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	5.252 -	3.049 -	3.796 -	662.663 -	671.631 3.130	675.998 1.930
03.3	Kulturbehörde	- -	- -	- -	181.113 68.589	184.472 72.835	185.485 72.216
04.0	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	240 -	190 -	190 -	2.031.002 19.743	2.136.978 19.210	2.133.870 19.210
06.0	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	- -	- -	- -	637.596 126.665	574.437 142.988	577.167 142.149
07.0	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	- -	1.564- -	1.018- -	245.782 29.716	135.724 33.531	136.090 32.536
08.1	Behörde für Inneres	- -	- -	- -	881.327 11.046	904.027 11.006	906.327 10.236
09.1	Finanzbehörde	200 -	1.500 2.100	2.100 2.100	315.200 350	328.554 6.935	331.162 3.435
09.2	Allgemeine Finanzverwaltung	85.382 15.000	32.771 15.000	35.030 15.000	1.774.572 28.054	1.675.476 92.206	1.890.468 106.977
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	99.512	37.046	41.198	9.269.589	9.257.546	9.509.664
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		62.466-	58.314-		12.043-	240.075 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	18.750	20.700	21.100	329.555	427.832	433.931
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		1.950 +	2.350 +		98.277 +	104.376 +

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Epl. Nr.
19	20	21	22	23	24	
293	444	211	34.572	36.316	37.625	01.0
-	-	-	-	-	-	
2.262	7.713	7.713	93.095	95.200	96.595	01.1
3.800	2.000	2.000	8.756	7.721	7.121	
210	417	409	69.751	74.953	74.853	01.2
216	409	433	216	409	433	
185	567	383	52.799	60.884	60.762	01.3
159	383	404	417	641	662	
81	284	280	49.193	53.995	53.931	01.4
90	282	290	354	546	554	
91	295	290	77.386	83.093	83.014	01.5
45	290	300	45	620	630	
127	333	326	65.786	73.332	73.286	01.6
142	326	329	592	776	779	
90	294	289	25.989	31.497	31.487	01.7
100	289	299	262	454	464	
112	309	312	50.804	55.773	55.692	01.8
116	312	323	116	312	323	
13.392	11.181	9.665	454.791	461.936	460.845	02.0
10.510	9.665	8.461	10.510	9.690	8.461	
119.327	116.500	107.845	1.702.338	1.757.605	1.772.730	03.1
244.651	231.002	229.218	283.953	269.780	267.872	
155.376	175.508	170.264	818.039	847.139	846.262	03.2
298.124	334.777	241.524	298.124	337.907	243.454	
15.017	21.006	11.793	196.130	205.478	197.278	03.3
23.842	9.575	9.575	92.431	82.410	81.791	
140.616	139.593	141.449	2.171.618	2.276.571	2.275.319	04.0
155.605	154.592	154.403	175.348	173.802	173.613	
233.691	318.779	313.203	871.287	893.216	890.370	06.0
793.326	639.254	604.674	919.991	782.242	746.823	
121.803	220.822	208.350	367.585	356.546	344.440	07.0
141.148	315.175	258.370	170.864	348.706	290.906	
24.561	31.350	33.410	905.888	935.377	939.737	08.1
62.616	31.339	23.916	73.662	42.345	34.152	
3.856	4.359	4.537	319.056	332.913	335.699	09.1
3.157	3.570	3.680	3.507	10.505	7.115	
201.465	99.159	145.993	1.976.037	1.774.635	2.036.461	09.2
31.500	30.000	30.000	59.554	122.206	136.977	
537.014 B	383.223 B	418.899 B	10.302.144	10.406.459	10.666.386	Ges. Aus.
495.541	765.690	737.823				
	153.791-B	118.115-B		104.315 +	364.242 +	+/-
	270.149 +	242.282 +				
636.946 B	493.063 B	488.011 B	2.098.702	2.191.072	2.002.130	Ges. VE
1.132.201	1.270.177	1.080.188				
	143.883-B	148.935-B		92.370+	96.572-	+/-
	137.976 +	52.013--				

Finanzierungsübersicht Finanzplan 2006-2010

Bezeichnung		Haushalts- plan	Haushaltsplan- Entwurf		Finanzplanung	
		2006	2007	2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6	7
1 Bereinigte Gesamteinnahmen						
1.1	Gesamteinnahmen	10.742,8	10.406,5	10.666,4	10.934	11.152
	abzüglich					
1.2	Einnahmen vom Kreditmarkt (netto)	600,0	550,0	500,0	450,0	400,0
1.3	Entnahmen aus Rücklagen / Stöcken	40,0	299,2	244,0	80,0	80,0
1.4	Haushaltstechnische Verrechnungen	9,9	8,4	8,4	8	8
1.5	Mobilisierung von Vermögenspositionen	175,2	142,4	238,5	447	312
1.6	Bereinigte Gesamteinnahmen	9.917,7	9.406,4	9.675,5	9.948	10.352
	- Abgrenzung Finanzplanungsrat -					
1.7	abzüglich Finanzausgleich	630,0	440,0	490,0	530	570
1.8	Bereinigte Gesamteinnahmen	9.287,7	8.966,4	9.185,5	9.418	9.782
2 Bereinigte Gesamtausgaben						
2.1	Gesamtausgaben	10.742,8	10.406,5	10.666,4	10.934	11.152
	abzüglich					
2.2	Zuführung an Rücklagen	212,3	12,7	11,8	18	18
2.3	Haushaltstechnische Verrechnungen	0,0	0,0	0,0	0	0
2.4	Deckung von Fehlbeträgen	0,0	0,0	0,0	0	0
2.5	Bereinigte Gesamtausgaben	10.530,5	10.393,8	10.654,6	10.916	11.134
	- Abgrenzung Finanzplanungsrat -					
2.6	abzüglich Finanzausgleich	630,0	440,0	490,0	530	570
2.7	Bereinigte Gesamtausgaben	9.900,5	9.953,8	10.164,6	10.386	10.564
3	Finanzierungssaldo (Zeile 1.8 ./ Zeile 2.7) nachrichtlich:	-612,8	-987,4	-979,1	-968	-782
4	Finanzierungssaldo im Betriebshaushalt	282,1	27,5	60,3	56	253

Kreditfinanzierungsplan

Bezeichnung		Haushalts- Ergebnis	Haushaltsplan- Entwurf		Finanzplanung	
		2006	2007	2008	2009	2010
1	2	3	4	5	6	7
1 Kredite am Kreditmarkt						
1.1	Aufnahme von Kreditmarktmitteln	2.821,1	3.083,0	2.747,4	2.660	2.833
1.2	Tilgung von Kreditmarktmitteln	2.221,1	2.533,0	2.247,4	2.210	2.433
	(Anschlussfinanzierung)					
	Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt	600,0	550,0	500,0	450	400
2 Schuldenaufnahme aus dem öffentlichen Bereich						
2.1	Aufnahme von Darlehen ^{a)}	2,2	0,6	0,4	0,3	0,2
2.2	Tilgung von Darlehen	8,5	11,9	11,9	13	11
2.3	Netto-Kreditaufnahme öffentl. Bereich	-6,3	-11,3	-11,4	-12	-11

a) ohne Bundesmittel für BAföG

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen

Gliederung der Ausgaben (Verpflichtungsermächtigungen)
nach Gruppen

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel			
01	Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage			
011	Lohnsteuer test	1.735.000	1.649.000	1.694.900
012	Veranlagte Einkommensteuer	490.000	433.500	473.500
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	327.000	280.000	289.600
014	Körperschaftssteuer	504.000	620.000	610.100
015-016	Umsatzsteuer / Einfuhrumsatzsteuer	1.143.000	1.270.000	1.303.400
017	Gewerbesteuerumlage	160.000	220.000	224.600
018	Zinsabschlag	160.000	107.800	109.300
01	Summe Obergruppe 01	4.519.000	4.580.300	4.705.400
05	Landessteuern			
051	Vermögensteuer	0	0	0
054	Kraftfahrzeugsteuer	139.000	150.000	148.400
06	Landessteuern			
069	Sonstige Landessteuern (Gruppen 052, 053, 055-069)	466.000	463.000	472.800
05-06	Summe Obergruppen 05-06	605.000	613.000	621.200
07	Gemeindesteuern			
071	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	784.000	735.000	765.300
072-073	Grundsteuer	392.000	396.000	402.700
075	Gewerbesteuer	1.476.000	1.800.000	1.838.000
077	Gewerbesteuerumlage	210.000-	280.000-	285.900-
078	Gemeindeanteil am Zinsabschlag	44.000	29.400	29.800
08	Gemeindesteuern			
081	Vergnügungsteuer für die Vorführung von Bildstreifen	0	0	0
082	Sonstige Vergnügungsteuern (z.B.Spielgerätesteuern)	10.000	68.000-	12.000

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
084	Getränkesteuer	0	0	0
086	Schankerlaubnissteuer	0	0	0
087	Jagd- und Fischereisteuer	0	0	0
089	Sonstige Gemeindesteuern (Gruppen 076, 083, 089)	110.000	125.000	128.100
07-08	Summe Obergruppen 07-08	2.606.000	2.737.400	2.890.000
01-08	Einnahmen aus Steuern (Obergruppen 01 - 08)	7.730.000	7.930.700	8.216.600
09	Steuerähnliche Abgaben			
093	Abgaben von Spielbanken	60.000	48.000	48.000
099	Sonstige steuerähnliche Abgaben	5.061	1.800	1.800
09	Summe Obergruppe 09	65.061	49.800	49.800
0	Summe Hauptgruppe 0	7.795.061	7.980.500	8.266.400
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			
11	Lohnsteuer			
111	Gebühren, sonstige Entgelte	279.228	292.808	291.733
112	Geldstrafen und Geldbußen	52.709	54.669	54.669
119	Sonstige Verwaltungseinnahmen	60.248	19.734	19.718
11	Summe Obergruppe 11	392.185	367.211	366.120
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)			
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	32.626	39.500	42.890
122	Konzessionsabgaben	123.395	128.316	128.354
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto und Toto	49.300	49.400	49.400
124	Mieten und Pachten	111.793	56.664	56.477
125	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3.152	2.541	2.544
129	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen	926	880	880
12	Summe Obergruppe 12	321.192	277.301	280.545

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen			
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	2.740	14.750	12.308
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	534	655	644
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	0	0	0
134	Kapitalrückzahlungen	53.171	5.400	5.400
13	Summe Obergruppe 13	56.445	20.805	18.352
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen			
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	320	650	650
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland	0	0	0
14	Summe Obergruppe 14	320	650	650
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich			
151	Zinseinnahmen vom Bund	0	0	0
152	Zinseinnahmen von Ländern	0	0	0
153	Zinseinnahmen von den Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
154	Zinseinnahmen von Sondervermögen	0	0	0
156	Zinseinnahmen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
157	Zinseinnahmen von Zweckverbänden	0	0	0
15	Summe Obergruppe 15	0	0	0
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen			
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	40.939	4.900	4.900
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	9.239	10.278	10.265
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	0	0	0
16	Summe Obergruppe 16	50.178	15.178	15.165
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich			
171	Darlehensrückflüsse vom Bund	0	0	0

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
172	Darlehensrückflüsse von Ländern	0	0	0
173	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
174	Darlehensrückflüsse von Sondervermögen	0	0	0
176	Darlehensrückflüsse von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
177	Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden	0	0	0
17	Summe Obergruppe 17	0	0	0
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen			
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	74.082	50	6.441
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	12.451	10.116	9.597
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	0	0	0
18	Summe Obergruppe 18	86.533	10.166	16.038
1	Summe Hauptgruppe 1	906.853	691.311	696.870
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich			
211	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	0	0	0
212	Allgemeine Zuweisungen von Ländern	0	0	0
213	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
214	Allgemeine Zuweisungen von Sondervermögen	0	0	0
216	Allgemeine Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
217	Allgemeine Zuweisungen von Zweckverbänden	0	0	0
21	Summe Obergruppe 21	0	0	0
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich			
221	Schuldendiensthilfen vom Bund	0	0	0
222	Schuldendiensthilfen von Ländern	0	0	0
223	Schuldendiensthilfen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
224	Schuldendiensthilfen von Sondervermögen	0	0	0
226	Schuldendiensthilfen von Sozialversicherungs- trägern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
227	Schuldendiensthilfen von Zweckverbänden	0	0	0
22	Summe Obergruppe 22	0	0	0
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich			
231	Sonstige Zuweisungen vom Bund	401.839	443.351	442.036
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern	41.009	36.326	35.696
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeinde- verbänden	12.113	11.029	11.029
234	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen	10.260	8.200	8.200
235	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungs- trägern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
236	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	21.056	26.084	25.084
237	Sonstige Zuweisungen von Zweckverbänden	0	0	0
23	Summe Obergruppe 23	486.277	524.990	522.045
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen			
261	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	19.567	21.471	21.330
266	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwal- tungsausgaben aus dem Ausland (sow. nicht v.d. EU)	0	0	0
26	Summe Obergruppe 26	19.567	21.471	21.330
27	Zuschüsse von der EU			
271	Erstattungen von der EU	0	0	0
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	0	212	0
27	Summe Obergruppe 27	0	212	0
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen			
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	38.591	45.177	45.058
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	11.092	8.687	6.491
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	0	0	0

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	0	0	0
28	Summe Obergruppe 28	49.683	53.864	51.549
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen			
291	Vermögensübertragungen vom Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0	0
292	Vermögensübertragungen von den Ländern, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0	0
293	Vermögensübertragungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0	0
297	Vermögensübertragungen von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0	0
298	Vermögensübertragungen von sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0	0
299	Vermögensübertragungen aus dem Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0	0
29	Summe Obergruppe 29	0	0	0
2	Summe Hauptgruppe 2	555.527	600.537	594.924
09, 1, 2	Übrige laufende Einnahmen (Obergruppe 09, Hauptgruppen 1 und 2)	1.527.441	1.341.648	1.341.594
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u Zuschüssen f. Investit, besond. Finanzierungseinn.			
31	Schuldenaufnahmen b.Gebietskörperschaften, Sondervermögen u.gebietskörperschaftl. Zusammenschlüssen			
311	Schuldenaufnahmen beim Bund	17.769	17.643	17.443
312	Schuldenaufnahmen bei Ländern	0	0	0
313	Schuldenaufnahmen bei Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
314	Schuldenaufnahmen bei Sondervermögen	0	0	0
317	Schuldenaufnahmen bei Zweckverbänden	0	0	0
31	Summe Obergruppe 31	17.769	17.643	17.443
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt			
321	Schuldenaufnahmen bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	0	0	0
322	Schuldenaufnahmen bei Sozialversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	650.000	550.000	500.000
326	Schuldenaufnahmen im Ausland	0	0	0

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
32	<i>Summe Obergruppe 32</i>	650.000	550.000	500.000
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich			
331	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	132.225	103.615	90.184
332	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	1.506	613	467
333	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
334	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen	0	0	0
336	Zuweisungen für Investitionen von Sozialversicherungsträgern sowie v. d. Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
337	Zuweisungen für Investitionen von Zweckverbänden	0	0	0
33	<i>Summe Obergruppe 33</i>	133.731	104.228	90.651
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen			
341	Beiträge	7.307	12.207	9.207
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	0	0
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	0	0	0
347	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	0	0	0
34	<i>Summe Obergruppe 34</i>	7.307	12.207	9.207
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken			
351	Einnahmen aus der Ausgleichsrücklage	0	0	0
352	Einnahmen aus der Betriebsmittelrücklage	0	0	0
353	Einnahmen aus der Schuldendienstrücklage	0	0	0
354	Einnahmen aus der Bürgschaftssicherungsrücklage	0	0	0
355	Einnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage	0	0	0
356	Einnahmen aus Fonds und Stöcken	40.000	80.000	80.000
359	Sonstige	0	233.642	175.908
35	<i>Summe Obergruppe 35</i>	40.000	313.642	255.908
36	Entnahmen aus Überschüssen der Vorjahre			

Gliederung der Einnahmen nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
361	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0	0	0
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen			
371	Globale Mehreinnahmen	186.009	128.000	226.591
372	Globale Mindereinnahmen	0	0	0
37	Summe Obergruppe 37	186.009	128.000	226.591
38	Haushaltstechnische Verrechnungen			
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln	9.700	8.200	8.200
382	Durchlaufende Posten	0	0	0
389	Sonstige haushaltstechnische Verrechnungen	187	191	192
38	Summe Obergruppe 38	9.887	8.391	8.392
3	Summe Hauptgruppe 3	1.044.703	1.134.111	1.108.192
0, 1, 2, 3	Gesamteinnahmen	10.302.144	10.406.459	10.666.386

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
4	Personalausgaben			
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige			
411	Aufwendungen für Abgeordnete	11.386	11.544	13.335
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	2.045	1.584	2.330
41	Summe Obergruppe 41	13.431	13.128	15.665
42	Bezüge und Nebenleistungen			
421	Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	2.006	2.006	2.006
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.480.768	1.381.897	1.383.373
424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	8.626	8.626	8.626
425	Vergütungen der Angestellten	630.394	582.433	582.037
426	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	59.351	59.329	59.174
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	9.203	9.209	9.209
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	108.256	11.988	11.801
42	Summe Obergruppe 42	2.298.604	2.055.488	2.056.226
43	Versorgungsbezüge und dgl.			
431	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	3.064	3.064	3.064
432	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	805.563	821.219	840.607
434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	16.300	16.100	18.600
435	Versorgungsbezüge der Angestellten	78.933	80.087	80.194
436	Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	9.152	10.423	10.448
439	Sonstige Versorgungsbezüge	28	88	88
43	Summe Obergruppe 43	913.040	930.981	953.001
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.			
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	65.419	62.670	64.550
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	16.315	16.310	16.310

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und dgl.	91.846	98.205	100.514
44	Summe Obergruppe 44	173.580	177.185	181.374
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben			
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u. Gemeinschaftsveranstaltungen sowie f. soz. Einrichtungen	0	0	0
452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger (soweit nicht unter Obergr. 41 bis 44)	4.500	8.000	8.000
453	Trennungsschädigungen, Umzugskostenvergütungen	256	256	256
459	Sonstige personalbezogene Ausgaben (soweit nicht bei den Gruppen 451-453)	2.150	2.094	2.094
45	Summe Obergruppe 45	6.906	10.350	10.350
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben			
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	85.217	108.320	141.920
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	5.254-	1.400-	1.400-
46	Summe Obergruppe 46	79.963	106.920	140.520
4	Summe Hauptgruppe 4	3.485.524	3.294.052	3.357.136
5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			
51	Sächliche Verwaltungsausgaben			
511	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausrüst.-u. Ausrüstungsgegenst., s. Gebrauchsgegenst.	42.477	42.262	41.675
514	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	1.653VE 12.536	1.330VE 15.090	560VE 14.999
517	Bewirtschaftung der Grundstücke	400VE 135.464	400VE 140.877	400VE 142.292
518	Mieten und Pachten	120.633	123.212	123.594
519	Unterhaltung der Grundstücke	4.495VE 59.932	4.515VE 51.410	4.515VE 51.413
52	Sächliche Verwaltungsausgaben	14.072VE	11.926VE	11.926VE
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	35.253	47.702	47.734
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	10.889VE 136	15.262VE 261	13.762VE 261
525	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	30.158	139VE 24.757	20VE 24.504
		39VE	24VE	24VE

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	65.181	77.992	79.246
		2.959VE	6.978VE	3.682VE
527	Dienstreisen	1.196	1.336	1.335
529	Verfügungsmittel	743	1.743	1.743
53	Sächliche Verwaltungsausgaben			
531	Veröffentlichungen	1.756	1.910	2.031
		60VE	50VE	50VE
532	Steuern, Abgaben und Versicherungen	19.017	16.732	16.732
533	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	5.621	5.340	5.290
54	Sächliche Verwaltungsausgaben			
534-546	Sonstiges	161.010	148.246	150.105
		27.225VE	27.675VE	26.997VE
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	10.232	8.304	8.287
		2.159VE	1.078VE	1.078VE
548	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	27.228	13.931	15.442
549	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	11.075-	6.596-	6.596-
51-54	Summe Obergruppen 51-54	717.498	714.509	720.087
		63.951VE	69.377VE	63.014VE
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse			
561	Zinsausgaben an Bund	9.299	11.077	10.933
562	Zinsausgaben an Länder	0	0	0
563	Zinsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
564	Zinsausgaben an Sondervermögen	0	0	0
567	Zinsausgaben an Zweckverbände	0	0	0
56	Summe Obergruppe 56	9.299	11.077	10.933
57	Zinsausgaben am Kreditmarkt			
571	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	13.695	12.582	12.393
572	Zinsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
573	Zinsausgaben für Ausgleichsforderungen	0	0	0
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	1.049.082	932.119	999.937

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
576	Zinsausgaben an Ausland	0	0	0
57	Summe Obergruppe 57	1.062.777	944.701	1.012.330
56-57	Zinsausgaben insgesamt (Obergruppen 56-57)	1.072.076	955.778	1.023.263
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüsse			
581	Tilgungsausgaben an Bund	7.916	11.342	11.271
582	Tilgungsausgaben an Länder	0	0	0
583	Tilgungsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
584	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	0	0	0
587	Tilgungsausgaben an Zweckverbände	0	0	0
58	Summe Obergruppe 58	7.916	11.342	11.271
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt			
591	Tilgungsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	0	0	0
592	Tilgungsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
593	Tilgungsausgaben für Ausgleichsforderungen	0	0	0
595	Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	581	581	581
596	Tilgungsausgaben an Ausland	0	0	0
59	Summe Obergruppe 59	581	581	581
5	Summe Hauptgruppe 5	1.798.071	1.682.210	1.755.202
		63.951VE	69.377VE	63.014VE
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich			
611	Allgemeine Zuweisungen an Bund	0	0	0
612	Allgemeine Zuweisungen an Länder	430.000	440.000	490.000
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
614	Allgemeine Zuweisungen an Sondervermögen	0	0	0
616	Allgemeine Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
617	träger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit Allgemeine Zuweisungen an Zweckverbände	0	0	0
61	Summe Obergruppe 61	430.000	440.000	490.000
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich			
621	Schuldendiensthilfen an Bund	0	0	0
622	Schuldendiensthilfen an Länder	0	0	0
623	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeinde- verbände	0	0	0
624	Schuldendiensthilfen an Sondervermögen	0	0	0
626	Schuldendiensthilfen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
627	Schuldendiensthilfen an Zweckverbände	0	0	0
62	Summe Obergruppe 62	0	0	0
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich			
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	5.856	11.979	11.785
		1.250VE	1.250VE	1.250VE
632	Sonstige Zuweisungen an Länder	63.707	65.716	65.710
		2.635VE	2.715VE	2.715VE
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeinde- verbände	11.797	11.515	11.515
		26VE	26VE	26VE
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	1.300	1.100	1.100
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	2.486	24.685	24.685
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	173	15.000VE 173	15.000VE 173
63	Summe Obergruppe 63	85.319	115.168	114.968
		3.911VE	18.991VE	18.991VE
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche			
661	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	75.000	66.000	74.000
662	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	587	280	260
		250VE		
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	18.586	11.332	15.332
664	Schuldendiensthilfen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
666	Schuldendiensthilfen an Ausland	0	0	0

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
66	Summe Obergruppe 66	94.173	77.612	89.592
		250VE		
67	Erstattungen für laufende Zwecke an sonstige Bereiche			
671	Erstattungen an Inland	956.998	1.234.769	1.218.566
		15.175VE	17.490VE	17.490VE
676	Erstattungen an Ausland	0	0	0
67	Summe Obergruppe 67	956.998	1.234.769	1.218.566
		15.175VE	17.490VE	17.490VE
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche			
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	983.220	1.020.735	1.033.654
		5.482VE	4.404VE	4.390VE
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661 und 687)	537.675	567.194	624.675
		174.289VE	245.002VE	259.273VE
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	57.462	14.350	13.925
		6.775VE	6.949VE	6.454VE
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	207.355	223.383	229.525
		3.503VE	4.532VE	4.142VE
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	476.325	481.704	481.898
		24.042VE	23.723VE	23.613VE
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	57.707	69.323	59.325
		13.427VE	16.664VE	15.464VE
687	Zuschüsse für laufende Zwecke an Ausland (soweit nicht an die EU)	248	0	0
688	Abführung der Eigenmittel an die EU	0	0	0
68	Summe Obergruppe 68	2.319.992	2.376.689	2.443.002
		227.518VE	301.274VE	313.336VE
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen			
691	Vermögensübertragungen an Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0	0
692	Vermögensübertragungen an Länder, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0	0
693	Vermögensübertragungen an Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit nicht Investitionszuweisungen	0	0	0
697	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0	0
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0	0
699	Vermögensübertragungen an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0	0
69	Summe Obergruppe 69	0	0	0
6	Summe Hauptgruppe 6	3.886.482	4.244.238	4.356.128
		246.854 VE	337.755 VE	349.817 VE

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
5, 6	<i>Sach- und Fachausgaben insgesamt</i>	246.854VE	337.755VE	349.817VE
	<i>(Hauptgr. 5 u. 6 ohne Obergr. 56-59, 61, 62 u. 66)</i>	4.079.807	4.441.135	4.496.623
	<i>Schuldendienst und -hilfen insgesamt</i>	310.555VE	407.132VE	412.831VE
		1.174.746	1.045.313	1.124.707
56-59, 62, 66	<i>(Obergruppen 56-59, 62 und 66)</i>	250VE		
62, 66	<i>Schuldendiensthilfen insgesamt</i>	94.173	77.612	89.592
	<i>(Obergruppen 62 und 66)</i>	250VE		
7	Baumaßnahmen			
701-739	Hochbau	217.545	123.564	114.920
		394.475VE	229.992VE	225.808VE
741-789	Tiefbau	136.132	180.712	177.132
		205.821VE	234.992VE	235.574VE
791-799	Andere Baumaßnahmen	183.337	78.947	126.847
		36.650VE	28.079VE	26.629VE
7	<i>Summe Hauptgruppe 7</i>	537.014	383.223	418.899
		636.946VE	493.063VE	488.011VE
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
81	Erwerb von beweglichen Sachen			
811	Erwerb von Fahrzeugen	14.648	11.725	12.349
		13.778VE	11.339VE	13.903VE
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	81.545	80.182	83.233
		80.724VE	76.088VE	67.718VE
81	<i>Summe Obergruppe 81</i>	96.193	91.907	95.582
		94.502VE	87.427VE	81.621VE
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen			
821	Grunderwerb	13.467	30.414	22.213
		24.654VE	20.813VE	20.582VE
823	Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen	9.145	8.000	8.060
		22.612	38.414	30.273
82	<i>Summe Obergruppe 82</i>	22.612	38.414	30.273
		24.654VE	20.813VE	20.582VE
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.			
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	18	0	0
		0	0	0
836	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Ausland	0	0	0
		18	0	0
83	<i>Summe Obergruppe 83</i>	18	0	0
85	Darlehen an öffentlichen Bereich			

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
851	Darlehen an Bund	0	0	0
852	Darlehen an Länder	0	0	0
853	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
854	Darlehen an Sondervermögen	0	0	0
856	Darlehen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
857	Darlehen an Zweckverbände	0	0	0
85	Summe Obergruppe 85	0	0	0
86	Darlehen an sonstige Bereiche			
861	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	0	200	200
		260VE	256VE	256VE
862	Darlehen an private Unternehmen	70	70	70
		70VE	70VE	70VE
863	Darlehen an Sonstige im Inland	44.468	43.722	43.522
866	Darlehen an Ausland	0	0	0
86	Summe Obergruppe 86	44.538	43.992	43.792
		330VE	326VE	326VE
87	Inanspruchnahme von Gewährleistungen			
871	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	0	0	0
87	Summe Obergruppe 87	0	0	0
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich			
881	Zuweisungen für Investitionen an Bund	3.560	5.566	5.259
		8.650VE	9.250VE	9.250VE
882	Zuweisungen für Investitionen an Länder	1.619	2.000	2.000
		3.800VE	2.000VE	2.000VE
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
884	Zuweis. f. Invest. an Sonderverm., Landesbetr. u. netto-veransch. Betr. o. untern. Aufgabenstellung	0	0	0
886	Zuweisungen für Investitionen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0	0	0
88	Summe Obergruppe 88	5.179	7.566	7.259
		12.450VE	11.250VE	11.250VE
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche			

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	119.726	337.452	332.764
		707.336VE	812.392VE	652.496VE
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	15.034	30.180	28.201
		14.969VE	47.026VE	45.096VE
893	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	151.698	185.974	169.850
		218.534VE	222.808VE	217.207VE
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	40.543	30.205	30.102
		59.426VE	68.135VE	51.610VE
896	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	0	0	0
89	Summe Obergruppe 89	327.001	583.811	560.917
		1.000.265VE	1.150.361VE	966.409VE
8	Summe Hauptgruppe 8	495.541	765.690	737.823
		1.132.201VE	1.270.177VE	1.080.188VE
7, 8	Investitionsausgaben (Hauptgruppen 7-8)	1.032.555	1.148.913	1.156.722
		1.769.147VE	1.763.240VE	1.568.199VE
9	Besondere Finanzierungsausgaben			
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke			
911	Zuführungen an Ausgleichsrücklage	0	0	0
912	Zuführungen an Betriebsmittelrücklage	0	0	0
913	Zuführungen an Schuldendienstrücklage	1.420	4.450	3.550
914	Zuführungen an Bürgschaftssicherungsrücklage	0	0	0
915	Zuführungen an Konjunkturausgleichsrücklage	0	0	0
916	Zuführungen an Fonds und Stöcke	9.700	8.200	8.200
919	Zuführungen an sonstige Vermögensbestände	0	0	0
91	Summe Obergruppe 91	11.120	12.650	11.750
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren			
961	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0	0	0
97	Globale Mehr- und Minderausgaben			
971	Globale Mehrausgaben	154.024	76.332	79.766
		19.750VE	22.700VE	23.100VE
972	Globale Minderausgaben	65.632-	51.936-	50.318-
		1.000-VE	2.000-VE	2.000-VE
97	Summe Obergruppe 97	88.392	24.396	29.448
		18.750VE	20.700VE	21.100VE

Gliederung der Ausgaben nach Gruppen - in Tsd. EUR -
(2. Zeile: Verpflichtungsermächtigung)

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	18.750VE	20.700VE	21.100VE
981-989	Haushaltstechnischer Verrechnungen	0	0	0
9	Summe Hauptgruppe 9	99.512	37.046	41.198
		18.750VE	20.700VE	21.100VE
4-9	Gesamtausgaben	10.302.144	10.406.459	10.666.386
		2.098.702VE	2.191.072VE	2.002.130VE

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen nach **Funktionen/Aufgabenbereichen**

Gliederung der Ausgaben (Verpflichtungsermächtigungen)
nach **Funktionen/Aufgabenbereichen**

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
0	Allgemeine Dienste			
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung			
011	Politische Führung	547	542	543
012	Innere Verwaltung	38.200	41.992	42.488
013	Informationswesen	4	4	4
014	Statistischer Dienst	-	-	-
015	Zivildienst	-	-	-
016	Hochbauverwaltung unter Funkt. 038, 039, 048, 058, 068, 118 und 138	16.155	14.217	14.282
018	Versorgung einschließlich Beihilfen, soweit nicht	19.282	18.618	18.595
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben Summe Oberfunktion 01	1.646 75.834	1.646 77.019	1.646 77.558
02	Auswärtige Angelegenheiten			
021	Auslandsvertretungen	-	-	-
022	Internationale Organisationen	-	-	-
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	-	-	-
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	-	-	-
029	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 02	0	0	0
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung			
042	Polizei	8.515	8.465	7.792

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
043	Öffentliche Ordnung	70.883	70.136	70.123
044	Brandschutz	2.904	2.937	2.937
045	Katastrophenschutz	-	-	-
048	Versorgung einschließlich Beihilfen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	-	-	-
049	Sonstiges	31.755	35.707	35.707
	Summe Oberfunktion 04	114.057	117.245	116.559
05	Rechtsschutz			
051	Verfassungsgerichte	-	-	-
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	132.446	147.483	147.483
053	Verwaltungsgerichte	-	-	-
054	Arbeits- und Sozialgerichte	2.739	3.539	3.539
055	Finanzgerichte	-	-	-
056	Justizvollzugsanstalten	4.094	3.243	3.243
058	Versorgung einschließl. Beihilfen für Versorgungs- empfänger im Bereich des Rechtsschutzes	-	-	-
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	-	-	-
	Summe Oberfunktion 05	139.279	154.265	154.265
06	Finanzverwaltung			
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	34.908	33.165	33.165
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	195	469	484

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
068	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger im Bereich der Finanzverwaltung	-	-	-
	Summe Oberfunktion 06	35.103	33.634	33.649
	Summe Hauptfunktion 0	110.779	73.350	118.650
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten			
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen			
111	Unterrichtsverwaltung	183	219	219
112	Grundschulen	-	-	-
113	Hauptschulen	-	-	-
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	6.735	5.619	5.669
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	-	-	-
116	Realschulen	-	-	-
117	Gymnasien, Kollegs	474	565	575
118	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger im Bereich der Schulen	-	-	-
119	Gesamtschulen (Integrierte und additive)	690	643	663
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen			
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	-	-	-
123	Freie Waldorfschulen	-	-	-
124	Sonderschulen	604	753	758
127	Berufliche Schulen	1.024	-	-
129	Sonstige schulische Aufgaben	28.635	23.442	11.755

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
	Summe Oberfunktion 11-12	38.345	31.241	19.639
13	Hochschulen			
131	Universitäten	-	-	-
132	Hochschulkliniken	-	-	-
133	Verwaltungsfachhochschulen	-	-	-
135	Kunsthochschulen	-	-	-
136	Fachhochschulen	-	-	-
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	-	-	-
138	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs- empfänger im Bereich der Hochschulen	-	-	-
139	Sonstige Hochschulaufgaben	41.427	18.700	18.700
	Summe Oberfunktion 13	41.427	18.700	18.700
14	Förderung von Schülern, Studenten und dgl			
141	Fördermaßnahmen für Schüler	8.666	9.947	9.947
142	Fördermaßnahmen für Studierende	40.844	42.113	41.612
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	-	-	-
145	Schülerbeförderung	51	51	51
146	Studentenwohnraumförderung	-	-	-
	Summe Oberfunktion 14	49.561	52.111	51.610
15	Sonstiges Bildungswesen			
151	Förderung der Weiterbildung	70	85	85

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
152	Volkshochschulen	34	34	34
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	-	-	-
154	Einrichtungen der Lehrerbildung	79	95	95
155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung	-	-	-
156	Berufsakademien	-	-	-
	Summe Oberfunktion 15	183	214	214
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen Fachinformationszentren			
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,	26	26	26
163	Wissenschaftliche Museen	-	-	-
	Ländern			
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und	20.530	12.255	12.357
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	1.600	1.600	-
167	Zuschüsse an int. wissenschaftliche Organisationen und zwischenstaatliche Forschungseinrichtungen	-	-	-
168	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Weltraumerkundung und -nutzung	-	-	-
169	Forschung und experimentelle Entwicklung zur industriellen Produktivität und Technologie	-	-	-
17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen			
171	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rat. Nutzung der Energie	-	-	-
172	Forschung u. experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	-	-	-
173	Forschung und experimentelle Entwicklung zum Umweltschutz	-	-	-
174	Forschung und experimentelle Entwicklung zur landwirtschaftlichen Produktivität und Technologie	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
175	Forschung und experimentelle Entwicklung zu gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen	-	-	-
176	Forschung und experimentelle Entwicklung zu Infrastrukturmaßnahmen und Raumgesamtplanung	-	-	-
177	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erkundung und Nutzung der irdischen Umwelt	-	-	-
178	Nicht zielorient. Forschung und sonst. Maßnahmen zur Förd. der Wissenschaft und zivilen Forschung	-	-	-
	Summe Oberfunktion 16-17	22.156	13.881	12.383
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)			
181	Theater	240	240	240
182	Einrichtungen der Musikpflege	-	-	-
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	120	120	120
184	Zoologische und botanische Gärten	-	-	-
185	Musikschulen	3.557	2.951	2.951
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	273	273	273
187	Sonstige Kultureinrichtungen	1.740	1.740	1.740
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	17	24	24
	Summe Oberfunktion 18	5.947	5.348	5.348
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten			
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	-	-	-
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	-	-	-
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	77	77	77

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
195	Denkmalschutz und -pflege	42	42	42
199	Kirchliche Angelegenheiten	-	-	-
	Summe Oberfunktion 19	119	119	119
	Summe Hauptfunktion 1	110.779	73.350	118.650
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung			
21	Verwaltung			
211	Versicherungsbehörden Landeswohlfahrtsverband	105	235	235
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband,	557	1.072	1.072
213	Jugendämter	1	-	-
214	Versorgungsämter	4	4	4
215	Lastenausgleichsverwaltung	-	-	-
216	Wiedergutmachungsbehörden	-	-	-
219	Sonstige Behörden	-	-	-
	Summe Oberfunktion 21	667	1.311	1.311
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung			
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter (nur Bund)	-	-	-
222	Knappschaftsversicherung (nur Bund)	-	-	-
223	Unfallversicherung	-	-	-
224	Krankenversicherung	-	-	-
225	Arbeitslosenversicherung (nur Bund)	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
226	Alterssicherung der Landwirte (nur Bund)	-	-	-
227	Pflegeversicherung	-	-	-
229	Sonstige Sozialversicherungen	-	-	-
	Summe Oberfunktion 22	0	0	0
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä			
231	Kindergeld	-	-	-
232	Elterngeld, Erziehungsgeld und Mutterschutz	-	-	-
233	Wohngeld	37.500	15.010	16.010
234	Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG	46.380	72.249	71.249
235	Soziale Einrichtungen	2.805	306	306
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	-	-	-
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz	16.289	13.101	13.211
	Summe Oberfunktion 23	102.974	100.666	100.776
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen			
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen (nur Bund)	-	-	-
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	-	-	-
243	Lastenausgleich	-	-	-
244	Wiedergutmachung	257	220	142
246	Vertriebene und Spätaussiedler	650	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
247	Kriegsopferfürsorge	11.856	12.888	12.824
249	Sonstiges	1.007	1.034	1.034
	Summe Oberfunktion 24	13.770	14.142	14.000
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz			
251	Grundsicherung für Arbeitsuchende	129.058	144.791	144.791
252	Hilfen für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	-	-	-
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	78	212	-
254	Arbeitsschutz	1.930	911	641
	Summe Oberfunktion 25	131.066	145.914	145.432
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII			
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	21	-	-
	Jugendschutz			
262	Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und	270	227	227
263	Förderung der Erziehung in der Familie	130	50	50
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	-	-	-
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	3.614	3.873	3.873
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	156	151	151
	Summe Oberfunktion 26	4.191	4.301	4.301
27	Einrichtungen der Jugendhilfe			
	Jugendverbandsarbeit			
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und	35	53	53
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
273	Einrichtungen der Familienförderung	779	746	755
274	Tageseinrichtungen für Kinder Eingliederungshilfen	4.442	2.332	136
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung und	6.810	4.927	4.927
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	476	503	503
	Summe Oberfunktion 27	12.542	8.561	6.374
29	Sonstige soziale Angelegenheiten			
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	1.295	1.282	1.315
	Summe Oberfunktion 29	1.295	1.282	1.315
	Summe Hauptfunktion 2	110.779	73.350	118.650
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung			
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens			
311	Gesundheitsbehörden	50	50	50
312	Krankenhäuser und Heilstätten	1.250	1.175	1.075
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	5.570	7.809	5.299
319	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 31	6.870	9.034	6.424
32	Sport und Erholung			
321	Park- und Gartenanlagen	1.442	2.908	2.397
322	Badeanstalten	-	-	-
323	Sportstätten	2.834	573	573

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
324	Förderung des Sports	-	-	-
329	Sonstiges	802	-	-
	Summe Oberfunktion 32	5.078	3.481	2.970
33	Umwelt- und Naturschutz			
330	Umwelt- und Naturschutz	41	31	31
331	Umwelt- und Naturschutzbehörden	10.311	10.100	10.100
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	89	92	92
	Summe Oberfunktion 33	10.441	10.223	10.223
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz			
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	-	-	-
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	-	-	-
	Summe Oberfunktion 34	0	0	0
	Summe Hauptfunktion 3	110.779	73.350	118.650
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste			
41	Wohnungswesen			
411	Förderung des Wohnungsbaues	6.722	6.335	5.210
419	Sonstiges	111	287	287
	Summe Oberfunktion 41	6.833	6.622	5.497
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen			
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
422	Raumordnung und Landesplanung	8.407	10.402	7.402
	Summe Oberfunktion 42	8.407	10.402	7.402
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste			
431	Straßenbeleuchtung	105	105	105
432	Ortsentwässerung	335	246	246
433	Müllbeseitigung und -verwertung	-	-	-
434	Straßenreinigung	-	-	-
439	Sonstiges	12.494	12.342	12.342
	Summe Oberfunktion 43	12.934	12.693	12.693
44	Städtebauförderung			
440	Städtebauförderung	3.338	4.676	5.198
	Summe Oberfunktion 44	3.338	4.676	5.198
	Summe Hauptfunktion 4	110.779	73.350	118.650
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)			
511	Ernährung und Landwirtschaft	371	179	179
512	Forsten	277	868	873
	Summe Oberfunktion 51	648	1.047	1.052
52	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)			
521	Verbesserung der Agrarstruktur	1.082	934	1.010

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
528	EU-Ausrichtungsfonds	-	-	-
529	Sonstiges	1	1	1
	Summe Oberfunktion 52	1.083	935	1.011
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen			
531	EU-Garantiefonds	-	-	-
532	Marktordnungen (einschl. EU)	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-
539	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 53	0	0	0
54	Sonstige Bereiche			
541	Versuchsgüter und -felder	-	-	-
542	Fischerei	-	12	12
549	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 54	0	12	12
	Summe Hauptfunktion 5	110.779	73.350	118.650
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen			
61	Verwaltung			
610	Verwaltung	3.460	3.876	3.876
	Summe Oberfunktion 61	3.460	3.876	3.876
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau			

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
621	Kernenergie	5	5	5
622	Erneuerbare Energieformen	50	45	45
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	5.556	2.178	2.178
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	-	-	-
625	Küstenschutz	18.600	18.600	18.600
626	Erdölversorgung	-	-	-
627	Sonstige Energieversorgung	30	28	26
629	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 62	24.241	20.856	20.854
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe			
631	Kohlenbergbau	-	-	-
632	Sonstiger Bergbau	-	-	-
634	Verarbeitende Industrie	-	-	-
635	Handwerk und Kleingewerbe	-	-	-
638	Baugewerbe	-	-	-
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	-	-	-
	Summe Oberfunktion 63	0	0	0
64	Handel			
641	Handel (allgemein)	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
642	Exportförderung, Auslandsmessen	-	-	-
643	Märkte und Inlandsmessen	-	-	-
649	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 64	0	0	0
68	Sonstige Bereiche			
680	Sonstige Bereiche	5.320	11.850	10.950
	Summe Oberfunktion 68	5.320	11.850	10.950
69	Regionale Fördermaßnahmen			
691	Betriebliche Investitionen	-	-	-
692	Verbesserung der Infrastruktur	-	-	-
699	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 69	0	0	0
	Summe Hauptfunktion 6	110.779	73.350	118.650
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen			
71	Verwaltung			
711	Straßen- und Brückenbau	-	-	-
712	Wasserstraßen und Häfen	-	-	-
719	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 71	0	0	0
72	Straßen			

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
721	Bundesautobahnen	5.469	7.527	7.481
722	Bundesstraßen	-	-	-
723	Landesstraßen	-	-	-
724	Kreisstraßen	-	-	-
725	Gemeindestraßen	27.457	26.692	26.759
729	Sonstiges	3.600	5.000	5.000
	Summe Oberfunktion 72	36.526	39.219	39.240
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt			
731	Wasserstraßen und Häfen	60.491	22.963	22.963
732	Förderung der Schifffahrt	-	-	-
	Summe Oberfunktion 73	60.491	22.963	22.963
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr			
	Personennahverkehr			
741	Maßnahmen für den öffentlichen	138.056	154.747	152.817
749	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 74	138.056	154.747	152.817
75	Luftfahrt			
751	Flugsicherung	-	-	-
759	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 75	0	0	0
77	Nachrichtenwesen			

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
771	Post- und Telekommunikation	-	-	-
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	-	-	-
	Summe Oberfunktion 77	0	0	0
79	Sonstige Bereiche			
790	Sonstige Bereiche	1.120	100	100
	Summe Oberfunktion 79	1.120	100	100
	Summe Hauptfunktion 7	110.779	73.350	118.650
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen			
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	-	-	-
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	532	-	-
	Summe Oberfunktion 81	532	0	0
82	Versorgungsunternehmen			
821	Elektrizitätsunternehmen	88.776	92.932	93.142
822	Gasunternehmen	2.880	2.800	2.800
823	Wasserunternehmen	28.139	27.584	27.412
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	-	-	-
829	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 82	119.795	123.316	123.354
83	Verkehrsunternehmen			

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
831	Straßenverkehrsunternehmen	-	-	-
832	Eisenbahnen	-	-	-
834	Häfen und Umschlag	-	-	-
835	Flughäfen und Luftverkehr	560	269	323
839	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 83	560	269	323
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen			
851	Bergbau	-	-	-
852	Industrielle Unternehmen	-	-	-
853	Banken und Kreditinstitute	17.820	35.869	39.259
854	Wohnungsbauunternehmen	-	-	-
855	Entsorgungsunternehmen (Stadtstaaten)	-	-	-
856	Lotterie, Lotto, Toto	49.322	49.425	49.425
859	Sonstiges	1.556	1.000	1.000
	Summe Oberfunktion 85	68.698	86.294	89.684
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			
871	Allgemeines Grundvermögen	99.436	52.089	52.089
872	Allgemeines Kapitalvermögen	47.204	15.865	15.859
873	Sondervermögen	145.087	8.200	14.591

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Einnahmen nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
	Summe Oberfunktion 87	291.727	76.154	82.539
	Summe Hauptfunktion 8	110.779	73.350	118.650
9	Allgemeine Finanzwirtschaft			
91	Steuern und allgemeine Finanzausgaben			
910	Steuern und allgemeine Finanzausgaben	7.790.350	7.979.000	8.264.900
	Summe Oberfunktion 91	7.790.350	7.979.000	8.264.900
92	Schulden			
920	Schulden	657.827	561.254	511.181
	Summe Oberfunktion 92	657.827	561.254	511.181
95	Rücklagen			
950	Rücklagen	40.000	313.642	255.908
	Summe Oberfunktion 95	40.000	313.642	255.908
96	Sonstiges			
960	Sonstiges	36.640	170.840	170.071
	Summe Oberfunktion 96	36.640	170.840	170.071
98	Globalposten			
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	-	-	-
988	Globale Mehrausgaben / globale Mindereinnahmen	-	-	-
989	Globale Minderausgaben / globale Mehreinnahmen	182.653	3.000	101.591
	Summe Oberfunktion 98	182.653	3.000	101.591
	Summe Hauptfunktion 9	110.779	73.350	118.650
	Gesamteinnahmen	10.302.144	10.406.459	10.666.386

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
0	Allgemeine Dienste			
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung			
011	Politische Führung	69.142 4.889 VE	71.739 5.982 VE	74.553 5.382 VE
012	Innere Verwaltung	482.930 23.404 VE 10 VE	527.670 25.150 VE - VE	527.891 11.139 VE - VE
013	Informationswesen	629	629	629
014	Statistischer Dienst	28.938	26.705	25.578
015	Zivildienst	-	-	-
016	Hochbauverwaltung	18.031 200 VE	16.494 200 VE	16.294 200 VE
	unter Funkt. 038, 039, 048, 058, 068, 118 und 138			
018	Versorgung einschließlich Beihilfen, soweit nicht	273.637	281.039	285.397
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	54.835 30.000 VE	49.714 30.200 VE	48.556 30.200 VE
	Summe Oberfunktion 01	928.142 58.503 VE	973.990 61.532 VE	978.898 46.921 VE
02	Auswärtige Angelegenheiten			
021	Auslandsvertretungen	-	-	-
022	Internationale Organisationen	-	50	-
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	360 304 VE	1.440 220 VE	1.440 220 VE
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	-	-	-
029	Sonstiges	2	2	2
	Summe Oberfunktion 02	362 304 VE	1.492 220 VE	1.442 220 VE
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung			
042	Polizei	436.380 43.767 VE	447.143 18.101 VE	449.837 18.698 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
043	Öffentliche Ordnung	29.968 5.600 VE	24.419 5.600 VE	24.376 5.600 VE
044	Brandschutz	112.002 8.401 VE	114.604 7.770 VE	115.352 9.770 VE
045	Katastrophenschutz	1.747 253 VE	1.709 233 VE	1.727 233 VE
	der öffentlichen Sicherheit und Ordnung			
048	Versorgung einschließlich Beihilfen im Bereich	226.867	240.625	241.970
049	Sonstiges	14.412 126 VE	13.944 186 VE	13.901 166 VE
	Summe Oberfunktion 04	821.376 58.147 VE	842.444 31.890 VE	847.163 34.467 VE
05	Rechtsschutz			
051	Verfassungsgerichte	53	49	44
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	209.994 1.385 VE	218.014 1.129 VE	218.550 1.552 VE
053	Verwaltungsgerichte	-	-	-
054	Arbeits- und Sozialgerichte	27.779	29.636	29.658
055	Finanzgerichte	-	-	-
056	Justizvollzugsanstalten	95.115 9.125 VE	93.371 8.423 VE	91.848 6.709 VE
	empfänger im Bereich des Rechtsschutzes			
058	Versorgung einschließl. Beihilfen für Versorgungs-	85.071	88.292	88.159
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	-	-	-
	Summe Oberfunktion 05	418.012 10.510 VE	429.362 9.552 VE	428.259 8.261 VE
06	Finanzverwaltung			
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	168.501	169.714	170.093
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	27.422 250 VE	30.452 250 VE	30.571 250 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
	empfänger im Bereich der Finanzverwaltung			
068	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs-	54.435	58.159	58.740
	Summe Oberfunktion 06	250.358 250 VE	258.325 250 VE	259.404 250 VE
	Summe Hauptfunktion 0	110.779	73.350	118.650
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,			
	kulturelle Angelegenheiten			
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen			
111	Unterrichtsverwaltung	44.408 102 VE	46.319 102 VE	46.675 102 VE
112	Grundschulen	-	-	-
113	Hauptschulen	-	-	-
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	325.764 5.077 VE	300.261 5.077 VE	299.178 5.077 VE
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	-	-	-
116	Realschulen	-	-	-
117	Gymnasien, Kollegs	191.336 2.515 VE	208.199 2.515 VE	209.295 2.515 VE
118	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs-	344.129	338.490	354.317
119	Gesamtschulen (Integrierte und additive)	179.796 2.520 VE	179.981 2.520 VE	181.372 2.520 VE
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen			
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	-	-	-
123	Freie Waldorfschulen	-	-	-
124	Sonderschulen	87.106 805 VE	93.362 805 VE	94.443 805 VE
127	Berufliche Schulen	173.084 2.410 VE	228.378 6.210 VE	227.876 6.210 VE
129	Sonstige schulische Aufgaben	193.844 237.415 VE	196.416 215.538 VE	195.896 215.968 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
	Summe Oberfunktion 11-12	1.539.467 250.844 VE	1.591.406 232.767 VE	1.609.052 233.197 VE
13	Hochschulen			
131	Universitäten	299.630 40.404 VE	304.745 53.659 VE	304.761 41.427 VE
132	Hochschulkliniken	166.360 205.036 VE	191.158 227.499 VE	191.351 161.331 VE
133	Verwaltungsfachhochschulen	-	-	-
135	Kunsthochschulen	19.832 440 VE	19.052 426 VE	19.052 426 VE
136	Fachhochschulen	68.071 18.582 VE	59.814 14.050 VE	59.828 9.757 VE
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft empfänger im Bereich der Hochschulen	13.565	15.022	15.472
138	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungs-	86.650	89.923	92.439
139	Sonstige Hochschulaufgaben	31.909 29.508 VE	35.684 32.098 VE	33.581 24.825 VE
	Summe Oberfunktion 13	686.017 293.970 VE	715.398 327.732 VE	716.484 237.766 VE
14	Förderung von Schülern, Studenten und dgl			
141	Fördermaßnahmen für Schüler	24.104 307 VE	25.579 76 VE	25.556 62 VE
142	Fördermaßnahmen für Studierende	61.417 141 VE	61.339 227 VE	61.339 227 VE
	Nachwuchs			
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen	818	818	818
145	Schülerbeförderung	4.709 511 VE	6.783 511 VE	6.783 511 VE
146	Studentenwohnraumförderung	532 500 VE	532 500 VE	532 500 VE
	Summe Oberfunktion 14	91.580 1.459 VE	95.051 1.314 VE	95.028 1.300 VE
15	Sonstiges Bildungswesen			
151	Förderung der Weiterbildung	8.383 4.050 VE	7.264 1.888 VE	4.963 1.834 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
152	Volkshochschulen	5.535 500 VE	5.538 500 VE	5.538 500 VE
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	450 450 VE	220 450 VE	450 680 VE
154	Einrichtungen der Lehrerbildung	22.040	23.453	23.515
155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung	-	-	-
156	Berufsakademien	-	-	-
	Summe Oberfunktion 15	36.408 5.000 VE	36.475 2.838 VE	34.466 3.014 VE
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen			
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	3.832 - VE	3.971 179 VE	3.971 60 VE
163	Wissenschaftliche Museen	-	-	-
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	49.567 282 VE	37.335 308 VE	36.482 408 VE
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	23.712 3.231 VE	32.202 9.140 VE	30.272 4.553 VE
167	Zuschüsse an int. wissenschaftliche Organisationen und zwischenstaatliche Forschungseinrichtungen	-	-	-
168	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Weltraumerkundung und -nutzung	-	-	-
169	Forschung und experimentelle Entwicklung zur industriellen Produktivität und Technologie	77 180 VE	77 180 VE	77 180 VE
17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen			
171	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rat. Nutzung der Energie	-	-	-
172	Forschung u. experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	-	-	-
173	Forschung und experimentelle Entwicklung zum Umweltschutz	-	-	-
174	Forschung und experimentelle Entwicklung zur landwirtschaftlichen Produktivität und Technologie	98 100 VE	98 100 VE	98 100 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
	gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen	80 VE	- VE	- VE
175	Forschung und experimentelle Entwicklung zu	288	288	288
176	Forschung und experimentelle Entwicklung zu Infrastrukturmaßnahmen und Raumgesamtplanung	-	-	-
	Erkundung und Nutzung der irdischen Umwelt			
177	Forschung und experimentelle Entwicklung zur zur Förd. der Wissenschaft und zivilen Forschung	60	72	77
178	Nicht zielorient. Forschung und sonst. Maßnahmen	41	41	41
	Summe Oberfunktion 16-17	77.675	74.084	71.306
		3.873 VE	9.907 VE	5.301 VE
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)			
181	Theater	90.742	92.157	92.349
		60.053 VE	62.053 VE	61.553 VE
182	Einrichtungen der Musikpflege	9.931	9.984	9.984
		5.155 VE	5.125 VE	5.125 VE
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	41.393	47.189	39.320
		19.800 VE	8.583 VE	8.583 VE
184	Zoologische und botanische Gärten	-	-	-
185	Musikschulen	6.109	7.483	7.500
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	25.540	25.446	25.446
		1.806 VE	1.806 VE	1.806 VE
187	Sonstige Kultureinrichtungen	14.782	15.073	15.037
		3.265 VE	3.212 VE	3.212 VE
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	3.366	3.355	3.366
		132 VE	132 VE	132 VE
	Summe Oberfunktion 18	191.863	200.687	193.002
		90.211 VE	80.911 VE	80.411 VE
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten			
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	30	40	40
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	250	250	250
		250 VE	250 VE	250 VE
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	1.396	1.017	1.017
		580 VE	485 VE	485 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
195	Denkmalschutz und -pflege	2.655 1.871 VE	3.295 1.271 VE	2.679 1.271 VE
199	Kirchliche Angelegenheiten	358	358	358
	Summe Oberfunktion 19	4.689 2.701 VE	4.960 2.006 VE	4.344 2.006 VE
	Summe Hauptfunktion 1	110.779	73.350	118.650
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben,			
21	Wiedergutmachung			
	Verwaltung			
211	Versicherungsbehörden	3.634	3.626	3.610
	Landeswohlfahrtsverband	- VE	100 VE	- VE
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband,	43.453	37.825	37.876
213	Jugendämter	971	996	996
214	Versorgungsämter	13.203	15.180	14.970
215	Lastenausgleichsverwaltung	-	-	-
216	Wiedergutmachungsbehörden	-	-	-
219	Sonstige Behörden	-	-	-
	Summe Oberfunktion 21	61.261 0 VE	57.627 100 VE	57.452 0 VE
22	Sozialversicherung einschließlich			
	Arbeitslosenversicherung			
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter	-	-	-
	(nur Bund)			
222	Knappschaftsversicherung (nur Bund)	-	-	-
223	Unfallversicherung	14	14	14
224	Krankenversicherung	-	-	-
225	Arbeitslosenversicherung (nur Bund)	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
226	Alterssicherung der Landwirte (nur Bund)	-	-	-
227	Pflegeversicherung	-	-	-
229	Sonstige Sozialversicherungen	10.792	12.000	12.000
	Summe Oberfunktion 22	10.806	12.014	12.014
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä			
231	Kindergeld	-	-	-
232	Elterngeld, Erziehungsgeld und Mutterschutz	-	-	-
233	Wohngeld	75.000	30.000	32.000
234	Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG	718.520	721.863	721.409
		- VE	1.332 VE	611 VE
235	Soziale Einrichtungen	63.740	60.284	59.689
		500 VE	500 VE	500 VE
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	11.740	11.179	11.245
		- VE	300 VE	300 VE
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz	29.227	26.308	26.519
	Summe Oberfunktion 23	898.227	849.634	850.862
		500 VE	2.132 VE	1.411 VE
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen			
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen (nur Bund)	-	-	-
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	-	-	-
243	Lastenausgleich	1.300	1.100	1.100
244	Wiedergutmachung	6.982	6.109	5.842
246	Vertriebene und Spätaussiedler	650	33	33

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
247	Kriegsopferfürsorge	15.017	16.476	16.415
249	Sonstiges	1.016	1.041	1.041
	Summe Oberfunktion 24	24.965	24.759	24.431
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz			
251	Grundsicherung für Arbeitsuchende	443.498	519.453	519.453
252	Hilfen für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	15.722 21.946 VE	15.319 21.743 VE	15.319 21.743 VE
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	62.146 7.500 VE	34.948 21.000 VE	34.948 21.000 VE
254	Arbeitsschutz	11.166	11.178	11.208
	Summe Oberfunktion 25	532.532 29.446 VE	580.898 42.743 VE	580.928 42.743 VE
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII			
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit Jugendschutz	2.614	2.693	2.693
262	Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und	1.973	1.735	1.735
263	Förderung der Erziehung in der Familie Tagespflege	5.045	5.136	5.136
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in	2.264	2.264	2.264
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	6.509	6.924	6.924
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	-	-	-
	Summe Oberfunktion 26	18.405	18.752	18.752
27	Einrichtungen der Jugendhilfe			
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	34.468 2.430 VE	35.093 1.385 VE	36.232 2.062 VE
	erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes			
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und des	5.313	5.544	5.603
		753 VE	45 VE	- VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
		753 VE	45 VE	- VE
273	Einrichtungen der Familienförderung	15.434	13.719	13.775
274	Tageseinrichtungen für Kinder	332.366	353.562	350.722
		20.129 VE	18.800 VE	18.800 VE
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	123.731	144.682	140.474
		426 VE	430 VE	430 VE
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	7.384	6.149	6.149
	Summe Oberfunktion 27	518.696	558.749	552.955
		23.738 VE	20.660 VE	21.292 VE
29	Sonstige soziale Angelegenheiten			
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	38.573	36.294	37.021
	Summe Oberfunktion 29	38.573	36.294	37.021
	Summe Hauptfunktion 2	110.779	73.350	118.650
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung			
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens			
311	Gesundheitsbehörden	-	-	-
312	Krankenhäuser und Heilstätten	102.750	104.180	105.956
		150.000 VE	143.000 VE	150.000 VE
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	80.179	82.321	85.665
		832 VE	7.712 VE	712 VE
319	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 31	182.929	186.501	191.621
		150.832 VE	150.712 VE	150.712 VE
32	Sport und Erholung			
321	Park- und Gartenanlagen	29.183	40.728	37.125
		7.926 VE	20.769 VE	21.064 VE
322	Badeanstalten	-	-	-
323	Sportstätten	11.991	14.962	13.557
		4.228 VE	10.728 VE	8.228 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
324	Förderung des Sports	10.271 1.217 VE	8.380 1.217 VE	8.387 1.217 VE
329	Sonstiges	500 1.400 VE	700 1.400 VE	700 1.400 VE
	Summe Oberfunktion 32	51.945 14.771 VE	64.770 34.114 VE	59.769 31.909 VE
33	Umwelt- und Naturschutz			
330	Umwelt- und Naturschutz	-	-	-
331	Umwelt- und Naturschutzbehörden	31.145 897 VE	30.866 1.166 VE	31.215 1.168 VE
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	2.697 2.520 VE	13.101 6.535 VE	7.558 5.350 VE
	Summe Oberfunktion 33	33.842 3.417 VE	43.967 7.701 VE	38.773 6.518 VE
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz			
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	-	-	-
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	-	-	-
	Summe Oberfunktion 34	0	0	0
	Summe Hauptfunktion 3	110.779	73.350	118.650
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste			
41	Wohnungswesen			
411	Förderung des Wohnungsbaues	118.042 3.636 VE	99.069 7.136 VE	110.584 7.836 VE
419	Sonstiges	145 307 VE	522 168 VE	234 372 VE
	Summe Oberfunktion 41	118.187 3.943 VE	99.591 7.304 VE	110.818 8.208 VE
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen			
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
422	Raumordnung und Landesplanung	7.311 9.848 VE	31.743 18.268 VE	19.714 19.768 VE
	Summe Oberfunktion 42	7.311 9.848 VE	31.743 18.268 VE	19.714 19.768 VE
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste			
431	Straßenbeleuchtung	33.855 14.500 VE	38.359 20.200 VE	38.257 19.300 VE
432	Ortsentwässerung	29.358 2.233 VE	29.353 2.120 VE	29.353 2.620 VE
433	Müllbeseitigung und -verwertung	30.138 50 VE	30.138 50 VE	30.138 50 VE
434	Straßenreinigung	981 589 VE	830 500 VE	830 500 VE
439	Sonstiges	4.655 524 VE	5.196 224 VE	5.183 224 VE
	Summe Oberfunktion 43	98.987 17.896 VE	103.876 23.094 VE	103.761 22.694 VE
44	Städtebauförderung			
440	Städtebauförderung	18.260 38.329 VE	29.360 28.129 VE	18.960 27.129 VE
	Summe Oberfunktion 44	18.260 38.329 VE	29.360 28.129 VE	18.960 27.129 VE
	Summe Hauptfunktion 4	110.779	73.350	118.650
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)			
511	Ernährung und Landwirtschaft	1.845 190 VE	2.296 1.195 VE	2.431 695 VE
512	Forsten	676 328 VE	498 61 VE	447 61 VE
	Summe Oberfunktion 51	2.521 518 VE	2.794 1.256 VE	2.878 756 VE
52	Verbesserung der Agrarstruktur			
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	1.776 745 VE	1.492 540 VE	1.634 575 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
528	EU-Ausrichtungsfonds	-	-	-
529	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 52	1.776 745 VE	1.492 540 VE	1.634 575 VE
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen			
531	EU-Garantiefonds	-	-	-
532	Marktordnungen (einschl. EU)	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-
539	Sonstiges	743	743	743
	Summe Oberfunktion 53	743	743	743
54	Sonstige Bereiche			
541	Versuchsgüter und -felder	-	-	-
542	Fischerei	-	-	-
549	Sonstiges	4.342 60 VE	6.394 5.995 VE	4.869 4.020 VE
	Summe Oberfunktion 54	4.342 60 VE	6.394 5.995 VE	4.869 4.020 VE
	Summe Hauptfunktion 5	110.779	73.350	118.650
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen			
61	Verwaltung			
610	Verwaltung	47.814 18.737 VE	29.969 4.462 VE	29.749 3.932 VE
	Summe Oberfunktion 61	47.814 18.737 VE	29.969 4.462 VE	29.749 3.932 VE
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau			

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
621	Kernenergie	-	-	-
622	Erneuerbare Energieformen	-	-	-
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	24.750 25.344 VE	24.881 22.365 VE	31.610 35.465 VE
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	-	-	-
625	Küstenschutz	32.687 47.093 VE	42.709 42.128 VE	41.721 42.128 VE
626	Erdölversorgung	-	-	-
627	Sonstige Energieversorgung	-	-	-
629	Sonstiges	7.126 7.613 VE	7.638 11.795 VE	8.595 10.220 VE
	Summe Oberfunktion 62	64.563 80.050 VE	75.228 76.288 VE	81.926 87.813 VE
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe			
631	Kohlenbergbau	-	-	-
632	Sonstiger Bergbau	-	-	-
634	Verarbeitende Industrie	- - VE	8.350 21.390 VE	8.880 21.360 VE
635	Handwerk und Kleingewerbe	2.331 1.700 VE	1.944 1.850 VE	2.004 1.850 VE
638	Baugewerbe	-	-	-
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	-	-	-
	Summe Oberfunktion 63	2.331 1.700 VE	10.294 23.240 VE	10.884 23.210 VE
64	Handel			
641	Handel (allgemein)	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
642	Exportförderung, Auslandsmessen	356 100 VE	258 100 VE	258 100 VE
643	Märkte und Inlandsmessen	100 55 VE	- - VE	- - VE
649	Sonstiges	- - VE	5.500 1.100 VE	5.800 300 VE
	Summe Oberfunktion 64	456 155 VE	5.758 1.200 VE	6.058 400 VE
65	Fremdenverkehr			
650	Fremdenverkehr	3.151 500 VE	3.091 511 VE	3.091 511 VE
	Summe Oberfunktion 65	3.151 500 VE	3.091 511 VE	3.091 511 VE
68	Sonstige Bereiche			
680	Sonstige Bereiche	2.933	2.933	2.933
	Summe Oberfunktion 68	2.933	2.933	2.933
69	Regionale Fördermaßnahmen			
691	Betriebliche Investitionen	2.650 4.500 VE	5.060 6.600 VE	3.390 7.400 VE
692	Verbesserung der Infrastruktur	11.430 12.130 VE	19.136 10.282 VE	6.830 10.282 VE
699	Sonstiges	8.950 9.030 VE	12.676 11.979 VE	11.901 11.979 VE
	Summe Oberfunktion 69	23.030 25.660 VE	36.872 28.861 VE	22.121 29.661 VE
	Summe Hauptfunktion 6	110.779	73.350	118.650
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen			
71	Verwaltung			
711	Straßen- und Brückenbau	-	-	-
712	Wasserstraßen und Häfen	99	41	41

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
719	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 71	99	41	41
72	Straßen			
721	Bundesautobahnen	2.100 8.400 VE	20.593 27.700 VE	20.527 27.700 VE
722	Bundesstraßen	-	-	-
723	Landesstraßen	-	-	-
724	Kreisstraßen	-	-	-
725	Gemeindestraßen	95.855 128.280 VE	91.183 135.714 VE	97.139 125.241 VE
729	Sonstiges	1.602 11.000 VE	2.666 12.040 VE	2.664 11.040 VE
	Summe Oberfunktion 72	99.557 147.680 VE	114.442 175.454 VE	120.330 163.981 VE
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt			
731	Wasserstraßen und Häfen	199.904 118.549 VE	201.891 257.591 VE	204.307 204.491 VE
732	Förderung der Schifffahrt	-	-	-
	Summe Oberfunktion 73	199.904 118.549 VE	201.891 257.591 VE	204.307 204.491 VE
74	Eisenbahnen und Öffentlicher Personennahverkehr			
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	195.957 590.710 VE	210.163 417.622 VE	212.948 380.635 VE
		- VE	300 VE	- VE
749	Sonstiges	-	450	300
	Summe Oberfunktion 74	195.957 590.710 VE	210.613 417.922 VE	213.248 380.635 VE
75	Luftfahrt			
751	Flugsicherung	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
759	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 75	0	0	0
77	Nachrichtenwesen			
771	Post- und Telekommunikation	-	200	200
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	-	-	-
	Summe Oberfunktion 77	0	200	200
79	Sonstige Bereiche			
790	Sonstige Bereiche	21.964 12.800 VE	13.450 5.200 VE	13.498 5.200 VE
	Summe Oberfunktion 79	21.964 12.800 VE	13.450 5.200 VE	13.498 5.200 VE
	Summe Hauptfunktion 7	110.779	73.350	118.650
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen			
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	-	-	-
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	541 160 VE	674 170 VE	674 170 VE
	Summe Oberfunktion 81	541 160 VE	674 170 VE	674 170 VE
82	Versorgungsunternehmen			
821	Elektrizitätsunternehmen	-	-	-
822	Gasunternehmen	-	-	-
823	Wasserunternehmen	29 5 VE	32 5 VE	32 5 VE
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	-	-	-

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
829	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 82	29 5 VE	32 5 VE	32 5 VE
83	Verkehrsunternehmen			
831	Straßenverkehrsunternehmen	-	-	-
832	Eisenbahnen	1.134	1.195	1.167
834	Häfen und Umschlag	-	-	-
835	Flughäfen und Luftverkehr	-	-	-
839	Sonstiges	-	-	-
	Summe Oberfunktion 83	1.134	1.195	1.167
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen			
851	Bergbau	-	-	-
852	Industrielle Unternehmen	-	-	-
853	Banken und Kreditinstitute	-	-	-
854	Wohnungsbauunternehmen	-	-	-
855	Entsorgungsunternehmen (Stadtstaaten)	-	-	-
856	Lotterie, Lotto, Toto	-	-	-
859	Sonstiges	130 12.554 VE	30.210 76.776 VE	76.506 91.547 VE
	Summe Oberfunktion 85	130 12.554 VE	30.210 76.776 VE	76.506 91.547 VE
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			
871	Allgemeines Grundvermögen	27.390 2.602 VE	29.920 2.500 VE	29.771 2.500 VE

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
872	Allgemeines Kapitalvermögen	-	-	-
873	Sondervermögen	19.505	17.690	17.667
	Summe Oberfunktion 87	46.895	47.610	47.438
		2.602 VE	2.500 VE	2.500 VE
	Summe Hauptfunktion 8	110.779	73.350	118.650
9	Allgemeine Finanzwirtschaft			
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen			
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	430.000	440.000	490.000
	Summe Oberfunktion 91	430.000	440.000	490.000
92	Schulden			
920	Schulden	1.071.597	959.838	1.027.441
	Summe Oberfunktion 92	1.071.597	959.838	1.027.441
94	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches			
940	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	83.062	80.226	82.119
	Summe Oberfunktion 94	83.062	80.226	82.119
95	Rücklagen			
950	Rücklagen	1.420	4.450	3.550
	Summe Oberfunktion 95	1.420	4.450	3.550
96	Sonstiges			
960	Sonstiges	224.541	130.460	183.620
		17.025 VE	17.225 VE	17.225 VE
	Summe Oberfunktion 96	224.541	130.460	183.620
		17.025 VE	17.225 VE	17.225 VE
98	Globalposten			

Funktionenübersicht

- Haushaltsplan 2007 -

Gliederung der Ausgaben nach Funktionen - in Tsd. EUR -

Kenn- ziffer	Funktionen / Aufgabenbereiche	Haushaltsjahr		
		2006	2007	2008
1	2	3	4	5
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	96.079	110.550	155.850
988	Globale Mehrausgaben / globale Mindereinnahmen	83.000	8.000	8.000
989	Globale Minderausgaben / globale Mehreinnahmen	68.300-	45.200-	45.200-
	Summe Oberfunktion 98	110.779	73.350	118.650
	Summe Hauptfunktion 9	110.779	73.350	118.650
	Gesamtausgaben	10.302.144 2.098.702 VE	10.406.459 2.191.072 VE	10.666.386 2.002.130 VE

Zahlenmäßige Übersichten

Gesamteinnahmen und -ausgaben nach Arten

Bereinigte Gesamtausgaben nach Einzelplänen

Bereinigte Betriebsausgaben nach Einzelplänen

Personalausgaben nach Einzelplänen

Sach- und Fachausgaben nach Einzelplänen

Investitionen nach Einzelplänen

Übersicht: Gesamteinnahmen und -ausgaben nach Arten 2005-2008

	2005	2006	2006/2005	2007	2007/2006	2008	2008/2007
	Ist	Haushaltsplan *)	Veränderungen Sp.2 zu Sp.1	Haushaltsplan **)	Veränderungen Sp.4 zu Sp.2	Haushaltsplan **)	Veränderungen Sp.7 zu Sp.5
	Mio. Eur 1	Mio. Eur 2	in % 3	Mio. Eur 4	in % 5	Mio. Eur 7	in % 8
1. Hamburg verbleibende Steuern	7.063,8	7.300,0	3,3	7.490,7	2,6	7.726,6	3,1
2. Steuern vor Finanzausgleich	7.382,2	7.730,0	4,7	7.930,7	2,6	8.216,6	3,6
3. übrige laufende Einnahmen	1.498,7	1.530,3	2,1	1.341,6	-12,3	1.341,6	0,0
4. Bereinigte Betriebseinnahmen	8.562,5	8.830,3	3,1	8.832,3	0,0	9.068,2	2,7
5. Spezielle Investitionseinnahmen	250,5	159,3	-36,4	134,1	-15,8	117,3	-12,5
6. Bereinigte Gesamteinnahmen	8.813,0	8.989,6	2,0	8.966,4	-0,3	9.185,5	2,4
7. Finanzausgleich	318,5	430,0		440,0		490,0	
8. Entnahmen aus Rücklagen/Stöcken	6,4	40,0		313,6		255,9	
9. Mobilisierung von Vermögenspositionen	522,8	182,7		128,0		226,6	
10. Haushaltstechnische Verrechnungen	10,5	9,9		8,4		8,4	
11. Krediteinnahmen	650,0	650,0	0,0	550,0	-15,4	500,0	-9,1
12. Gesamteinnahmen	10.321,1	10.302,1	-0,2	10.406,5	1,0	10.666,4	2,5
13. Personalausgaben	3.371,9	3.485,5	3,4	3.294,1	-5,5	3.357,1	1,9
Aktivbereich	2.364,2	2.450,7	3,7	2.240,9	-8,6	2.271,6	1,4
Versorgungsbereich	1.007,7	1.034,8	2,7	1.053,2	1,8	1.085,6	3,1
14. Zinsen	948,8	1.072,1	13,0	955,8	-10,8	1.023,3	7,1
15. Tilgung	12,6	8,5	-32,4	11,9	40,3	11,9	-0,6
16. Schuldendiensthilfen	76,8	94,2	22,5	77,6	-17,6	89,6	15,4
17. Sach- und Fachausgaben insgesamt	4.139,5	4.079,8	-1,4	4.441,1	8,9	4.496,6	1,2
Sozialhilfe	1.182,1	1.178,5	-0,3	1.261,9	7,1	1.261,3	0,0
Sonstige gesetzliche Leistungen	918,0	925,0	0,8	942,9	1,9	947,2	0,5
übrige Sach-/Fachausgaben	2.039,4	1.976,4	-3,1	2.236,3	13,2	2.288,1	2,3
18. Globale Mehr-/Minderausgaben	0,0	88,4		24,4		29,4	
19. Bereinigte Betriebsausgaben	8.549,5	8.828,5	3,3	8.804,9	-0,3	9.007,9	2,3
20. Investitionen	1.084,3	1.032,6	-4,8	1.148,9	11,3	1.156,7	0,7
21. Bereinigte Gesamtausgaben	9.633,8	9.861,0	2,4	9.953,8	0,9	10.164,6	2,1
22. Finanzausgleich	318,5	430,0		440,0		490,0	
23. Zuführung an Rücklagen	366,7	11,1		12,7		11,8	
24. Haushaltstechnische Verrechnungen	2,1	0,0		0,0		0,0	
25. Deckung von Fehlbeträgen		0,0		0,0		0,0	
26. Gesamtausgaben	10.321,1	10.302,1	-0,2	10.406,5	1,0	10.666,4	2,5
27. Überschuss bzw. Fehlbetrag (19 -26)	0,0	0,0		0,0		0,0	
28. Finanzierungsdefizit (6-21)	-820,8	-871,4		-987,4		-979,1	
29. - Betriebshaushalt (4-19)	13,0	1,8		27,5		60,3	
30. - Investitionen (5-20)	-833,8	-873,2		-1.014,8		-1.039,4	

Differenzen durch Rundungen

*) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 15.12.2004

**) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 13.12.2006

Bereinigte Gesamtausgaben nach Einzelplänen

Einzelplan		2006	2006	2007	2008
		Haushalts- plan *)	Haushalts- plan **)	Haushalts- plan ***)	Haushalts- plan ***)
		in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
1		2	3	4	5
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	34,6	34,6		36,3
1.1	Senat und Personalamt	93,8	93,1	a., d.	95,2
1.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	69,8	69,8		75,0
1.3	Bezirksamt Altona	52,8	52,8		60,9
1.4	Bezirksamt Eimsbüttel	49,2	49,2		54,0
1.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	77,4	77,4		83,1
1.6	Bezirksamt Wandsbek	65,8	65,8		73,3
1.7	Bezirksamt Bergedorf	26,0	26,0		31,5
1.8	Bezirksamt Harburg	50,8	50,8		55,8
1.2 - 1.8 Bezirke insgesamt		391,7	391,7		433,5
2	Justizbehörde	452,9	454,8	c.	461,9
3.1	Behörde für Bildung und Sport	1.694,7	1.702,3	c.	1.757,6
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	1.048,7	818,0	b., c.	847,1
3.3	Kulturbehörde	191,7	196,1	a., c.	205,5
4	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	1.940,1	2.171,6	b., c.	2.276,6
6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	873,3	871,3	c., e.	893,2
7	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	363,9	367,6	c., e.	356,5
8.1	Behörde für Inneres	901,8	905,9	c.	935,4
9.1	Finanzbehörde	317,9	319,1	c., f.	332,9
Zwischensumme Epl. 1.0 - 9.1		8.305,3	8.326,1	c., d., f.	8.631,8
9.2	Allgemeine Finanzverwaltung	1.555,7	1.534,9	c., d., f.	1.322,0
Insgesamt		9.861,0	9.861,0		9.953,8
					10.164,6

Differenzen durch Rundungen

*) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 15.12.2004

**) Vergleichszahl Haushaltsplan 2006, bereinigt entsprechend der Veranschlagung ab Haushaltsjahr 2007 um:

- a. die Verlagerungen des Staatsarchivs
- b. die Verlagerung des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz
- c. die nunmehr dezentral auf Einzelplanebene veranschlagten Finanzierungsanteile des Modernisierungsfonds
- d. die geänderte Veranschlagung des Innovationsfonds Wachsende Stadt
- e. die Aufgabenverlagerung der Maßnahmen zur Reduzierung von Verbrauch und Kosten der Versorgung öffentlicher Einrichtungen mit Heizenergie, Strom und Wasser
- f. die geänderte Veranschlagung der Dienstleistungshonorare für das Immobilien-Service-Zentrum (ISZ)

***) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 13.12.2006

Bereinigte Betriebsausgaben nach Einzelplänen

Einzelplan		2006	2006	2007	2008
		Haushaltsplan *)	Haushaltsplan **)	Haushaltsplan ***)	Haushaltsplan ***)
		in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
1		2	3	4	5
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	34,3	34,3		35,9
1.1	Senat und Personalamt	91,5	90,8	a., d.	87,5
1.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	69,5	69,5		74,5
1.3	Bezirksamt Altona	52,6	52,6		60,3
1.4	Bezirksamt Eimsbüttel	49,1	49,1		53,7
1.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	77,3	77,3		82,8
1.6	Bezirksamt Wandsbek	65,7	65,7		73,0
1.7	Bezirksamt Bergedorf	25,9	25,9		31,2
1.8	Bezirksamt Harburg	50,7	50,7		55,5
1.2 - 1.8	<i>Bezirke insgesamt</i>	390,8	390,8		431,0
2	Justizbehörde	439,5	441,4	c.	450,8
3.1	Behörde für Bildung und Sport	1.575,4	1.583,0	c.	1.641,1
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	782,4	662,7	b., c.	671,6
3.3	Kulturbehörde	176,7	181,1	a., c.	184,5
4	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	1.910,5	2.031,0	b., c.	2.137,0
6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	636,8	637,6	c.	574,4
7	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	245,0	245,8	c.	135,7
8.1	Behörde für Inneres	877,3	881,3	c.	904,0
9.1	Finanzbehörde	314,1	315,2	c., e.	328,6
	Zwischensumme Epl. 1.0 - 9.1	7.474,2	7.495,0	c., d., e.	7.582,1
9.2	Allgemeine Finanzverwaltung	1.354,3	1.333,5	c., d., e.	1.222,8
	Insgesamt	8.828,5	8.828,5		8.804,9
					9.007,9

Differenzen durch Rundungen

*) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 15.12.2004

**) Vergleichszahl Haushaltsplan 2006, bereinigt entsprechend der Veranschlagung ab Haushaltsjahr 2007 um:

- a. die Verlagerungen des Staatsarchivs
- b. die Verlagerung des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz
- c. die nunmehr dezentral auf Einzelplanebene veranschlagten Finanzierungsanteile des Modernisierungsfonds
- d. die geänderte Veranschlagung des Innovationsfonds Wachsende Stadt
- e. die geänderte Veranschlagung der Dienstleistungshonorare für das Immobilien-Service-Zentrum (ISZ)

***) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 13.12.2006

Personalausgaben nach Einzelplänen

Einzelplan		2006	2006		2007	2008
		Haushaltsplan *)	Haushaltsplan **)		Haushaltsplan ***)	Haushaltsplan ***)
		in Mio. EUR	in Mio. EUR		in Mio. EUR	in Mio. EUR
1		2	3		4	5
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	26,4	26,4	a.	27,3	28,6
1.1	Senat und Personalamt	50,1	47,7		47,4	47,9
1.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	59,7	59,7		63,8	63,7
1.3	Bezirksamt Altona	45,0	45,0		51,5	51,6
1.4	Bezirksamt Eimsbüttel	42,0	42,0		45,8	45,8
1.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	50,0	50,0		54,1	54,1
1.6	Bezirksamt Wandsbek	56,9	56,9		62,9	63,0
1.7	Bezirksamt Bergedorf	22,4	22,4		26,9	26,9
1.8	Bezirksamt Harburg	43,1	43,1		47,2	47,2
1.2 - 1.8 Bezirke insgesamt		319,0	319,0		352,2	352,3
2	Justizbehörde	308,9	310,8	c.	311,2	311,6
3.1	Behörde für Bildung und Sport	1.258,8	1.266,4	c.	1.105,5	1.123,2
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	90,8	51,1	b., c.	56,4	58,7
3.3	Kulturbehörde	8,5	10,8	a., c.	12,4	12,5
4	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	69,0	109,4	b., c.	104,3	105,3
6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	129,9	130,7	c.	102,9	104,4
7	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	115,9	116,7	c.	35,0	35,3
8.1	Behörde für Inneres	726,9	731,0	c.	749,1	750,6
9.1	Finanzbehörde	235,4	236,9	c.	239,2	239,5
Zwischensumme Epl. 1.0 - 9.1		3.339,4	3.356,9	c.	3.143,0	3.170,0
- Personalausgaben Aktivbereich		2.352,2	2.369,6	c.	2.135,8	2.139,2
- Personalausgaben Versorgungsbereich		987,2	987,2		1.007,1	1.030,8
9.2	Allgemeine Finanzverwaltung	146,1	128,6	c.	151,1	187,2
Insgesamt		3.485,5	3.485,5		3.294,1	3.357,1
- Personalausgaben Aktivbereich		2.450,7	2.450,7		2.240,9	2.271,6
- Personalausgaben Versorgungsbereich		1.034,8	1.034,8		1.053,2	1.085,6

Differenzen durch Rundungen

*) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 15.12.2004

**) Vergleichszahl Haushaltsplan 2006, bereinigt entsprechend der Veranschlagung ab Haushaltsjahr 2007 um:

- a. die Verlagerungen des Staatsarchivs
- b. die Verlagerung des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz
- c. die nunmehr dezentral auf Einzelplanebene veranschlagten Finanzierungsanteile des Modernisierungsfonds

***) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 13.12.2006

Sach- und Fachausgaben insgesamt nach Einzelplan

Einzelplan		2006	2006	2007	2008
		Haushaltsplan *)	Haushaltsplan **)	Haushaltsplan ***)	Haushaltsplan ***)
		in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
1		2	3	4	5
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	7,9	7,9	8,5	8,8
1.1	Senat und Personalamt	36,7	34,7	36,5	37,4
1.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	9,9	9,9	10,8	10,7
1.3	Bezirksamt Altona	7,6	7,6	8,8	8,8
1.4	Bezirksamt Eimsbüttel	7,1	7,1	7,9	7,9
1.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	27,3	27,3	28,7	28,6
1.6	Bezirksamt Wandsbek	8,8	8,8	10,1	9,9
1.7	Bezirksamt Bergedorf	3,5	3,5	4,3	4,3
1.8	Bezirksamt Harburg	7,6	7,6	8,3	8,2
1.2 - 1.8	<i>Bezirke insgesamt</i>	71,8	71,8	78,8	78,4
2	Justizbehörde	130,6	130,6	139,6	139,6
3.1	Behörde für Bildung und Sport	316,6	316,6	538,1	544,2
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	685,5	606,3	612,2	613,5
3.3	Kulturbehörde	168,2	170,3	172,1	173,0
4	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	1.841,3	1.920,4	2.031,7	2.027,6
6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	405,6	405,6	387,4	376,8
7	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	128,5	128,5	102,0	101,5
8.1	Behörde für Inneres	150,3	150,3	154,9	155,7
9.1	Finanzbehörde	78,5	78,1	87,8	89,5
	Zwischensumme Epl. 1.0 - 9.1	4.021,5	4.021,1	4.349,6	4.346,1
9.2	Allgemeine Finanzverwaltung	58,3	58,7	91,5	150,5
	Insgesamt	4.079,8	4.079,8	4.441,1	4.496,6

Differenzen durch Rundungen

*) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 15.12.2004

**) Vergleichszahl Haushaltsplan 2006, bereinigt entsprechend der Veranschlagung ab Haushaltsjahr 2007 um:

- a. die Verlagerungen des Staatsarchivs
- b. die Verlagerung des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz
- c. die geänderte Veranschlagung der Dienstleistungshonorare für das Immobilien-Service-Zentrum (ISZ)

***) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 13.12.2006

Investitionen nach Einzelplänen

Einzelplan		2006	2006	2007	2008
		Haushalts- plan *)	Haushalts- plan **)	Haushalts- plan ***)	Haushalts- plan ***)
		in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
1		2	3	4	5
1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	0,3	0,3	0,4	0,2
1.1	Senat und Personalamt	2,3	2,3	7,7	7,7
1.2	Bezirksamt Hamburg-Mitte	0,2	0,2	0,4	0,4
1.3	Bezirksamt Altona	0,2	0,2	0,6	0,4
1.4	Bezirksamt Eimsbüttel	0,1	0,1	0,3	0,3
1.5	Bezirksamt Hamburg-Nord	0,1	0,1	0,3	0,3
1.6	Bezirksamt Wandsbek	0,1	0,1	0,3	0,3
1.7	Bezirksamt Bergedorf	0,1	0,1	0,3	0,3
1.8	Bezirksamt Harburg	0,1	0,1	0,3	0,3
1.2 - 1.8	<i>Bezirke insgesamt</i>	0,9	0,9	2,5	2,3
2	Justizbehörde	13,4	13,4	11,2	9,7
3.1	Behörde für Bildung und Sport	119,3	119,3	116,5	107,8
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	266,3	155,4	175,5	170,3
3.3	Kulturbehörde	15,0	15,0	21,0	11,8
4	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	29,7	140,6	139,6	141,4
6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	236,5	233,7	318,8	313,2
7	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	119,0	121,8	220,8	208,4
8.1	Behörde für Inneres	24,6	24,6	31,4	33,4
9.1	Finanzbehörde	3,9	3,9	4,4	4,5
9.2	Allgemeine Finanzverwaltung	201,5	201,5	99,2	146,0
Insgesamt		1.032,6	1.032,6	1.148,9	1.156,7

Differenzen durch Rundungen

*) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 15.12.2004

**) Vergleichszahl Haushaltsplan 2006, bereinigt entsprechend der Veranschlagung ab Haushaltsjahr 2007 um:

a. die Verlagerung des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz

b. die Aufgabenverlagerung der Maßnahmen zur Reduzierung von Verbrauch und Kosten der Versorgung öffentlicher Einrichtungen mit Heizenergie, Strom und Wasser

***) gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 13.12.2006

